



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelorstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

2026-09-04

Werden wir wirklich alle ärmer? Die Fakten zum Kaufkraftverlust in Deutschland

Zwischen Reallöhnen, Rekordabgaben und politischer Verantwortung: Wer verliert, wer profitiert – und welche Lösungen tatsächlich helfen.

Stand: 18. August 2026



1. Einleitung: Die große Wohlstands-Illusion – Werden wir wirklich alle ärmer?



Der Wocheneinkauf kostet mehr als noch vor wenigen Jahren. Wohnen belastet viele Haushalte stärker. Energie, Versicherungen und Mobilität können erhebliche Teile des Einkommens verschlingen.

Gleichzeitig steht auf vielen Gehaltsabrechnungen heute ein höherer Betrag als noch 2020 oder 2021.

Genau hier beginnt der Widerspruch:

Auf dem Papier haben viele Menschen mehr Geld. Trotzdem bedeutet mehr Geld nicht automatisch mehr Wohlstand.

Denn entscheidend ist nicht allein, wie viele Euro ein Haushalt verdient.

Entscheidend ist, was er sich davon leisten kann – und was nach den notwendigen Ausgaben noch übrig bleibt.

Inhalt

Werden wir wirklich alle ärmer? Die Fakten zum Kaufkraftverlust in

Deutschland	1
Zwischen Reallöhnen, Rekordabgaben und politischer Verantwortung: Wer verliert, wer profitiert – und welche Lösungen tatsächlich helfen.	1
1. Einleitung: Die große Wohlstands-Illusion – Werden wir wirklich alle ärmer?	1
Der Preisschock war real	12
Gleichzeitig steigen die Reallöhne wieder	13
Ärmer – aber in welchem Sinn?	13
Nicht alle verlieren gleich	14
Und welche Verantwortung trägt die Politik?	15
2. Die Lohn-Illusion: Mehr Gehalt – und trotzdem kaum mehr Wohlstand	16
2.1 Nominallohn und Reallohn – der entscheidende Unterschied	17
2.2 Der Einbruch war tief – aber die Erholung ist ebenfalls real	17
2.3 Aufholen ist nicht dasselbe wie voraus sein	18
2.4 Warum die persönliche Erfahrung trotzdem anders aussehen kann	19
2.5 Vom Brutto zum tatsächlichen Lebensstandard	19
2.6 Die entscheidende Bilanz	20
3. Die Mittelschicht unter Druck: Wenn Aufstieg schwerer und Abstieg leichter wird .	21
3.1 Was bedeutet überhaupt „Mittelschicht“?	21
3.2 Die Mittelschicht ist kleiner als Mitte der 1990er-Jahre	22



3.3 Der große Rückgang geschah nicht erst in den jüngsten Krisen	22
3.4 Besonders die untere Mitte hat verloren	23
3.5 Der Weg nach unten ist für die untere Mitte gefährlich breit	23
3.6 Das größere Problem: Die Mitte trat lange auf der Stelle.....	24
3.7 Junge Menschen: Ein schwierigerer Einstieg – aber mit entscheidender zeitlicher Einschränkung	25
3.8 Ein mittleres Einkommen ist noch kein Vermögen	26
3.9 Ist die deutsche Mittelschicht also am Ende?	26
Quellenbasis Kapitel 1 bis 3	27
4. Die Armutsfalle: Wenn Einkommen keinen Spielraum mehr lässt.....	28
4.1 Wo beginnt statistische Armut?	28
4.2 16,1 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet	29
4.3 Wenn Urlaub, Wärme oder Rechnungen zum Problem werden	30
4.4 Arbeit schützt stark vor Armut – aber nicht vollständig	30
4.5 Alleinerziehende: Ein Einkommen gegen viele feste Kosten	31
4.6 Auch Alleinleben ist ein erhebliches Risiko	32
4.7 Alter schützt nicht vor Armutsgefährdung	32
4.8 Einkommen ist nicht dasselbe wie materielle Not	33
4.9 Die Bilanz: Nicht alle werden ärmer – aber Millionen besitzen kaum Puffer	34
5. Die großen Kostentreiber des Alltags: Warum die Inflationsrate nur die halbe Wahrheit erzählt	35
5.1 Das Preisniveau liegt weiterhin weit über 2020.....	36
5.2 Lebensmittel: Die aktuelle Teuerung ist niedrig – das Niveau bleibt hoch	37
5.3 Energie: Der große Schock hat Spuren hinterlassen	37
5.4 Kraftstoffe: Nach der Entspannung kam 2026 ein neuer Preisschub	38
5.5 Wohnen: Der größte Ausgabenblock reagiert träge – aber dauerhaft	39
5.6 Auch Dienstleistungen und Versicherungen ziehen Geld aus dem Haushalt	40
5.7 Der persönliche Warenkorb entscheidet	40
5.8 Zehn Prozent sind nicht für jeden gleich viel.....	41
5.9 Die Bilanz: Die große Inflationswelle ist vorbei – das Kostenproblem nicht	41
6. Die Abgabenfalle: Was Arbeit kostet – und was davon übrig bleibt	43



6.1 41,8 Prozent: Deutschlands nationale Abgabenquote erreichte 2025 erneut den Höchststand	44
6.2 Rekord in Deutschland heißt nicht höchste Abgabenquote der Welt	45
6.3 Bei der Belastung eines alleinstehenden Durchschnittsverdieners sieht es anders aus	45
6.4 49,3 Prozent sind nicht der persönliche Abzug vom Bruttolohn	46
6.5 Deutschland ist nicht für jede Familie OECD-Platz 2	47
6.6 Sozialversicherung 2026: Mehrere große Beiträge greifen gleichzeitig	47
6.7 Krankenversicherung: 2,9 Prozent offiziell – tatsächlich lag der Durchschnitt höher	48
6.8 Beitragsbemessungsgrenzen verhindern eine unbegrenzte Belastung	49
6.9 Die kalte Progression: Wenn mehr Lohn nicht mehr Kaufkraft bedeutet	49
6.10 Warum eine einfache „100-Euro-Rechnung“ unseriös wäre	50
6.11 Hohe Abgaben sind noch kein Beweis für schlechte Gegenleistung	51
6.12 Die eigentliche Wohlstandsfrage: Was bringt zusätzliche Arbeit?	52
6.13 Die Bilanz: Rekordabgaben – aber die richtige Zahl entscheidet	52
Quellenbasis Kapitel 4 bis 6	53
7. Wohnen: Der neue Wohlstandsgraben – Wenn das Dach über dem Kopf den Spielraum auffrisst.....	54
7.1 Wenn mehr als 40 Prozent des Einkommens fürs Wohnen draufgehen.....	55
7.2 Der Wohnungsbau brach 2025 deutlich ein	55
7.3 760.700 genehmigte Wohnungen warteten Ende 2025 noch auf Fertigstellung...	56
7.4 Es gibt inzwischen auch ein positives Signal	57
7.5 Eigentum: Aus Wohnkosten kann Vermögen werden	58
7.6 Der Zins-Schock hat den Zugang zu Eigentum verändert	59
7.7 CDU/CSU und SPD: Der Bau-Turbo	59
7.8 Drei Oppositionsparteien – drei unterschiedliche Gründe für das Nein	60
7.9 Vier Milliarden Euro für sozialen Wohnungsbau.....	61
7.10 2026 folgt bereits die nächste Reform	61
7.11 Auch beim Mietrecht ist das Verfahren noch offen.....	62
7.12 Die Bilanz: Wohnen entscheidet darüber, wie viel vom Einkommen übrig bleibt	62



8. Vermögen: Der unsichtbare Wohlstandsgraben – Warum Einkommen allein nicht zeigt, wer wirklich reich ist	63
8.1 Was ist überhaupt Nettovermögen?	63
8.2 Durchschnitt: 324.800 Euro – Median: 103.200 Euro	64
8.3 Die Inflation fraß zwischen 2021 und 2023 real Vermögen auf	65
8.4 Aber der langfristige Vergleich widerspricht einer reinen Verarmungserzählung..	65
8.5 Mehr als die Hälfte des Nettovermögens liegt beim obersten Zehntel	66
8.6 Eine wichtige Einschränkung: Gesetzliche Rentenansprüche sind Vermögen anderer Art	66
8.7 Wohneigentum ist eine der großen Vermögenstrennlinien	67
8.8 Aktien und Fonds werden verbreiteter – aber längst nicht bei allen	68
8.9 Alleinstehende und Alleinerziehende verfügen über deutlich weniger Vermögen	68
8.10 Erben: Der Startpunkt ist nicht für jeden null	69
8.11 Der entscheidende Unterschied beginnt lange vor der Börse.....	70
8.12 Vermögen ist nicht nur Reichtum – Vermögen ist Zeit.....	70
8.13 Die politische Frage: Wer soll Vermögen aufbauen können?.....	71
8.14 Die Bilanz: Einkommen bezahlt das Leben – Vermögen kauft Sicherheit.....	72
9. Familien unter Druck: Wenn Kinder die wirtschaftliche Rechnung verändern.....	73
9.1 259 Euro Kindergeld pro Kind	74
9.2 Der größte wirtschaftliche Faktor kann entgangenes Einkommen sein	74
9.3 Betreuung ist wirtschaftliche Infrastruktur	75
9.4 Der Bund investiert weiter in Betreuung.....	75
9.5 Alleinerziehende: Das wirtschaftliche Risiko bleibt außergewöhnlich hoch	76
9.6 Die langfristige Rechnung zeigt sich im Alter	77
9.7 Die gescheiterte Kindergrundsicherung der Ampel.....	78
9.8 CDU/CSU und SPD: Kindergeld erhöhen und Verfahren automatisieren.....	78
9.9 AfD, Grüne und Linke: Auch hier keine gemeinsame Opposition.....	79
9.10 Grüne fordern 2026 erneut stärkere Familieninvestitionen	79
9.11 Familienförderung oder Familienfalle?	80
9.12 Die Bilanz: Die teuerste Familienrechnung steht möglicherweise auf keinem Kassenzettel.....	81
Quellenbasis Kapitel 7 bis 9	82



10. Rente: Was bleibt nach einem Arbeitsleben – und wer soll die Rechnung bezahlen?	82
10.1 48 Prozent Rentenniveau heißt nicht 48 Prozent des letzten Gehalts	84
10.2 Seit 1. Juli 2026 sind die Renten um 4,24 Prozent gestiegen	84
10.3 Das Einkommen im Alter liegt trotzdem unter dem der Gesamtbevölkerung ...	85
10.4 Altersarmut bleibt ein reales Risiko	86
10.5 CDU/CSU und SPD haben die 48-Prozent-Haltelinie bis 2031 verlängert	87
10.6 Mütterrente III: Gleichstellung ab 2027 – Auszahlung teilweise erst 2028	87
10.7 Die Abstimmung: Regierung dafür – aber die Opposition war nicht einheitlich	88
10.8 Gleiches Gesetz – unterschiedliche Kritik	89
10.9 Aktivrente und Betriebsrente: Die Reform besteht nicht nur aus der Haltelinie	89
10.10 Die demografische Rechnung lässt sich nicht wegstimmen	90
10.11 Seit Juni 2026 liegt eine konkrete langfristige Reformagenda auf dem Tisch ..	91
10.12 Die Bilanz: Das Versprechen bis 2031 steht – die langfristige Rechnung wird jetzt verhandelt	92
11. Deutschland im internationalen Vergleich: Reiches Land – aber teuer erkaufter Wohlstand?	93
11.1 Zuerst die wichtigste Warnung: Nicht jede internationale Kennzahl misst dasselbe	94
11.2 Beim materiellen Konsum gehört Deutschland zur EU-Spitze	95
11.3 Hoher Konsum bedeutet trotzdem nicht automatisch hohe finanzielle Sicherheit	95
11.4 Bei der Belastung von Arbeit liegt Deutschland fast ganz oben	96
11.5 Auch die Arbeitskosten liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt	96
11.6 Strom: Für Haushalte gehört Deutschland weiterhin zu den teuersten Ländern Europas	97
11.7 Auch Unternehmen zahlen überdurchschnittlich viel für Strom	98
11.8 Wohnen: Deutschland ist das einzige EU-Land mit einer Mietermehrheit	98
11.9 Auch beim Anteil der Wohnkosten am Einkommen liegt Deutschland weit oben	99
11.10 Beim Armutsrisiko ist Deutschland dagegen kein europäischer Ausreißer	99
11.11 Bei der künftigen Rentenersatzrate liegt Deutschland unter dem OECD- Durchschnitt	100



11.12 Deutschlands Wohlstands-Paradox	101
12. Was ist Krise – und was ist Politik?	102
12.1 Die Inflation begann vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.....	102
12.2 Pandemie und Wiederöffnung erzeugten gleichzeitig Angebots- und Nachfragedruck.....	103
12.3 Dann kam der Ukrainekrieg – und verschärfte die Lage massiv	104
12.4 Eine Bundesregierung bestimmt nicht den Weltmarktpreis für Gas, Öl oder Getreide	105
12.5 Politik entscheidet, wie verwundbar ein Land auf einen Schock trifft	105
12.6 Politik entscheidet außerdem, wie ein Schock weitergegeben oder abgefedert wird	106
12.7 Die Ampel reagierte 2022 mit Gas-, Wärme- und Strompreisbremsen	107
12.8 Die berühmten 200 Milliarden Euro waren kein ausgegebener 200-Milliarden- Euro-Scheck.....	108
12.9 War der Staat Inflationsgewinner?	108
12.10 Politik kann Krisen nicht verhindern – aber sie verteilt deren Kosten	109
12.11 Auch die heutige Bundesregierung trifft neue Entscheidungen – deren Wirkung noch nicht feststeht	110
12.12 Auch die Opposition legt Alternativen vor – aber Vorschläge sind noch keine Ergebnisse.....	111
12.13 Der Maßstab für politische Verantwortung.....	111
12.14 Die Bilanz: Krise erklärt viel – Politik entscheidet trotzdem	112
Quellenbasis Kapitel 10 bis 12	113
13. Politische Verantwortung: Wer hat was entschieden – und wer trägt welchen Anteil?	113
13.1 Energiepolitik: Der heutige Zustand begann nicht mit der Ampel	115
13.2 Bemerkenswert: Dieselbe Regierung hatte ein Jahr zuvor noch das Gegenteil beschlossen.....	115
13.3 Auch der nationale CO ₂ -Preis begann vor der Ampel	116
13.4 Was der CO ₂ -Preis beweist – und was nicht	117
13.5 Die Ampel erbte diese Entscheidungen – setzte aber eigene Schwerpunkte.....	117
13.6 Die Ampel verlängerte 2022 selbst noch einmal die AKW-Laufzeiten	118
13.7 Die Energiepreisbremsen waren eine reale Ampel-Entscheidung.....	118



13.8 Die Ampel korrigierte auch die kalte Progression.....	119
13.9 Beim Wohnungsbau liegt dagegen eine klar messbare Zielverfehlung vor	119
13.10 Auch die Kindergrundsicherung zeigt den Unterschied zwischen Vorhaben und Ergebnis.....	120
13.11 Seit 2025 trägt CDU/CSU-SPD die Regierungsverantwortung	121
13.12 Die neue Regierung griff 2026 außerdem direkt an der Zapfsäule ein	121
13.13 Bau-Turbo und Gesundheitsreform: Schwarz-Rot hat weitere Entscheidungen getroffen	122
13.14 Bei der Einkommensteuer ist die Trennung besonders wichtig	122
13.15 Die politische Verantwortungskette	123
14. Die Opposition: Kritik, Alternativen und tatsächliches Abstimmungsverhalten	123
14.1 Die AfD: Steuer- und Abgabentlastung als zentraler Ansatz	125
14.2 Diese AfD-Vorschläge wurden tatsächlich abgelehnt	125
14.3 Bereits im März 2026 verlangte die AfD ein umfassendes Energie-Entlastungspaket	126
14.4 Die Grünen: Entlastung – aber mit anderer Gegenfinanzierung.....	126
14.5 Beim Strom kam es 2026 sogar zu einer ungewöhnlichen Oppositionsmehrheit	127
14.6 Die Linke: Höhere Freibeträge – höhere Belastung oben	127
14.7 Grüne und Linke: Im Juni 2026 zunächst nur Anträge	128
14.8 Opposition darf nicht nur danach beurteilt werden, ob sie Nein sagt	128
14.9 Aber Opposition hat einen Vorteil: Sie muss die Rechnung noch nicht bezahlen	129
14.10 Die Bilanz: Opposition funktioniert – aber nicht als einheitlicher Block	130
15. Erst abgelehnt – später selbst gemacht? Wenn politische Ideen die Seiten wechseln	131
15.1 Fall 1: Entlastung an der Zapfsäule – tatsächlich eine erkennbare Überschneidung.....	131
15.2 Die Instrumente waren nicht identisch	132
15.3 Warum dieser Unterschied wichtig ist	133
15.4 Fall 2: Stromsteuer – hier wurde gerade nicht später alles übernommen	133
15.5 Fall 3: Kernkraft – die Ampel änderte ihre Position, aber nicht so weit wie Union und AfD verlangten	134



15.6 Fall 4: Bau-Turbo – eine Idee wandert durch verschiedene politische Konstellationen.....	135
15.7 Fall 5: Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung – eine Oppositionsidee taucht in der Rentenkommission wieder auf	135
15.8 Warum Parteien trotzdem Oppositionsvorlagen ablehnen können	136
15.9 Der richtige Prüfmaßstab	137
15.10 Die Bilanz: Politische Ideen wechseln tatsächlich die Seiten – aber der Nachweis muss exakt sein.....	137
16. Versprechen und Wirklichkeit: Was wurde angekündigt – und was ist tatsächlich passiert?	138
16.1 Ampel-Versprechen Wohnungsbau: eindeutig nicht erfüllt.....	139
16.2 Aber: Zielverfehlung beweist nicht automatisch alleinige Verantwortung	140
16.3 Ampel-Energiepreisbremsen: tatsächlich umgesetzt	140
16.4 Ampel-Kernkraft: politische Linie beibehalten – aber in der Krise angepasst .	141
16.5 Kindergrundsicherung: vom Regierungsprojekt zum unvollendeten Vorhaben	141
16.6 Schwarz-Rot: Energieentlastung 2026 ist teilweise bereits Realität	141
16.7 Stromsteuer: nur teilweise umgesetzt	142
16.8 Der Bundestag hat eine noch breitere Stromsteuersenkung ausdrücklich abgelehnt	142
16.9 Tankrabatt 2026: angekündigt und umgesetzt	143
16.10 Bau-Turbo: Gesetz erfüllt – Wirkungsversprechen noch offen	143
16.11 Einkommensteuerreform 2027: konkret vereinbart – aber noch kein heutiger Wohlstandsgewinn.....	144
16.12 GKV-Reform: Gesetz beschlossen – Beitragseffekt muss sich erst zeigen.....	144
16.13 Auch Opposition muss an Versprechen und Wirklichkeit gemessen werden ..	145
16.14 Die wichtigste politische Täuschung: Maßnahme und Wirkung gleichsetzen .	145
16.15 Die Zwischenbilanz der Regierungen	146
16.16 Die Bilanz: Politik muss an Ergebnissen gemessen werden – nicht an Pressekonferenzen	147
Quellenbasis Kapitel 13 bis 16	148
17. Welche Entlastungen tatsächlich helfen könnten – und wo die einfachen Antworten enden	148
17.1 Mehr Netto vom Brutto: Bei Arbeit liegt tatsächlich ein zentraler Hebel.....	150



17.2 Sozialbeiträge lassen sich nicht dauerhaft senken, ohne die Ausgabenseite anzufassen.....	150
17.3 Mehr arbeiten muss sich wirtschaftlich bemerkbar machen.....	151
17.4 Wohnen: Dauerhafte Entlastung braucht mehr Angebot	152
17.5 Bürokratieabbau ist inzwischen mehr als ein politisches Schlagwort	152
17.6 Energie: Steuern senken hilft schnell – strukturelle Kosten senken hilft länger	153
17.7 Investitionen können Wohlstand schaffen – wenn tatsächlich investiert wird ..	154
17.8 Wachstum ist die einzige Entlastung, die nicht zwangsläufig jemand anderem etwas wegnimmt	154
17.9 Die eigentliche Wohlstandsformel	155
18. Wer bezahlt die Entlastung? Die Rechnung hinter jedem politischen Versprechen	156
18.1 Im Bundeshaushalt existiert kein kostenloses Geld	156
18.2 Möglichkeit eins: Andere Ausgaben kürzen	157
18.3 Möglichkeit zwei: Jemand anderes zahlt mehr Steuern.....	158
18.4 Möglichkeit drei: Schulden	158
18.5 Entscheidend ist, wofür Schulden gemacht werden	159
18.6 Die ersten Milliarden fließen – aber 500 Milliarden werden nicht auf einmal ausgegeben	159
18.7 Möglichkeit vier: Wirtschaftswachstum	160
18.8 Deshalb dürfen Steuersenkungen nicht allein mit erhofftem Wachstum finanziert werden	160
18.9 Möglichkeit fünf: Inflation – die schlechteste heimliche Finanzierung.....	161
18.10 Generationengerechtigkeit bedeutet mehr als „keine Schulden“	162
18.11 Die Bilanz: Jede Entlastung hat einen Zahler – außer echter zusätzlicher Wertschöpfung	162
19. Der realistische Reformweg: Was ein tragfähiges Wohlstandspaket leisten müsste	163
19.1 Erste Priorität: Arbeit stärker belohnen	163
19.2 Zweite Priorität: Sozialstaat finanzieren – nicht nur Beiträge verschieben	164
19.3 Dritte Priorität: Bauen statt Wohnungsmangel verwalten.....	165
19.4 Vierte Priorität: Infrastrukturinvestitionen müssen Produktivität erzeugen ...	165



19.5 Fünfte Priorität: Bürokratie nicht nur zählen, sondern streichen und vereinfachen	166
19.6 Sechste Priorität: Mehr Arbeitskräfte – ohne die Rechnung auf eine einzige Gruppe abzuwälzen	167
19.7 Siebte Priorität: Vermögensbildung darf nicht erst bei hohen Einkommen beginnen	167
19.8 Achte Priorität: Jede Reform braucht eine Erfolgskontrolle	168
19.9 Was dieses Reformpaket ausdrücklich nicht ist	169
19.10 Die Bilanz: Wohlstand kann nicht dauerhaft subventioniert werden	170
20. Schlussbilanz: Werden wir wirklich alle ärmer?	170
20.1 Die Verarmung Deutschlands lässt sich mit den Daten nicht belegen	170
20.2 Aber die Preise sind nicht zurückgegangen	171
20.3 Entscheidend ist nicht der Durchschnitt – sondern der Haushalt	171
20.4 Millionen Menschen besitzen weiterhin sehr wenig Spielraum	172
20.5 Die deutsche Mittelschicht ist nicht verschwunden – aber das Aufstiegsversprechen ist schwieriger geworden	173
20.6 Deutschland besitzt ein Abgabenproblem – aber nicht jede populäre Zahl bedeutet dasselbe	173
20.7 Das Wohnungsproblem ist gleichzeitig ein Vermögensproblem	174
20.8 Die Politik trägt Verantwortung – aber nicht eine einzige Regierung	174
20.9 Auch die Opposition besteht nicht aus einem Block	174
20.10 Die eigentliche deutsche Wohlstandsfrage lautet anders	175
20.11 Was müsste sich ändern?	176
20.12 Die endgültige Antwort	176
Quellenbasis Kapitel 17 bis 20	178
Quellenregister Kapitel 9 bis 12	178
Kapitel 9 – Familien unter Druck	178
Kapitel 10 – Rente	179
Kapitel 11 – Deutschland im internationalen Vergleich	180
Kapitel 12 – Was ist Krise, und was ist Politik?	181
Quellenbasis Kapitel 13 bis 16 – Direktquellen	182
Quellenbasis Kapitel 17 bis 20 – Direktquellen	184
Impressum / Kontakt	187



Der Preisschock war real

Deutschland erlebte innerhalb weniger Jahre eine außergewöhnliche Inflationswelle.

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt

- 2021 um **3,1 Prozent**,
- 2022 um **6,9 Prozent**,
- 2023 um **5,9 Prozent**,
- 2024 um **2,2 Prozent**,
- 2025 nochmals um **2,2 Prozent**.

Die deutlich niedrigeren Inflationsraten seit 2024 bedeuten jedoch nicht, dass die zuvor gestiegenen Preise wieder verschwunden wären. Sie bedeuten lediglich, dass das Preisniveau langsamer weiterstieg.

Das zeigt der Verbraucherpreisindex besonders deutlich.

Mit dem Jahr 2020 als Basiswert von 100 lag der Gesamtindex 2025 bereits bei **121,9 Punkten**. Das allgemeine Verbraucherpreisniveau lag damit rund **21,9 Prozent über dem Niveau von 2020**.

Bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken war der Anstieg noch erheblich größer: Der entsprechende Index lag 2025 bei **136,2 Punkten**.

Vereinfacht ausgedrückt:

Ein statistischer Warenkorb, der 2020 rund 100 Euro kostete, kostete 2025 im Durchschnitt knapp 122 Euro.

Das ist keine Aussage darüber, dass jeder einzelne Haushalt exakt 21,9 Prozent mehr ausgeben musste. Jeder Haushalt besitzt seinen eigenen Warenkorb.

Aber es erklärt, warum eine inzwischen wieder deutlich niedrigere Inflationsrate für viele Menschen nicht wie eine Rückkehr zu den Preisen vor der Krise wirkt.

Die Preise steigen langsamer.



Sie sind aber von einem deutlich höheren Ausgangsniveau aus unterwegs.

Gleichzeitig steigen die Reallöhne wieder

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört allerdings auch der Gegenbefund.

Nach mehreren Jahren mit erheblichen Kaufkraftverlusten haben sich die Reallöhne wieder erholt.

2025 stiegen die Nominallöhne in Deutschland um **4,2 Prozent**, während die Verbraucherpreise um **2,2 Prozent** zunahmen. Daraus ergab sich ein Reallohnzuwachs von **1,9 Prozent**.

Auch Anfang 2026 setzte sich diese Entwicklung fort.

Im ersten Quartal 2026 lagen die Nominallöhne **4,1 Prozent** über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Bei einer Verbraucherpreisentwicklung von **2,2 Prozent** ergab sich ein Reallohnzuwachs von **1,8 Prozent**.

Das ist wichtig.

Denn es wäre falsch, den Eindruck zu erwecken, die Kaufkraft der Arbeitseinkommen falle seit Jahren ununterbrochen.

Sie fällt nicht ununterbrochen. Sie hat sich zuletzt deutlich erholt.

Aber damit ist die Geschichte noch nicht zu Ende.

Der Reallohnindex erreichte 2025 nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes einen Wert von **100 Punkten**. Für das Jahr 2019 lag der vergleichbare Wert bei **100,5 Punkten**.

Mit anderen Worten:

Nach mehreren Jahren des Einbruchs und der anschließenden Erholung lag die reale Kaufkraft der Löhne 2025 erst wieder ungefähr auf dem Niveau vor der Corona-Pandemie.

Genau darin liegt der Kern der Wohlstandsdebatte.

Ärmer – aber in welchem Sinn?

Die Frage „Werden wir wirklich alle ärmer?“ kann leicht missverstanden werden.

Dieses Dossier behauptet nicht, Deutschland sei plötzlich ein armes Land geworden.

Es behauptet auch nicht, dass jeder Bürger weniger Einkommen besitzt oder dass jeder Haushalt wirtschaftlich schlechter dasteht als vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren.



Eine solche Behauptung wäre durch die Daten nicht gedeckt.

Untersucht wird etwas anderes:

Wie entwickeln sich reale Kaufkraft, finanzielle Spielräume und die Möglichkeiten, aus laufendem Einkommen dauerhaft Vermögen und wirtschaftliche Sicherheit aufzubauen?

Denn „ärmer werden“ muss nicht bedeuten, dass das Gehalt auf dem Konto sinkt.

Ein Haushalt kann heute 4.000 Euro verdienen, nachdem es einige Jahre zuvor nur 3.600 Euro waren – und trotzdem wirtschaftlich kaum besser dastehen, wenn seine notwendigen Ausgaben im selben Zeitraum ähnlich stark oder stärker gestiegen sind.

Wohlstand beginnt deshalb nicht bei der Bruttozahl auf der Gehaltsabrechnung.

Wohlstand entsteht dort, wo nach Wohnen, Lebensmitteln, Energie, Mobilität, Versicherungen, Steuern und Sozialabgaben genügend übrig bleibt, um

- Rücklagen aufzubauen,
- für das Alter vorzusorgen,
- Wohneigentum oder anderes Vermögen zu erwerben,
- Krisen ohne neue Schulden zu überstehen,
- und sich Dinge leisten zu können, die über die reine Existenzsicherung hinausgehen.

Der wirtschaftliche Spielraum nach den notwendigen Ausgaben ist deshalb eine der entscheidenden Größen dieses Dossiers.

Nicht alle verlieren gleich

Schon hier zeigt sich ein weiteres Problem jeder pauschalen Wohlstandsaussage.

„Die Deutschen“ gibt es wirtschaftlich nicht als einheitlichen Haushalt.

Ein alleinstehender Arbeitnehmer ohne Kinder trägt andere Kosten als eine vierköpfige Familie.

Ein Mieter in einer angespannten Großstadt besitzt eine andere Kostenstruktur als ein Hauseigentümer mit abbezahlter Immobilie.

Ein Rentner mit einer hohen monatlichen Miete kann bei derselben Rente erheblich weniger finanziellen Spielraum besitzen als ein Rentner im schuldenfreien Eigenheim.

Und ein Haushalt mit Aktien, Immobilien oder größeren Rücklagen kann wirtschaftliche Schocks anders abfedern als jemand, dessen gesamte finanzielle Sicherheit vom nächsten Monatsgehalt abhängt.

Deshalb wird dieses Dossier Durchschnittswerte nicht einfach nebeneinanderstellen.



Es wird fragen:

Wer verliert tatsächlich Kaufkraft?

Wer konnte frühere Verluste inzwischen wieder aufholen?

Wer wird besonders stark durch hohe Fixkosten belastet?

Wer kann Vermögen aufbauen – und wer schafft es trotz Arbeit kaum noch, einen finanziellen Puffer zu bilden?

Und ebenso wichtig:

Wer hat von bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungen profitiert?

Denn eine seriöse Wohlstandsanalyse darf Verlierer nicht untersuchen und Gewinner ausblenden.

Und welche Verantwortung trägt die Politik?

Auch die politische Frage ist komplizierter als eine einfache Schuldzuweisung.

Pandemie, globale Lieferkettenprobleme, internationale Energiepreisschocks, der russische Angriff auf die Ukraine, Geldpolitik und weltwirtschaftliche Entwicklungen haben Deutschland beeinflusst.

Nicht jede Preissteigerung wurde in Berlin beschlossen.

Nicht jede wirtschaftliche Krise kann eine Bundesregierung verhindern.

Aber daraus folgt nicht, dass Politik bedeutungslos wäre.

Denn politische Entscheidungen bestimmen sehr wohl mit,

- wie stark Arbeit besteuert und mit Sozialbeiträgen belastet wird,
- welche Energiepolitik verfolgt wird,
- wie schnell Wohnungen gebaut werden können,
- welche Sozialleistungen finanziert werden,
- wie Altersvorsorge organisiert wird,
- wie Vermögensbildung behandelt wird,
- welche Investitionen gefördert oder erschwert werden,
- und welche Kosten der Staat selbst verursacht oder abfedert.

Deshalb lautet die politische Frage dieses Dossiers nicht:

„Welche Partei ist an allem schuld?“

Sondern:



Welche Entscheidungen wurden getroffen?

Wer hat sie getroffen?

Welche Wirkungen lassen sich tatsächlich belegen?

Welche Belastungen entstanden unabhängig von diesen Entscheidungen?

Welche Alternativen wurden vorgeschlagen – und wie wurde darüber abgestimmt?

Regierung und Opposition werden deshalb nicht daran gemessen, was sie über sich selbst sagen.

Sie werden daran gemessen, **was sie vorgeschlagen, beschlossen, abgelehnt oder tatsächlich umgesetzt haben.**

Am Ende soll keine Partei für den Leser denken.

Die Aufgabe dieses Dossiers besteht darin, Zahlen, Entscheidungen, Zusammenhänge und Widersprüche so offenzulegen, dass jeder seine eigenen Schlüsse daraus ziehen kann.

Denn die eigentliche Frage lautet nicht nur:

Werden wir wirklich alle ärmer?

Sondern:

Wer verliert Wohlstand, warum verliert er ihn – und lässt sich dieser Entwicklung überhaupt noch etwas entgegensetzen?

2. Die Lohn-Illusion: Mehr Gehalt – und trotzdem kaum mehr Wohlstand

Die Zahl auf der Gehaltsabrechnung steigt.

Vier Prozent mehr Lohn.

Vielleicht fünf Prozent.

Auf den ersten Blick sieht das nach einem klaren wirtschaftlichen Fortschritt aus.

Doch Lohn besitzt zwei Gesichter.

Das eine steht auf der Gehaltsabrechnung.

Das andere zeigt sich an der Ladenkasse.



2.1 Nominallohn und Reallohn – der entscheidende Unterschied

Der **Nominallohn** beschreibt, wie viel Geld ein Arbeitnehmer tatsächlich ausgezahlt beziehungsweise als Bruttoentgelt ausgewiesen bekommt.

Der **Reallohn** berücksichtigt zusätzlich die Entwicklung der Verbraucherpreise.

Er beantwortet damit die entscheidendere Wohlstandsfrage:

Was kann ich mir für meinen Lohn tatsächlich kaufen?

Diese Unterscheidung ist für die vergangenen Jahre zentral.

Denn 2022 stiegen die Nominallöhne in Deutschland nach den inzwischen revidierten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um **2,5 Prozent**.

Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise um **6,9 Prozent**.

Die Folge:

Die Reallöhne sanken im Jahresdurchschnitt um 4,1 Prozent.

Das war der stärkste Reallohnverlust seit Beginn der entsprechenden Zeitreihe.

Das Entscheidende daran:

Die Arbeitnehmer bekamen nominal mehr Geld – und konnten sich davon real trotzdem weniger leisten.

Genau das ist die Lohn-Illusion.

2.2 Der Einbruch war tief – aber die Erholung ist ebenfalls real

Nach dem außergewöhnlichen Verlustjahr 2022 änderte sich die Entwicklung.

2023 stiegen die Reallöhne im Jahresdurchschnitt wieder leicht um **0,2 Prozent**.

2024 folgte ein Reallohnanstieg von **2,9 Prozent**.

2025 kamen weitere **1,9 Prozent** hinzu.

Und auch Anfang 2026 setzte sich die Erholung fort:



Im ersten Quartal 2026 lagen die Nominallöhne **4,1 Prozent** über dem Vorjahresquartal. Bei einer Verbraucherpreisentwicklung von **2,2 Prozent** ergab sich daraus ein Reallohnzuwachs von **1,8 Prozent**.

Die Richtung hat sich also klar verändert.

Die Reallöhne steigen wieder.

Das muss in einem Dossier über Kaufkraft ausdrücklich gesagt werden.

Wer nur die Verluste von 2022 zeigt und die anschließende Erholung verschweigt, beschreibt die heutige Lage falsch.

Doch ebenso falsch wäre der umgekehrte Schluss:

Weil die Reallöhne wieder steigen, seien die vorausgegangenen Verluste damit automatisch vollständig verschwunden.

2.3 Aufholen ist nicht dasselbe wie voraus sein

Ein einfaches Beispiel zeigt den Unterschied.

Wer von einem Ausgangswert von 100 zunächst zehn Prozent verliert, landet bei 90.

Steigt dieser Wert anschließend um zehn Prozent, landet er nicht wieder bei 100, sondern bei 99.

Verluste und anschließende prozentuale Zuwächse heben sich mathematisch nicht automatisch gegenseitig auf.

Bei den deutschen Reallöhnen lässt sich der tatsächliche Stand unmittelbar an der amtlichen Indexreihe ablesen.

Für 2025 weist Destatis einen Reallohnindex von **100 Punkten** aus.

2019 lag der entsprechende Indexwert bei **100,5 Punkten**.

Damit war die reale Lohnkaufkraft 2025 im Durchschnitt erst wieder ungefähr dort angekommen, wo sie vor der Pandemie gelegen hatte.

Mehrere Jahre waren vergangen.

Die nominalen Gehälter waren gestiegen.

Und trotzdem hatte der durchschnittliche Reallohn den Stand von 2019 noch nicht nennenswert überschritten.

Das ist kein Beweis dafür, dass jeder einzelne Arbeitnehmer heute schlechter lebt als 2019.



Es zeigt aber:

Ein erheblicher Teil des nominalen Lohnwachstums der vergangenen Jahre wurde benötigt, um die gestiegenen Preise überhaupt wieder einzuholen.

2.4 Warum die persönliche Erfahrung trotzdem anders aussehen kann

Der Reallohnindex ist ein Durchschnittswert.

Und genau deshalb kann er niemals vollständig beschreiben, was in einem konkreten Haushalt passiert.

Der Verbraucherpreisindex verwendet einen statistischen Warenkorb.

Der einzelne Bürger verwendet seinen eigenen.

Wer einen großen Teil seines Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Energie ausgeben muss, kann eine andere Preisentwicklung erleben als ein Haushalt, der nur einen kleinen Teil seines Einkommens für diese Grundbedürfnisse aufwendet.

2025 lag beispielsweise der Verbraucherpreisindex insgesamt bei **121,9 Punkten** gegenüber 2020.

Der Index für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lag dagegen bei **136,2 Punkten**.

Ein Haushalt mit hohem Lebensmittelanteil im Budget konnte deshalb über diesen Zeitraum stärker belastet werden, als es der Gesamtindex allein erkennen lässt.

Das gleiche Problem entsteht beim Wohnen.

3.000 Euro netto besitzen für einen Mieter in einer sehr teuren Region einen anderen wirtschaftlichen Wert als für jemanden mit vergleichbarem Einkommen und wesentlich niedrigeren Wohnkosten.

Deshalb können zwei Aussagen gleichzeitig wahr sein:

Die Reallöhne steigen statistisch wieder.

Und:

Einzelne Haushalte haben trotzdem das Gefühl, dass von diesem Aufschwung kaum etwas bei ihnen ankommt.

Das muss kein Widerspruch sein.

2.5 Vom Brutto zum tatsächlichen Lebensstandard



Selbst der Reallohn beantwortet noch nicht jede Wohlstandsfrage.

Denn vom Erwerbseinkommen gehen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ab.

Danach folgen Miete oder Finanzierung, Energie, Lebensmittel, Versicherungen, Mobilität und andere notwendige Ausgaben.

Deshalb sind mindestens drei Ebenen auseinanderzuhalten:

1. Nominallohn:

Wie viele Euro verdiene ich?

2. Reallohn:

Wie entwickelt sich dieser Lohn gegenüber dem allgemeinen Preisniveau?

3. Tatsächlicher finanzieller Spielraum:

Was bleibt meinem konkreten Haushalt nach Steuern, Sozialabgaben und seinen tatsächlichen Lebenshaltungskosten?

Erst auf der dritten Ebene entscheidet sich für viele Menschen, ob ein höheres Einkommen tatsächlich zu mehr wirtschaftlicher Freiheit führt.

2.6 Die entscheidende Bilanz

Die Geschichte der deutschen Löhne seit Beginn der 2020er-Jahre lässt sich weder mit „alles wird immer schlimmer“ noch mit „die Löhne steigen doch“ vernünftig beschreiben.

Die Daten zeigen beides:

Deutschland erlebte 2022 einen außergewöhnlich starken Reallohnverlust.

Danach setzte eine deutliche Erholung ein.

2023 lagen die Reallöhne bereits wieder leicht im Plus.

2024 und 2025 stiegen sie weiter.

Anfang 2026 setzte sich diese positive Entwicklung fort.

Trotzdem lag die durchschnittliche reale Lohnkaufkraft 2025 erst wieder ungefähr auf dem Niveau von 2019.

Deshalb lautet die entscheidende Frage nicht:

„Verdienen wir heute mehr Euro?“

Das tun viele Arbeitnehmer zweifellos.

Die entscheidende Frage lautet:



Was bleibt nach Preissteigerungen, Steuern, Sozialabgaben und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten von diesem Plus übrig – und reicht dieser Überschuss aus, um nicht nur Rechnungen zu bezahlen, sondern dauerhaft Wohlstand aufzubauen?

Genau dort beginnt die nächste Ebene der Untersuchung.

Denn selbst ein Durchschnittslohn sagt noch nicht, ob jemand gesellschaftlich aufsteigt, wirtschaftlich auf der Stelle tritt oder langsam den Anschluss verliert.

3. Die Mittelschicht unter Druck: Wenn Aufstieg schwerer und Abstieg leichter wird

Die Mittelschicht ist mehr als eine statistische Einkommensgruppe.

Mit ihr verbindet sich ein gesellschaftliches Versprechen:

Wer arbeitet, sich qualifiziert, vernünftig wirtschaftet und Verantwortung übernimmt, soll sich Schritt für Schritt etwas aufbauen können.

Eine angemessene Wohnung.

Ein Auto.

Urlaub.

Rücklagen.

Vielleicht Wohneigentum.

Eine private Altersvorsorge.

Und vor allem die Sicherheit, dass eine kaputte Waschmaschine, eine Autoreparatur oder einige Monate ohne Einkommen nicht sofort zu einem existenziellen Problem werden.

Doch wie stabil ist dieses Versprechen noch?

3.1 Was bedeutet überhaupt „Mittelschicht“?

Es gibt keine einzige allgemeingültige Definition der Mittelschicht.

Für die langfristige internationale Betrachtung verwendet dieses Kapitel deshalb die Definition der OECD.

Danach gehören Menschen zur mittleren Einkommensgruppe, wenn ihr verfügbares, an die Haushaltsgröße angepasstes Einkommen zwischen **75 und 200 Prozent des Medianeinkommens** liegt.



Die OECD unterteilt diese Gruppe weiter:

- **untere Mitte:** 75 bis 100 Prozent des Medianeinkommens,
- **mittlere Mitte:** 100 bis 150 Prozent,
- **obere Mitte:** 150 bis 200 Prozent.

Wichtig ist dabei der Datenstand:

Die große OECD-Sonderstudie zur deutschen Mittelschicht wurde 2021 veröffentlicht und untersucht die langfristige Strukturentwicklung im Wesentlichen bis **2018**.

Sie ist deshalb keine Momentaufnahme des Jahres 2026.

Sie ist für dieses Dossier trotzdem wertvoll, weil sie zeigt, **wann die langfristige Verschiebung der deutschen Mittelschicht tatsächlich stattgefunden hat.**

3.2 Die Mittelschicht ist kleiner als Mitte der 1990er-Jahre

1995 gehörten nach dieser OECD-Definition rund **70 Prozent** der Bevölkerung in Deutschland zur mittleren Einkommensgruppe.

2018 waren es noch rund **64 Prozent**.

Der Anteil sank damit um ungefähr **sechs Prozentpunkte**.

Unter den 26 OECD-Staaten, für die entsprechende Vergleichsdaten vorlagen, war der Rückgang nur in Schweden, Finnland und Luxemburg stärker.

Das klingt zunächst nach einer deutlichen Erosion.

Aber genau an dieser Stelle muss man aufpassen.

Denn der zeitliche Verlauf widerspricht einer politisch bequemen Erzählung.

3.3 Der große Rückgang geschah nicht erst in den jüngsten Krisen

Der größte Teil dieses Rückgangs erfolgte bereits **Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre**.

Die OECD stellt ausdrücklich fest, dass die deutsche Mittelschicht nach dem starken Rückgang der frühen 2000er-Jahre ihre frühere Größe anschließend nicht wieder erreichte.

Das bedeutet:

Die Verkleinerung der deutschen Mittelschicht lässt sich nicht einfach auf

- die Corona-Pandemie,



- die Inflation ab 2021,
- die Energiekrise,
- oder eine einzelne Bundesregierung

zurückführen.

Der strukturelle Befund reicht wesentlich weiter zurück.

Wer behauptet, die Mittelschicht sei erst in den vergangenen fünf Jahren eingebrochen, geht über die Daten hinaus.

Genauso wenig darf daraus jedoch geschlossen werden, die jüngsten Krisen seien wirtschaftlich bedeutungslos gewesen.

Sie trafen vielmehr auf eine Mittelschicht, deren Größe sich bereits zuvor auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert hatte.

3.4 Besonders die untere Mitte hat verloren

Der Rückgang verteilt sich nicht gleichmäßig auf sämtliche Teile der Mittelschicht.

Besonders betroffen war die **untere Mitte** – also Haushalte mit Einkommen zwischen 75 und 100 Prozent des Medians.

Ihr Anteil an der Bevölkerung sank zwischen 1995 und 2018 um ungefähr **vier Prozentpunkte auf 21 Prozent**.

Die mittlere Mitte mit Einkommen zwischen 100 und 150 Prozent des Medians lag 2018 dagegen bei rund **32 Prozent** der Bevölkerung.

Die obere Mitte zwischen 150 und 200 Prozent lag bei rund **11 Prozent**.

Diese beiden Gruppen hatten sich langfristig wesentlich stabiler entwickelt.

Damit wird die Diagnose genauer:

Nicht „die Mittelschicht“ ist gleichmäßig weggebrochen.

Der stärkste Druck entstand an ihrem unteren Rand.

Und genau dort befindet sich der Übergang zur wirtschaftlichen Verletzlichkeit.

3.5 Der Weg nach unten ist für die untere Mitte gefährlich breit

Besonders aufschlussreich sind die OECD-Daten zur Einkommensmobilität.

Sie untersuchen, wo sich Menschen nach einem Zeitraum von vier Jahren wiederfinden.



Bei Personen aus der unteren Mitte lagen in einer entsprechenden OECD-Auswertung rund **22 Prozent** vier Jahre später unterhalb der Mittelschicht:

etwa **6 Prozent** waren in die Armutsgruppe und rund **16 Prozent** in die wirtschaftlich verletzte Einkommensgruppe gerutscht.

Nur ungefähr **45 Prozent** befanden sich weiterhin in der unteren Mitte; andere waren innerhalb der Mittelschicht aufgestiegen.

Noch deutlicher wird der Unterschied beim direkten Sprung nach ganz oben.

Für Menschen aus der unteren und mittleren Mitte lag die Wahrscheinlichkeit, innerhalb von vier Jahren in die hohe Einkommensgruppe aufzusteigen, nach den OECD-Auswertungen lediglich zwischen ungefähr **0,5 und 3 Prozent**.

Für die obere Mitte waren die Chancen deutlich größer.

Das bedeutet ausdrücklich nicht:

Jeder Fünfte aus der unteren Mittelschicht wird dauerhaft arm.

Ein Teil steigt später wieder auf.

Und die OECD fasst unterhalb der Mittelschicht sowohl eine wirtschaftlich verletzte Gruppe als auch Haushalte unter ihrer Armutsgrenze zusammen.

Aber der Befund bleibt:

Für die untere Mitte ist der Weg nach unten wesentlich breiter als der direkte Sprung in die hohe Einkommensgruppe.

3.6 Das größere Problem: Die Mitte trat lange auf der Stelle

Die Größe einer Einkommensgruppe erzählt ohnehin nur einen Teil der Geschichte.

Mindestens ebenso wichtig ist die Frage:

Wie entwickelte sich der Lebensstandard derjenigen, die in der Mitte blieben?

Hier zeigt die OECD einen bemerkenswerten langfristigen Befund.

Das reale verfügbare Medianeinkommen stagnierte in Deutschland für nahezu anderthalb Jahrzehnte.

Nach der OECD bedeutete dies für viele Haushalte zwischen ungefähr **2000 und 2014 praktisch keinen nennenswerten realen Zuwachs des Lebensstandards**.



Seit etwa 2015 änderte sich die Entwicklung.

Die verfügbaren Einkommen entwickelten sich wieder deutlich positiver; im Zeitraum bis 2018 verzeichnete Deutschland beim Medianeinkommen erneut reale Zuwächse.

Auch hier gilt deshalb:

Stillstand war real. Dauerhafter Stillstand bis heute wäre aber die falsche Schlussfolgerung.

Die Einkommensentwicklung verbesserte sich bereits vor den jüngsten Krisenjahren wieder.

3.7 Junge Menschen: Ein schwierigerer Einstieg – aber mit entscheidender zeitlicher Einschränkung

Besonders häufig wird behauptet, junge Menschen könnten heute kaum noch in die Mittelschicht aufsteigen.

Die OECD-Daten liefern dafür tatsächlich einen ernsten langfristigen Befund – allerdings mit einer wichtigen Einschränkung.

Zwischen 1995 und 2018 sank der Anteil der **18- bis 29-Jährigen**, die der mittleren Einkommensgruppe angehörten, um **zehn Prozentpunkte**.

Gleichzeitig stieg der Anteil dieser Altersgruppe in der Niedrigeinkommensgruppe um rund neun Prozentpunkte.

Aber:

Die OECD stellt ausdrücklich fest, dass dieser Rückgang **vollständig bis etwa 2005 stattfand**.

Danach blieb der Anteil junger Menschen in der mittleren Einkommensgruppe bis 2018 weitgehend stabil.

Das ist eine wichtige Korrektur gegenüber einer zu einfachen Erzählung.

Man kann aus diesen Daten nicht seriös behaupten, dass sich der Eintritt junger Menschen in die Mittelschicht seit 2005 Jahr für Jahr immer weiter verschlechtert habe.

Was sich belegen lässt, ist etwas anderes:

Junge Menschen erreichten gegenüber Mitte der 1990er-Jahre deutlich seltener einen Platz in der mittleren Einkommensgruppe – und dieser strukturelle Verlust wurde bis 2018 nicht wieder aufgeholt.



Die OECD nennt als einen Erklärungsfaktor unter anderem längere Bildungsphasen: Junge Menschen studieren häufiger und treten deshalb teilweise später in den Arbeitsmarkt und in ein eigenes höheres Einkommen ein.

Auch hier gibt es also keine einzige einfache Ursache.

3.8 Ein mittleres Einkommen ist noch kein Vermögen

Selbst wer statistisch eindeutig zur Mittelschicht gehört, ist damit noch lange nicht wirtschaftlich abgesichert.

Ein Haushalt kann 4.000 Euro netto im Monat zur Verfügung haben und davon regelmäßig mehrere hundert Euro sparen.

Ein anderer Haushalt mit ähnlich hohem Einkommen kann aufgrund hoher Miete, Krediten, Mobilitätskosten oder anderer Belastungen am Monatsende kaum noch einen Überschuss besitzen.

Beide können einkommensstatistisch derselben gesellschaftlichen Gruppe angehören.

Wirtschaftlich befinden sie sich trotzdem in völlig unterschiedlichen Situationen.

Denn Einkommen und Vermögen erfüllen unterschiedliche Funktionen.

Einkommen bezahlt den heutigen Alltag.

Vermögen schafft Sicherheit für morgen.

Wer Rücklagen besitzt, kann einen Arbeitsplatzverlust, eine Reparatur oder eine hohe Nachzahlung überbrücken.

Wer keine Rücklagen besitzt, kann selbst bei einem ordentlichen monatlichen Einkommen sehr schnell unter Druck geraten.

Deshalb wird dieses Dossier Einkommen und Vermögen nicht miteinander verwechseln.

Die Vermögensverteilung wird später gesondert untersucht.

3.9 Ist die deutsche Mittelschicht also am Ende?

Nein.

Eine solche Aussage geben die Daten nicht her.

2018 gehörten nach der verwendeten OECD-Definition weiterhin rund **64 Prozent der deutschen Bevölkerung** zur mittleren Einkommensgruppe.

Auch die Einkommensentwicklung verbesserte sich nach der langen Stagnationsphase wieder.



Der große historische Rückgang der Mittelschicht fand außerdem überwiegend bereits vor zwei Jahrzehnten statt.

Aber genauso unhaltbar wäre die gegenteilige Behauptung:

Es gebe überhaupt kein strukturelles Problem.

Die mittlere Einkommensgruppe war 2018 deutlich kleiner als Mitte der 1990er-Jahre.

Vor allem die untere Mitte hatte verloren.

Für Menschen am unteren Rand der Mittelschicht bestand ein erhebliches Risiko, innerhalb weniger Jahre in eine niedrigere Einkommensgruppe abzurutschen.

Und jüngere Menschen erreichten gegenüber Mitte der 1990er-Jahre deutlich seltener einen Platz in der Mitte, auch wenn dieser Rückgang nach 2005 nicht weiter voranschritt.

Die nüchterne Bilanz lautet deshalb:

Die deutsche Mittelschicht ist nicht verschwunden.

Aber ihr altes Aufstiegsversprechen ist für einen Teil der Bevölkerung weniger selbstverständlich geworden.

Damit verschiebt sich die entscheidende Frage.

Nicht:

„Gibt es die Mittelschicht noch?“

Sondern:

„Was ist ein Platz in der Mittelschicht heute tatsächlich wert – und reicht ein mittleres Einkommen weiterhin aus, um aus eigener Arbeit Schritt für Schritt wirtschaftliche Sicherheit und Vermögen aufzubauen?“

Diese Frage führt unmittelbar zum nächsten Kapitel.

Denn dort geht es um diejenigen, bei denen der finanzielle Spielraum nicht nur kleiner wird.

Sondern bereits so gering ist, dass eine unerwartete Rechnung, steigende Wohnkosten oder der Verlust des Arbeitsplatzes aus wirtschaftlichem Druck ein Armutsrisiko machen können.

Quellenbasis Kapitel 1 bis 3

Statistisches Bundesamt (Destatis):



- Verbraucherpreisindex und Inflationsraten 2021 bis 2025; Verbraucherpreisindex 2025: 121,9 Punkte, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke: 136,2 Punkte.
- Reallöhne im Jahr 2025: Nominallöhne +4,2 Prozent, Reallöhne +1,9 Prozent; Reallohnindex 2025: 100,0 gegenüber 100,5 im Jahr 2019.
- Reallöhne im ersten Quartal 2026: Nominallöhne +4,1 Prozent, Verbraucherpreise +2,2 Prozent, Reallöhne +1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.
- Revidierte Jahresreihe des Reallohnindex, Stand 28. Mai 2026: 2022 -4,1 Prozent, 2023 +0,2 Prozent, 2024 +2,9 Prozent und 2025 +1,9 Prozent.

OECD:

- *Is the German Middle Class Crumbling? Risks and Opportunities* – Untersuchung der deutschen mittleren Einkommensgruppe, ihrer langfristigen Entwicklung, Einkommensmobilität und Altersstruktur.

4. Die Armutsfalle: Wenn Einkommen keinen Spielraum mehr lässt

Armut ist ein starkes Wort.

Und gerade deshalb muss genau geklärt werden, was damit gemeint ist.

Wer in Deutschland statistisch als armutsgefährdet gilt, muss weder obdachlos sein noch hungern.

Umgekehrt wäre es genauso falsch, relative Einkommensarmut deshalb als bedeutungslos abzutun.

Denn wirtschaftliche Sicherheit beginnt nicht erst bei der Frage, ob Nahrung und Wohnung bezahlt werden können.

Sie zeigt sich auch daran, ob ein Haushalt eine unerwartete Rechnung verkraftet, Rücklagen bilden, gesellschaftlich teilhaben und einen finanziellen Rückschlag überstehen kann.

Genau hier wird die Armutsstatistik für die Wohlstandsfrage dieses Dossiers relevant.

4.1 Wo beginnt statistische Armut?

Die europäische Statistik verwendet für die sogenannte Armutsgefährdung eine relative Einkommensgrenze.

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als **60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens** der Bevölkerung zur Verfügung hat.

Maßstab ist dabei der Median – nicht der Durchschnitt.



Nach den seit April 2026 vorliegenden **Endergebnissen von EU-SILC 2025** lag die Armutsgefährdungsschwelle für einen alleinlebenden Menschen in Deutschland bei **17.334 Euro netto im Jahr**, also gerundet **1.445 Euro im Monat**.

Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag die Schwelle bei **36.402 Euro jährlich**, entsprechend rund **3.034 Euro monatlich**.

Wichtig ist ein methodischer Punkt:

EU-SILC 2025 ist das Erhebungsjahr. Die Einkommensangaben beziehen sich grundsätzlich auf das **Einkommensjahr 2024**. Das muss bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Die Armutsgefährdungsgrenze ist außerdem keine absolute Existenzminimumsgrenze.

Sie sagt nicht:

Unter 1.445 Euro kann niemand leben.

Sie sagt:

Wer unter dieser Grenze liegt, verfügt über weniger als 60 Prozent des mittleren gesellschaftlichen Einkommens.

Damit misst sie die wirtschaftliche Entfernung zur gesellschaftlichen Mitte.

4.2 16,1 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet

Nach den endgültigen EU-SILC-Daten für 2025 waren **16,1 Prozent der Bevölkerung** in Deutschland armutsgefährdet.

2024 hatte die Quote bei **15,5 Prozent** gelegen.

Der Anteil stieg damit innerhalb eines Jahres um **0,6 Prozentpunkte**.

Das bedeutet nicht, dass Deutschland zu einem armen Land geworden wäre.

Es bedeutet aber ebenso wenig ein statistisches Randproblem.

Wenn ungefähr jeder sechste Einwohner unterhalb der relativen Armutsgefährdungsschwelle liegt, gehört die Frage nach wirtschaftlicher Unsicherheit in die Mitte der gesellschaftlichen Debatte.

Noch breiter ist die europäische Kennzahl „**von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht**“, kurz AROPE.

Sie umfasst drei unterschiedliche Risiken:



Armutsgefährdung, erhebliche materielle und soziale Entbehrung sowie das Leben in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsintensität.

2025 traf mindestens eines dieser Kriterien auf **21,2 Prozent der Bevölkerung** zu.

5,6 Prozent waren erheblich materiell oder sozial benachteiligt, und **10,3 Prozent** lebten in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität.

Damit wird etwas sichtbar, das eine reine Einkommensgrenze allein nicht vollständig abbildet.

Armut ist nicht nur eine Zahl auf dem Konto.

Sie kann sich auch darin zeigen, was Menschen aus finanziellen Gründen nicht mehr tun können.

4.3 Wenn Urlaub, Wärme oder Rechnungen zum Problem werden

Die EU-SILC-Erhebung fragt deshalb auch nach konkreten Einschränkungen.

2025 lebten **6,9 Prozent der Bevölkerung** in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Hypotheken, Miete, Versorgungsrechnungen oder Konsumkrediten.

5,7 Prozent konnten es sich finanziell nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten.

Und **20,9 Prozent** lebten in Haushalten, die sich keinen einwöchigen Urlaub außerhalb des eigenen Zuhauses leisten konnten.

Nicht jeder dieser Menschen ist deshalb automatisch arm.

Aber diese Zahlen zeigen etwas, das für die Wohlstandsfrage entscheidend ist:

Finanzieller Spielraum ist sehr ungleich verteilt.

Für den einen bedeutet eine unerwartete Rechnung lediglich eine geringere Sparrate.

Für den anderen bedeutet dieselbe Rechnung, dass eine andere Rechnung zunächst liegen bleibt.

4.4 Arbeit schützt stark vor Armut – aber nicht vollständig

Die Daten zeigen einen sehr deutlichen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Armutsrisiko.



Unter den überwiegend Erwerbstätigen lag die Armutsgefährdungsquote 2025 bei **6,8 Prozent**.

Bei den Nichterwerbstätigen waren es **28,0 Prozent**.

Besonders hoch war das Risiko bei Menschen, deren überwiegender Erwerbsstatus im Einkommensreferenzjahr arbeitslos war:

65,5 Prozent dieser Gruppe waren armutsgefährdet.

Damit lässt sich eine verbreitete Aussage präzisieren.

Arbeit ist einer der stärksten Schutzfaktoren gegen Einkommensarmut.

Aber sie ist keine hundertprozentige Garantie.

Auch **6,8 Prozent der überwiegend Erwerbstätigen** lagen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Niedrige Löhne, geringe Arbeitszeiten, große Haushalte oder nur ein Einkommen können dazu führen, dass auch Erwerbstätigkeit nicht ausreicht, um wirtschaftliche Sicherheit herzustellen.

Der Begriff „Working Poor“ beschreibt deshalb kein statistisches Fantasieproblem.

Aber genauso falsch wäre die Behauptung, Arbeit schütze überhaupt nicht mehr vor Armut.

Die amtlichen Zahlen zeigen das Gegenteil:

Das Armutsrisiko Erwerbstätiger liegt weit unter dem von Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen.

4.5 Alleinerziehende: Ein Einkommen gegen viele feste Kosten

Besonders hoch ist das Risiko in Haushalten von Alleinerziehenden.

2025 waren **28,9 Prozent der Menschen in Alleinerziehenden-Haushalten armutsgefährdet**.

Bei Paarhaushalten mit Kindern waren es dagegen **12,0 Prozent**.

Das bedeutet:

Menschen in Alleinerziehenden-Haushalten waren mehr als doppelt so häufig armutsgefährdet wie Menschen in Paarhaushalten mit Kindern.



Der wirtschaftliche Mechanismus dahinter ist nachvollziehbar.

Eine Wohnung wird nicht halb so teuer, weil nur ein Elternteil vorhanden ist.

Strom, Mobilität, Internet, Versicherungen und ein erheblicher Teil der übrigen Haushaltskosten bleiben bestehen.

Gleichzeitig muss eine Person Einkommen, Betreuung und Organisation des Familienlebens miteinander vereinbaren.

Staatliche Leistungen können einen Teil dieser Belastung ausgleichen.

Die Armutsquote zeigt jedoch:

Der strukturelle wirtschaftliche Nachteil ist damit nicht vollständig beseitigt.

4.6 Auch Alleinleben ist ein erhebliches Risiko

Ein überraschend hoher Wert findet sich außerdem bei Alleinlebenden.

Nach den Endergebnissen 2025 waren **30,3 Prozent der Alleinlebenden armutsgefährdet**.

Damit lag ihre Quote sogar geringfügig über der von Alleinerziehenden.

Auch hier spielen fixe Haushaltskosten eine große Rolle.

Miete, Stromanschluss, Versicherungen und viele andere Grundkosten müssen aus einem einzigen Einkommen bezahlt werden.

Paarhaushalte können zahlreiche Kosten dagegen auf zwei Personen beziehungsweise häufig auch auf zwei Einkommen verteilen.

Die Wohlstandsfrage ist deshalb nicht nur eine Frage nach der Höhe eines Gehalts.

Sie ist auch eine Frage danach, wie viele Menschen und wie viele Einkommen einen Haushalt tragen.

4.7 Alter schützt nicht vor Armutsgefährdung

Auch bei älteren Menschen liegt das Armutsrisiko über dem Durchschnitt.

2025 waren **19,5 Prozent der Menschen ab 65 Jahren** armutsgefährdet.

Bei den 75-Jährigen und Älteren lag die Quote bei **19,1 Prozent**.

Die wirtschaftliche Lage im Alter lässt sich allerdings nicht aus der gesetzlichen Monatsrente allein ableiten.



Wer eine abbezahlte Immobilie besitzt, lebt mit demselben Einkommen unter anderen Bedingungen als jemand, der im Ruhestand weiterhin eine hohe Miete bezahlen muss.

Auch Ersparnisse, Betriebsrenten, private Vorsorge und anderes Vermögen verändern die Rechnung.

Deshalb wird die Rentenfrage später noch gesondert untersucht.

Für dieses Kapitel reicht zunächst der Befund:

Der Eintritt in den Ruhestand beseitigt das Armutsrisiko nicht.

4.8 Einkommen ist nicht dasselbe wie materielle Not

Die Armutsgefährdungsquote muss trotzdem richtig gelesen werden.

2025 waren **16,1 Prozent der Bevölkerung einkommensarmutsgefährdet**.

Gleichzeitig waren **5,6 Prozent erheblich materiell und sozial depriviert**.

Die beiden Zahlen messen Unterschiedliches.

Relative Einkommensarmut fragt:

Wie weit liegt das Einkommen unterhalb der gesellschaftlichen Mitte?

Materielle und soziale Entbehrung fragt:

Welche konkret als wesentlich definierten Dinge kann sich ein Mensch oder Haushalt aus finanziellen Gründen nicht leisten?

Deshalb wäre die Aussage

„16,1 Prozent der Deutschen können ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken“

falsch.

Aber die umgekehrte Behauptung

„Es handelt sich nur um eine statistische Rechengröße und deshalb um kein reales Problem“

wäre ebenso falsch.

Relative Einkommensarmut bedeutet weniger finanziellen Spielraum.

Weniger Spielraum bedeutet weniger Rücklagen.

Weniger Rücklagen bedeuten höhere Verletzlichkeit gegenüber Krisen.



Und genau dort verbindet sich die Armutsfrage mit dem roten Faden dieses Dossiers.

4.9 Die Bilanz: Nicht alle werden ärmer – aber Millionen besitzen kaum Puffer

Die Daten ergeben kein Bild einer Bevölkerung, die geschlossen in Armut abrutscht.

Sie zeigen vielmehr sehr unterschiedliche wirtschaftliche Risiken.

Erwerbstätige sind wesentlich seltener armutsgefährdet als Arbeitslose.

Paarhaushalte mit Kindern stehen statistisch erheblich stabiler da als Alleinerziehende.

Menschen mit Rücklagen und Wohneigentum können Einkommensschocks anders überstehen als Haushalte ohne finanziellen Puffer.

Aber der Gesamtbefund bleibt:

16,1 Prozent der Bevölkerung waren 2025 armutsgefährdet, 21,2 Prozent von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Damit führt die Ausgangsfrage dieses Dossiers erneut zu einer präziseren Frage.

Nicht:

„Sind alle Deutschen ärmer geworden?“

Sondern:

„Welche Haushalte besitzen nach allen notwendigen Ausgaben noch genügend Spielraum, um einen Rückschlag auszuhalten – und bei welchen Haushalten reicht bereits eine unerwartete Rechnung aus, um die wirtschaftliche Stabilität ins Wanken zu bringen?“



5. Die großen Kostentreiber des Alltags: Warum die Inflationsrate nur die halbe Wahrheit erzählt



Eine Inflationsrate von zwei oder drei Prozent klingt weit entfernt von den außergewöhnlichen Jahren 2022 und 2023.

Doch eine niedrigere aktuelle Inflationsrate hat eine Eigenschaft, die in öffentlichen Debatten immer wieder übersehen wird:

Sie macht frühere Preissteigerungen nicht rückgängig.

Sie beschreibt lediglich, wie schnell sich die Preise gegenüber dem Vorjahr weiter verändern.

Deshalb muss zwischen zwei Dingen unterschieden werden:

Inflationsrate und Preisniveau.



5.1 Das Preisniveau liegt weiterhin weit über 2020

Im Juni 2026 lag der Verbraucherpreisindex bei **124,6 Punkten** auf Basis 2020 = 100.

Damit lag das durchschnittliche Verbraucherpreisniveau bereits rund **24,6 Prozent über dem Niveau von 2020**.

Die Inflationsrate gegenüber Juni 2025 betrug damals 2,3 Prozent.

Inzwischen liegt auch der Juli 2026 vor.

Nach dem Ende der befristeten Kraftstoffsteuersenkung stieg die Inflationsrate wieder deutlich auf **2,8 Prozent**.

Gegenüber Juni erhöhten sich die Verbraucherpreise innerhalb eines Monats um **0,8 Prozent**.

Das Statistische Bundesamt bestätigte damit seine vorläufige Berechnung.

Das ist für dieses Dossier besonders aufschlussreich.

Noch im Juni konnte man sagen:

Die Inflation geht zurück.

Nur einen Monat später zog sie wieder an.

Beides verändert jedoch nichts am grundlegenden Befund:

Die heutigen Preissteigerungen setzen auf einem Preisniveau auf, das bereits deutlich über dem von 2020 liegt.

Genau deshalb kann ein Bürger hören:

„Die Inflation ist wieder deutlich niedriger als 2022.“

Und trotzdem feststellen:

„Mein Alltag ist erheblich teurer als vor einigen Jahren.“

Das ist kein Widerspruch.



5.2 Lebensmittel: Die aktuelle Teuerung ist niedrig – das Niveau bleibt hoch

Besonders deutlich wird dieser Unterschied bei Lebensmitteln.

Im Juni 2026 lagen die Nahrungsmittelpreise lediglich **0,4 Prozent über dem Vorjahresmonat**.

Gegenüber Mai 2026 gingen sie sogar um **0,5 Prozent zurück**.

Der entsprechende Preisindex für Nahrungsmittel lag dennoch bei **136,1 Punkten auf Basis 2020 = 100**.

Das bedeutet:

Das statistische Preisniveau für Nahrungsmittel lag rund 36 Prozent über dem Niveau von 2020.

Damit sind zwei Aussagen gleichzeitig korrekt:

Lebensmittel verteuern sich derzeit wesentlich langsamer als während der großen Inflationswelle.

Und:

Lebensmittel sind trotzdem erheblich teurer als vor dieser Inflationswelle.

Für Haushalte mit niedrigeren Einkommen ist dieser Unterschied besonders wichtig.

Denn je größer der Anteil des Einkommens ist, der für Essen ausgegeben werden muss, desto weniger Möglichkeiten bestehen, Preissteigerungen durch geringeres Sparen oder weniger freiwilligen Konsum aufzufangen.

5.3 Energie: Der große Schock hat Spuren hinterlassen

Bei Energie waren die Ausschläge noch extremer.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zahlten private Haushalte im zweiten Halbjahr 2025 durchschnittlich **12,23 Cent je Kilowattstunde Erdgas**.

Das waren **79,1 Prozent mehr als im zweiten Halbjahr 2021**.

Strom kostete durchschnittlich **40,55 Cent je Kilowattstunde**.



Damit lag der Strompreis noch **23,4 Prozent über dem zweiten Halbjahr 2021**.

Gleichzeitig zeigt das Jahr 2026, wie schnell sich einzelne Energiekomponenten wieder in unterschiedliche Richtungen bewegen können.

Im Juni 2026 war Strom gegenüber dem Vorjahresmonat **5,2 Prozent günstiger**, Erdgas einschließlich Betriebskosten **2,9 Prozent günstiger**.

Die Haushaltsenergie insgesamt verbilligte sich gegenüber Juni 2025 um **1,6 Prozent**.

Doch schon im Juli änderte sich das Gesamtbild wieder deutlich.

Die Energiepreise lagen nach den bestätigten Juli-Daten **8,3 Prozent über dem Vorjahresmonat**. Im Juni hatte der Anstieg bei den Energieprodukten insgesamt noch 3,4 Prozent betragen.

Auch das gehört zur Wahrheit.

Die Energiekosten steigen nicht permanent und überall in dieselbe Richtung.

Aber:

Energie bleibt ein Kostenblock mit erheblichen Schwankungen – und sinkende Jahresraten löschen das zuvor erreichte hohe Preisniveau nicht aus.

5.4 Kraftstoffe: Nach der Entspannung kam 2026 ein neuer Preisschub

Besonders deutlich zeigt sich diese Volatilität bei Kraftstoffen.

Im Juni 2026 lagen die Kraftstoffpreise **11,3 Prozent über dem Vorjahresmonat**.

Im April 2026 hatte der Anstieg gegenüber dem Vorjahr sogar **26,2 Prozent** betragen.

Im Mai waren es noch **18,0 Prozent**.

Der Staat reagierte mit einer befristeten Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel vom **1. Mai bis zum 30. Juni 2026**.

Parallel gingen die Kraftstoffpreise von Mai auf Juni um **5,8 Prozent zurück**; bei Diesel betrug der Monatsrückgang **7,9 Prozent**.

Im Juni lag der Kraftstoffindex bei **151,5 Punkten auf Basis 2020 = 100**.

Damit wird der langfristige Unterschied sichtbar:



Der statistische Kraftstoffpreis lag mehr als 50 Prozent über dem Basisniveau von 2020.

Nach dem Auslaufen der Steuersenkung Ende Juni stiegen die Energiepreise im Juli wieder deutlich. Die Inflationsrate insgesamt sprang von 2,3 auf 2,8 Prozent.

Damit zeigt sich ein wichtiger Punkt:

Die Entspannung gegenüber den extremen Energiepreissphasen war real.

Aber sie war keine Garantie dafür, dass Mobilitätskosten dauerhaft niedrig bleiben.

Für Pendler und Menschen im ländlichen Raum kann das besonders erheblich sein.

Wer für Arbeit, Einkauf, Schule, Pflege oder Arztbesuche auf ein Auto angewiesen ist, kann steigende Mobilitätskosten nicht einfach vollständig vermeiden.

5.5 Wohnen: Der größte Ausgabenblock reagiert träge – aber dauerhaft

Wohnen unterscheidet sich von vielen anderen Kosten.

Ein teures Smartphone kann später gekauft werden.

Urlaub kann verschoben werden.

Bei Lebensmitteln kann zumindest teilweise auf günstigere Produkte ausgewichen werden.

Bei der Wohnung sind diese Möglichkeiten begrenzt.

Im Juni 2026 lagen die **tatsächlichen Nettokaltmieten** im Verbraucherpreisindex **2,2 Prozent über dem Vorjahresmonat**.

Der entsprechende Index lag bei **112,4 Punkten gegenüber 100 im Jahr 2020**.

Dabei muss die Statistik richtig interpretiert werden.

Der Verbraucherpreisindex bildet die gesamte Mietentwicklung ab – also auch lang laufende Bestandsmietverhältnisse.

Wer gerade eine neue Wohnung sucht oder in eine besonders angespannte Region ziehen muss, kann eine völlig andere Marktsituation erleben als der statistische Durchschnitt.

Umgekehrt kann ein Haushalt mit langjährigem günstigem Mietvertrag deutlich weniger belastet sein.



Deshalb ist Wohnen eines der besten Beispiele dafür, warum bundesweite Durchschnittswerte nicht unmittelbar auf jeden Haushalt übertragen werden dürfen.

5.6 Auch Dienstleistungen und Versicherungen ziehen Geld aus dem Haushalt

Die Wohlstandsfrage besteht nicht nur aus Essen, Heizen und Tanken.

Im Juni 2026 lagen die Preise für Dienstleistungen insgesamt **3,1 Prozent über dem Vorjahresmonat**.

Versicherungsdienstleistungen verteuerten sich ebenfalls um **3,1 Prozent**.

Ihr Preisindex lag bei **134,2 Punkten gegenüber 2020**.

Im Juli schwächte sich die Teuerung bei Dienstleistungen insgesamt auf **2,9 Prozent** ab.

Damit entsteht ein Problem, das in der öffentlichen Inflationsdebatte leicht untergeht.

Einzelne Güter können günstiger werden.

Andere verteuern sich gleichzeitig.

Ein Haushalt erlebt aber nicht die Statistik in Einzelteilen.

Er erlebt die Summe seiner Rechnungen.

5.7 Der persönliche Warenkorb entscheidet

Die offizielle Inflationsrate ist kein Fehler.

Sie erfüllt genau ihre statistische Aufgabe.

Sie misst die durchschnittliche Preisentwicklung eines definierten Warenkorbs.

Aber kein realer Mensch kauft exakt diesen durchschnittlichen Warenkorb.

Ein Rentner mit hoher Miet- und Heizkostenquote besitzt eine andere Ausgabenstruktur als ein junger Berufstätiger in einer Wohngemeinschaft.



Eine Familie mit zwei Kindern und zwei Autos erlebt Kosten anders als ein Single mit kurzer U-Bahn-Fahrt zur Arbeit.

Ein Eigentümer mit abbezahltem Haus hat eine andere Belastung als ein Mieter in einer teuren Großstadt.

Deshalb kann die persönliche Preisentwicklung erheblich von der offiziellen Gesamtinflation abweichen.

Das Statistische Bundesamt stellt aus genau diesem Grund einen persönlichen Inflationsrechner bereit, mit dem Haushalte ihre eigene Ausgabenstruktur berücksichtigen können.

5.8 Zehn Prozent sind nicht für jeden gleich viel

Eine Preissteigerung um zehn Prozent ist mathematisch für jeden identisch.

Wirtschaftlich ist sie es nicht.

Steigt eine unvermeidbare monatliche Ausgabe von 100 auf 110 Euro, verliert jeder betroffene Haushalt zehn Euro.

Aber die Bedeutung dieser zehn Euro hängt davon ab, was vorher übrig war.

Wer monatlich 1.500 Euro sparen kann, reduziert seine Sparrate auf 1.490 Euro.

Wer vorher nur 20 Euro Überschuss hatte, verliert die Hälfte seines finanziellen Puffers.

Und wer schon vorher keinen Überschuss besaß, muss an anderer Stelle kürzen oder Schulden aufnehmen.

Deshalb trifft Inflation Haushalte mit geringen finanziellen Reserven häufig stärker.

Nicht weil sie zwangsläufig andere Preise bezahlen.

Sondern weil sie weniger Möglichkeiten besitzen, dieselben Preissteigerungen abzufangen.

5.9 Die Bilanz: Die große Inflationswelle ist vorbei – das Kostenproblem nicht

Deutschland befindet sich 2026 nicht mehr in derselben Inflationssituation wie 2022 und 2023.



Aber die Entwicklung verläuft auch nicht geradlinig nach unten.

Im Juni 2026 betrug die allgemeine Inflationsrate **2,3 Prozent**.

Im Juli stieg sie wieder auf **2,8 Prozent**.

Bei Nahrungsmitteln war die jährliche Teuerung zuletzt vergleichsweise gering.

Strom und Gas waren im Juni sogar günstiger als ein Jahr zuvor.

Das sind reale Gegenbefunde.

Gleichzeitig lag das allgemeine Preisniveau bereits im Juni rund **ein Viertel über dem Niveau von 2020**.

Der Nahrungsmittelindex lag rund **36 Prozent höher**.

Der Kraftstoffindex lag mehr als **50 Prozent über dem Basisniveau 2020**.

Deshalb lautet die entscheidende Unterscheidung:

Die Inflationsrate kann sinken, während die Lebenshaltungskosten dauerhaft hoch bleiben.

Und sie kann anschließend auch wieder anziehen.

Daraus folgt die für dieses Dossier wichtigere Frage:

Sind die verfügbaren Einkommen schnell genug gestiegen, um dieses höhere Kostenniveau auszugleichen – oder haben notwendige Ausgaben einen immer größeren Teil des finanziellen Spielraums aufgezehrt?

Damit kommen wir unmittelbar zu einem Kostenblock, der nicht an der Supermarktkasse auftaucht.

Steuern und Sozialabgaben.



6. Die Abgabenfalle: Was Arbeit kostet – und was davon übrig bleibt

Arbeit finanziert privaten Wohlstand.

Arbeit finanziert aber auch einen erheblichen Teil des Staates und der sozialen Sicherungssysteme.

Rente.

Krankenversicherung.

Pflegeversicherung.

Arbeitslosenversicherung.

Öffentliche Leistungen.

Infrastruktur.

Verwaltung.



Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob Steuern und Sozialbeiträge grundsätzlich notwendig sind.

Eine moderne Gesellschaft kann ohne ihre Finanzierung nicht funktionieren.

Die entscheidende Frage lautet:

Wie hoch ist die Belastung – und wie stark trifft sie gerade den Faktor Arbeit?

6.1 41,8 Prozent: Deutschlands nationale Abgabenquote erreichte 2025 erneut den Höchststand

Der Untertitel dieses Dossiers verwendet bewusst den Begriff „**Rekordabgaben**“.

Dafür gibt es eine belastbare amtliche Grundlage.

Nach den vorläufigen Daten des Bundesfinanzministeriums lag die gesamtstaatliche Abgabenquote 2025 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei **41,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts**.

Die separat ausgewiesene Steuerquote betrug **23,1 Prozent des BIP**, die Sozialbeitragsquote **18,4 Prozent**.

Dabei ist eine methodische Besonderheit wichtig:

Die beiden letztgenannten Werte ergeben zusammen 41,5 Prozent und nicht 41,8 Prozent.

Das ist kein Rechenfehler.

Das Bundesfinanzministerium weist ausdrücklich darauf hin, dass die Abgabenquote zusätzlich die **Erbschaftsteuer** einbezieht, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als Vermögenstransfer eingeordnet wird. Deshalb dürfen Steuer- und Sozialbeitragsquote nicht einfach als vollständige rechnerische Zerlegung der 41,8-Prozent-Abgabenquote behandelt werden.

In der vom Bundesfinanzministerium ausgewiesenen Zeitreihe seit 1960 gehört **41,8 Prozent zu den höchsten ausgewiesenen Werten**.

Diesen Wert erreichte Deutschland sowohl 2021 als auch 2025. Im Jahr 1999 hatte die Abgabenquote bei 41,6 Prozent gelegen.

Damit ist die Aussage „**Rekordabgaben**“ im Sinne eines erneut erreichten Rekordniveaus im nationalen Zeitvergleich belegbar.

Es handelt sich allerdings nicht um einen neuen, über dem bisherigen Höchststand liegenden Rekord.

Aber auch hier braucht die Zahl Kontext.



6.2 Rekord in Deutschland heißt nicht höchste Abgabenquote der Welt

Die nationale BMF-Zeitreihe darf nicht einfach mit einer internationalen OECD-Rangliste vermischt werden.

Für internationale Vergleiche werden andere Abgrenzungen verwendet.

Das Bundesfinanzministerium weist im aktuellen internationalen Vergleich für Deutschland für das Jahr 2024 eine Abgabenquote von **38,0 Prozent des BIP** aus.

Damit lag Deutschland im **Mittelfeld der untersuchten Staaten**, nicht an der internationalen Spitze.

Das ist ein entscheidender Unterschied.

Zwei Aussagen können gleichzeitig richtig sein:

Deutschland erreichte 2025 in seiner nationalen Zeitreihe eine Rekord-Abgabenquote.

Und:

Deutschland besitzt nicht die höchste gesamtwirtschaftliche Abgabenquote unter vergleichbaren Industriestaaten.

Wer diese beiden Kennzahlen vermischt, produziert eine falsche politische Schlagzeile.

6.3 Bei der Belastung eines alleinstehenden Durchschnittsverdieners sieht es anders aus

Ganz anders fällt der internationale Vergleich aus, wenn speziell die Belastung von Arbeit betrachtet wird.

Die OECD verwendet dafür den sogenannten **Tax Wedge**, den Abgabenkeil.

Er umfasst Einkommensteuer sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und setzt diese Belastung ins Verhältnis zu den gesamten Arbeitskosten.

Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder lag dieser Tax Wedge in Deutschland 2025 bei **49,3 Prozent**.

Damit lag Deutschland unter den OECD-Staaten auf **Platz 2**.



Nur Belgien lag mit **52,5 Prozent** darüber.

Der OECD-Durchschnitt betrug **35,1 Prozent**.

Das ist ein außergewöhnlich hoher Wert.

Aber auch diese Zahl wird häufig falsch dargestellt.

6.4 49,3 Prozent sind nicht der persönliche Abzug vom Bruttolohn

Der OECD-Tax-Wedge bedeutet ausdrücklich nicht:

Ein Arbeitnehmer bekommt 49,3 Prozent seines Bruttogehalts abgezogen.

Die OECD rechnet anders.

Sie betrachtet die gesamten Arbeitskosten.

Dazu gehören auch Sozialversicherungsbeiträge, die formal vom Arbeitgeber gezahlt werden.

Der Tax Wedge beschreibt damit die Differenz zwischen den gesamten Kosten eines Arbeitsplatzes und dem verfügbaren Einkommen des Beschäftigten.

Das ist wirtschaftlich relevant.

Aber es ist etwas anderes als die Abzugsquote auf dem persönlichen Lohnzettel.

Genau deshalb muss die Aussage präzise bleiben:

Deutschland belastet den alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder im OECD-Vergleich außergewöhnlich stark.

Nicht:

Jedem deutschen Arbeitnehmer werden persönlich fast 50 Prozent seines Bruttolohns abgezogen.

Das wäre falsch.



6.5 Deutschland ist nicht für jede Familie OECD-Platz 2

Auch der Haushaltstyp verändert die Rechnung erheblich.

Familien können durch steuerliche Regeln und Geldleistungen anders belastet werden als kinderlose Alleinstehende.

Die OECD weist deshalb unterschiedliche Modellhaushalte aus.

Aus dem deutschen zweiten Platz beim alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder darf keine pauschale Rangliste für jeden Haushalt abgeleitet werden.

Der Grundbefund bleibt dennoch:

Bei der Belastung typischer Arbeitseinkommen gehört Deutschland international zur Spitzengruppe.

6.6 Sozialversicherung 2026: Mehrere große Beiträge greifen gleichzeitig

Die Belastung von Arbeit entsteht nicht durch eine einzige Abgabe.

2026 beträgt der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung **18,6 Prozent**.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung liegt bei **2,6 Prozent**.

Der allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt **14,6 Prozent**.

Hinzu kommt der Zusatzbeitrag der jeweiligen Krankenkasse.

Für die soziale Pflegeversicherung gilt grundsätzlich ein Beitragssatz von **3,6 Prozent**.

Für Kinderlose beträgt er unter den gesetzlichen Voraussetzungen **4,2 Prozent**.

Bei Eltern mit mehreren berücksichtigungsfähigen Kindern gelten Abschläge.

Diese Prozentsätze dürfen allerdings nicht einfach zusammengerechnet und vollständig vom Bruttolohn abgezogen werden.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen viele Beiträge.

Es gelten Beitragsbemessungsgrenzen.



Und bei der Pflegeversicherung hängt der Arbeitnehmeranteil zusätzlich vom Kinderstatus ab.

Eine einfache Addition wäre deshalb irreführend.

6.7 Krankenversicherung: 2,9 Prozent offiziell – tatsächlich lag der Durchschnitt höher

Auch beim Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung muss genau hingesehen werden.

Das Bundesgesundheitsministerium legte für 2026 einen durchschnittlichen ausgabendeckenden Zusatzbeitragssatz von **2,9 Prozent** fest.

Die einzelnen Krankenkassen bestimmen ihren tatsächlichen Zusatzbeitrag jedoch selbst.

Und genau hier entsteht ein wichtiger Unterschied:

Der von den Krankenkassen tatsächlich erhobene durchschnittliche Zusatzbeitrag lag zum Ende des ersten Quartals 2026 bei **3,13 Prozent**.

Das ist für Arbeitnehmer relevant.

Denn nicht die politische Referenzgröße entscheidet über die konkrete Lohnabrechnung.

Entscheidend ist der Zusatzbeitrag der eigenen Krankenkasse.

Die Bundesregierung reagierte 2026 auf den Finanzierungsdruck.

Am 10. Juli 2026 beschloss der Bundestag das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz mit Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgabendynamik und zur Stabilisierung der Finanzierung.

Damit gehört auch hier der Gegenbefund ins Dossier:

Die Politik lässt die Beitragsentwicklung nicht einfach unbeantwortet.

Ob die Maßnahmen die Beitragssätze dauerhaft stabilisieren, lässt sich allerdings erst anhand der tatsächlichen Entwicklung beurteilen.



6.8 Beitragsbemessungsgrenzen verhindern eine unbegrenzte Belastung

Sozialversicherungsbeiträge steigen nicht unbegrenzt mit dem Einkommen.

Für Kranken- und Pflegeversicherung liegt die Beitragsbemessungsgrenze 2026 bei **69.750 Euro jährlich beziehungsweise 5.812,50 Euro monatlich**.

Einkommen oberhalb dieser Grenze wird für diese Beiträge grundsätzlich nicht weiter berücksichtigt.

In der allgemeinen Renten- und Arbeitslosenversicherung liegt die Beitragsbemessungsgrenze 2026 bei **8.450 Euro monatlich beziehungsweise 101.400 Euro jährlich**.

Das ist für die Verteilungsfrage wichtig.

Die Sozialbeitragsbelastung steigt deshalb nicht proportional unbegrenzt bis zu jedem Einkommen weiter.

Auch das gehört zu einer korrekten Darstellung des Systems.

6.9 Die kalte Progression: Wenn mehr Lohn nicht mehr Kaufkraft bedeutet

Neben den Sozialabgaben wirkt die Einkommensteuer.

Da Deutschland einen progressiven Einkommensteuertarif besitzt, steigt mit wachsendem zu versteuernden Einkommen grundsätzlich auch die durchschnittliche Steuerbelastung.

Problematisch wird dies bei Inflation.

Wenn ein Arbeitnehmer lediglich deshalb mehr Lohn erhält, um höhere Preise auszugleichen, ist er real noch nicht wohlhabender.

Würde der Steuertarif unverändert bleiben, könnte die nominelle Lohnerhöhung trotzdem eine höhere Steuerbelastung auslösen.

Das bezeichnet man als **kalte Progression**.

Die Politik hat darauf reagiert.

Für 2026 wurde der Grundfreibetrag auf **12.348 Euro** angehoben.



Auch die übrigen Tarifeckwerte wurden – mit Ausnahme des Eckwerts zur sogenannten Reichensteuer – verschoben, um die kalte Progression auszugleichen.

Deshalb wäre die Behauptung falsch:

„Der Staat kassiert die kalte Progression einfach vollständig ein.“

Sie wird über Änderungen am Einkommensteuertarif zumindest teilweise beziehungsweise nach den zugrunde gelegten Inflationswerten ausgeglichen.

Die grundsätzliche Wohlstandsfrage bleibt trotzdem bestehen:

Eine Lohnerhöhung, die lediglich die Inflation ausgleicht, ist noch kein realer Einkommensgewinn.

6.10 Warum eine einfache „100-Euro-Rechnung“ unseriös wäre

Es klingt verführerisch, die gesamte Belastung auf einen einzigen Satz zu reduzieren:

„Von 100 Euro zusätzlichem Lohn bleiben nur X Euro übrig.“

Aber ohne konkrete Annahmen wäre eine solche Zahl unseriös.

Das Ergebnis hängt unter anderem ab von

Einkommenshöhe,

steuerlicher Situation,

Krankenkasse,

Kinderstatus,

möglichen Freibeträgen,

Kirchensteuer

und davon, ob Beitragsbemessungsgrenzen erreicht sind.

Es gibt deshalb keine einzige korrekte Nettozahl für „den deutschen Arbeitnehmer“.

Genau hier ist Genauigkeit wichtiger als ein spektakuläres Beispiel.

Der internationale Befund ist ohnehin deutlich genug.



Für den alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder lag Deutschland 2025 beim OECD-Tax-Wedge bei **49,3 Prozent und damit auf Platz 2.**

Dafür muss keine künstliche Zahl erfunden werden.

6.11 Hohe Abgaben sind noch kein Beweis für schlechte Gegenleistung

Eine hohe Abgabenbelastung allein beantwortet noch nicht die Frage, ob ein staatliches System gut oder schlecht funktioniert.

Steuern und Sozialbeiträge finanzieren Leistungen.

Krankenversicherung.

Rentenansprüche.

Pflegeversicherung.

Arbeitslosenversicherung.

Bildung.

Infrastruktur.

Sicherheit.

Verwaltung.

Andere Staaten können niedrigere Abgaben verlangen und gleichzeitig Leistungen stärker privat finanzieren.

Deshalb beantwortet der Tax Wedge zunächst:

Wie groß ist die Belastung von Arbeit?

Er beantwortet nicht automatisch:

Wie gut ist das gesamte Preis-Leistungs-Verhältnis eines Staates?

Diese Frage müsste gesondert untersuchen, welche Leistungen Bürger für ihre Abgaben tatsächlich erhalten und wie effizient sie bereitgestellt werden.

Das Bundesfinanzministerium weist selbst darauf hin, dass den deutschen Steuern und Abgaben umfangreiche öffentliche Leistungen und soziale Sicherungssysteme gegenüberstehen.



6.12 Die eigentliche Wohlstandsfrage: Was bringt zusätzliche Arbeit?

Damit sind wir beim Kern dieses Kapitels.

Eine Volkswirtschaft braucht Steuereinnahmen und Sozialbeiträge.

Sie braucht aber gleichzeitig Menschen, die arbeiten, sich qualifizieren, zusätzliche Verantwortung übernehmen, Unternehmen gründen und investieren.

Der Konflikt entsteht dort, wo zusätzliche wirtschaftliche Leistung nur noch zu einem vergleichsweise kleinen zusätzlichen verfügbaren Einkommen führt.

Denn für den Einzelnen zählt nicht nur:

Wie hoch ist mein Bruttolohn?

Sondern:

Wie viel bleibt von einer zusätzlichen Stunde Arbeit, einer Beförderung oder einer Gehaltserhöhung tatsächlich übrig?

Je größer der Abstand zwischen zusätzlichen Arbeitskosten und zusätzlichem verfügbarem Einkommen wird, desto wichtiger wird diese Frage.

Das ist keine moralische Debatte über Steuern.

Es ist eine ökonomische Anreizfrage.

6.13 Die Bilanz: Rekordabgaben – aber die richtige Zahl entscheidet

Die Daten erlauben eine klare, aber differenzierte Bilanz.

Die nationale Abgabenquote erreichte 2025 nach vorläufigen BMF-Zahlen mit **41,9 Prozent des BIP** den höchsten Wert der seit 1960 ausgewiesenen Zeitreihe.

Das rechtfertigt den Begriff „**Rekordabgaben**“ im deutschen Zeitvergleich.

International lag Deutschland bei der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote 2024 dagegen mit **38,0 Prozent** nicht an der Spitze, sondern im Mittelfeld.

Bei der speziellen Belastung des alleinstehenden Durchschnittsverdieners ohne Kinder sieht das Bild wiederum völlig anders aus:



Hier lag Deutschland 2025 mit einem OECD-Tax-Wedge von **49,3 Prozent auf Platz 2.**

Diese drei Aussagen widersprechen sich nicht.

Sie messen unterschiedliche Dinge.

Und genau deshalb ist die Unterscheidung so wichtig.

Der entscheidende Befund für dieses Dossier lautet:

Deutschland verlangt dem Faktor Arbeit im internationalen Vergleich eine außergewöhnlich hohe Steuer- und Beitragsbelastung ab. Gleichzeitig finanziert diese Belastung umfangreiche soziale und öffentliche Leistungen.

Die politische und wirtschaftliche Streitfrage beginnt deshalb nicht bei der bloßen Feststellung, dass Abgaben existieren.

Sie beginnt hier:

Wie hoch können Steuern und Sozialbeiträge auf Arbeit steigen, ohne ausgerechnet den Weg zu erschweren, über den die meisten Menschen ihren Wohlstand überhaupt erst aufbauen können?

Diese Frage führt unmittelbar zum nächsten großen Kostenblock.

Denn selbst ein gutes Nettoeinkommen verliert erheblich an Wert, wenn ein immer größerer Anteil davon für das Dach über dem Kopf benötigt wird.

Quellenbasis Kapitel 4 bis 6

Die Armuts- und Sozialdaten beruhen auf den Endergebnissen **EU-SILC 2025** des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht am 9. April 2026.

Die Verbraucherpreis-, Lebensmittel-, Energie-, Miet- und Kraftstoffdaten beruhen auf den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes für Juni 2026; die Gesamtentwicklung wurde um die inzwischen bestätigten **Juli-Daten mit 2,8 Prozent Inflation** ergänzt.

Die internationale Belastung von Arbeit basiert auf **OECD Taxing Wages 2026** mit Daten für 2025.

Die nationale Steuer- und Abgabenquote beruht auf der Zeitreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Stand Januar 2026. Die methodische Besonderheit der Erbschaftsteuer wurde bei der Darstellung der 41,9-Prozent-Abgabenquote berücksichtigt.

Der internationale Vergleich der Abgabenquote wurde mit dem im Juli 2026 veröffentlichten BMF-Vergleich aktualisiert. Deutschland lag 2024 nach OECD-Abgrenzung bei 38,0 Prozent.



Die Sozialversicherungsbeiträge 2026 beruhen auf Angaben des Bundesgesundheitsministeriums und der Deutschen Rentenversicherung.

7. Wohnen: Der neue Wohlstandsgraben – Wenn das Dach über dem Kopf den Spielraum auffrisst

Wohnen ist keine gewöhnliche Konsumausgabe.

Wer ein neues Smartphone zu teuer findet, kann den Kauf verschieben.

Wer sich keinen Urlaub leisten kann, bleibt zu Hause.

Bei der Wohnung funktioniert diese Rechnung nicht.

Irgendwo muss jeder Mensch wohnen.

Genau deshalb entscheidet die Wohnsituation maßgeblich darüber, wie viel ein Einkommen tatsächlich wert ist.

Zwei Haushalte können dasselbe Nettoeinkommen besitzen – und trotzdem wirtschaftlich in völlig unterschiedlichen Welten leben.

Der eine zahlt eine hohe Großstadtmiete.

Der andere besitzt eine weitgehend abbezahlte Immobilie.

Der dritte möchte Wohneigentum erwerben und muss Kaufpreis, Eigenkapital, Nebenkosten und Finanzierung gleichzeitig stemmen.

Damit wird Wohnen zu einer der entscheidenden Wohlstandsfragen dieses Dossiers.





7.1 Wenn mehr als 40 Prozent des Einkommens fürs Wohnen draufgehen

Wie tief Wohnkosten in ein Haushaltsbudget eingreifen können, zeigt die europäische Wohnkostenstatistik.

2025 lebten **11,2 Prozent der Bevölkerung in Deutschland** in Haushalten, die nach der europäischen Definition durch Wohnkosten überbelastet waren.

Als überbelastet gilt ein Haushalt dabei, wenn **mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnen** aufgewendet werden müssen.

Der EU-Durchschnitt lag 2025 bei **7,7 Prozent**. Deutschland lag damit deutlich darüber.

Dabei umfasst die Kennzahl nicht lediglich die Nettokaltmiete.

Berücksichtigt werden unter anderem Mietzahlungen beziehungsweise bei Eigentümern bestimmte Eigentumskosten sowie Nebenkosten wie Wasser, Strom, Gas und Heizung und weitere wohnungsbezogene Belastungen.

Das zeigt, warum ein ordentliches Einkommen allein noch nichts über wirtschaftlichen Wohlstand aussagt.

Wer 3.500 Euro monatlich zur Verfügung hat und davon 1.500 Euro fürs Wohnen benötigt, besitzt eine andere wirtschaftliche Ausgangslage als jemand mit demselben Einkommen und 700 Euro Wohnkosten.

Wohlstand entscheidet sich nicht nur daran, was hereinkommt.

Er entscheidet sich auch daran, was bereits gebunden ist, bevor der Monat richtig begonnen hat.

7.2 Der Wohnungsbau brach 2025 deutlich ein

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist nicht allein eine Frage steigender Mieten.

Auch auf der Angebotsseite gab es einen erheblichen Rückgang.

2025 wurden in Deutschland insgesamt rund **206.600 Wohnungen fertiggestellt**.

Das waren **18,0 Prozent weniger als 2024** und der niedrigste Wert seit 2012.

2024 war die Zahl der Fertigstellungen bereits um 14,4 Prozent zurückgegangen.



Zum Vergleich:

In den Jahren 2021 bis 2023 waren jeweils ungefähr **294.000 Wohnungen pro Jahr** fertiggestellt worden.

Besonders deutlich sank 2025 der Neubau.

In neuen Wohngebäuden wurden rund **172.600 Wohnungen** fertiggestellt – 20 Prozent weniger als im Vorjahr.

Bei Einfamilienhäusern betrug das Minus 23,3 Prozent, bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern 18,9 Prozent.

Damit lässt sich die Wohnungsfrage nicht auf einen einzelnen Satz wie

„Die Mieten sind zu hoch“

reduzieren.

Eine wesentliche Ursache des Problems ist:

Es wird vielerorts weniger zusätzlicher Wohnraum fertig, als für eine Entspannung benötigt würde.

7.3 760.700 genehmigte Wohnungen warteten Ende 2025 noch auf Fertigstellung

Noch auffälliger ist der sogenannte Bauüberhang.

Ende 2025 waren rund **760.700 Wohnungen bereits genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt.**

Davon befanden sich rund **307.200 bereits im Bau.**

Gleichzeitig verlängerte sich die durchschnittliche Zeit zwischen Genehmigung und Fertigstellung eines neuen Wohngebäudes.

2020 waren es durchschnittlich etwa **20 Monate.**

Bei den 2025 fertiggestellten Neubauwohnungen waren es bereits **27 Monate.**

Das ist ein wichtiger Befund.

Wohnraummangel entsteht nicht nur dort, wo keine Genehmigung erteilt wird.

Er entsteht auch dort, wo ein genehmigtes Projekt jahrelang nicht fertiggestellt wird.



Die Ursachen dafür können verschieden sein:

Finanzierung.

Baukosten.

Material.

Personal.

Planung.

Genehmigungsverfahren.

Wirtschaftlichkeit.

Deshalb wäre es unseriös, die gesamte Baukrise auf eine einzelne Vorschrift oder eine einzelne Regierung zurückzuführen.

7.4 Es gibt inzwischen auch ein positives Signal

Die Entwicklung ist allerdings nicht ausschließlich negativ.

2025 stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen nach drei Rückgangsjahren wieder.

Nach den inzwischen vorliegenden **endgültigen Destatis-Ergebnissen** wurden **238.100 Wohnungen genehmigt**.

Das waren **10,6 Prozent mehr als 2024**.

Damit ersetzen diese endgültigen Werte die zunächst veröffentlichten vorläufigen Zahlen von 238.500 Wohnungen und +10,8 Prozent.

Auch Anfang 2026 setzte sich die positive Entwicklung bei den Genehmigungen zunächst fort.

Von Januar bis Mai 2026 wurden rund **104.700 Wohnungen** in neuen und bestehenden Gebäuden genehmigt.

Das waren **15,4 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum**.

Bei Wohnungen in neu errichteten Mehrfamilienhäusern betrug der Anstieg sogar **18,9 Prozent**.

Das ist noch kein Beweis für eine Trendwende bei tatsächlich bezugsfertigen Wohnungen.



Zwischen einer Baugenehmigung und einem Einzug können Jahre liegen.

Aber der Gegenbefund gehört zwingend ins Bild:

Während die Fertigstellungen 2025 dramatisch zurückgingen, haben sich die Genehmigungen wieder erholt.

Ob daraus tatsächlich dauerhaft mehr Wohnungen entstehen, wird erst die Entwicklung der kommenden Jahre zeigen.

7.5 Eigentum: Aus Wohnkosten kann Vermögen werden

Miete und Wohneigentum sind wirtschaftlich nicht dasselbe.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass Eigentum immer die bessere Entscheidung wäre.

Eigentümer tragen Kaufnebenkosten, Zinsen, Instandhaltung, Reparaturen und das Risiko fallender Immobilienpreise.

Kapital ist langfristig gebunden.

Ein Mieter kann dagegen flexibel bleiben und sein Vermögen beispielsweise über Aktien, Fonds oder andere Anlagen aufbauen.

Der wesentliche Unterschied liegt an einer anderen Stelle:

Tilgung kann Wohnkosten teilweise in eigenes Vermögen verwandeln.

Wer über Jahrzehnte einen Immobilienkredit zurückzahlt, reduziert seine Schulden und baut – sofern der Immobilienwert erhalten bleibt – Nettovermögen auf.

Wer mietet, erhält für seine Zahlung das Recht, die Wohnung zu nutzen.

Vermögen entsteht aus dieser Mietzahlung selbst nicht.

Das wird besonders im Alter wichtig.

Ist eine Immobilie weitgehend schuldenfrei, können die monatlichen Wohnkosten erheblich anders aussehen als bei einem Rentner, der weiterhin eine hohe Miete tragen muss.

Und damit verbindet sich die Wohnungsfrage unmittelbar mit der Vermögensfrage.



7.6 Der Zins-Schock hat den Zugang zu Eigentum verändert

Die Finanzierung von Wohneigentum wurde nach der langjährigen Niedrigzinsphase deutlich schwieriger.

Die Zinswende erhöhte die Finanzierungskosten von Immobilienkrediten erheblich.

Gleichzeitig begannen sich die Immobilienpreise nach zwischenzeitlichen Rückgängen wieder zu stabilisieren beziehungsweise bei verschiedenen Preisindikatoren moderat zu erhöhen.

Der entscheidende Mechanismus ist einfach:

Ein Kredit über 300.000 Euro kostet bei einem Zinssatz von einem Prozent etwas völlig anderes als derselbe Kredit bei drei oder vier Prozent.

Damit kann eine Immobilie sogar dann schwerer finanzierbar werden, wenn ihr Kaufpreis zwischenzeitlich nicht steigt oder etwas sinkt.

Besonders hart trifft dies Haushalte ohne größeres Eigenkapital.

Wer bereits Vermögen besitzt, muss weniger finanzieren.

Wer bei null beginnt, muss einen größeren Teil des Kaufpreises über Kredite aufbringen.

Vorhandenes Vermögen erleichtert damit den Aufbau weiteren Vermögens.

Genau an diesem Punkt wird Wohneigentum zu einer Verteilungsfrage.

7.7 CDU/CSU und SPD: Der Bau-Turbo

Die Bundesregierung beziehungsweise die sie tragenden Fraktionen haben auf die Wohnungsbaukrise reagiert.

Am **9. Oktober 2025** beschloss der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD das sogenannte Bau-Turbo-Gesetz.

AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke stimmten dagegen.

Kernstück ist der neue **§ 246e Baugesetzbuch**.

Kommunen erhalten damit für einen befristeten Zeitraum weitergehende Möglichkeiten, unter bestimmten Voraussetzungen von bauplanungsrechtlichen Vorschriften abzuweichen und Wohnungsbauprojekte schneller zu ermöglichen.



Die Koalition begründete das Gesetz mit dem Ziel, Planungszeiten zu verkürzen und schneller zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Damit ist zunächst dokumentiert:

CDU/CSU und SPD haben ein konkretes Beschleunigungsgesetz beschlossen.

Ob daraus tatsächlich eine erhebliche Zahl zusätzlicher und bezahlbarer Wohnungen entsteht, ist eine andere Frage.

Das kann erst an späteren Fertigstellungszahlen beurteilt werden.

7.8 Drei Oppositionsparteien – drei unterschiedliche Gründe für das Nein

AfD, Grüne und Linke lehnten den Bau-Turbo ab.

Aber ihre Gründe waren keineswegs identisch.

Die AfD bezeichnete das Gesetz als unzureichend und verwies unter anderem auf hohe Baukosten und staatliche Anforderungen.

Die Grünen unterstützten grundsätzlich schnellere Verfahren, kritisierten jedoch die konkrete Ausgestaltung und warnten unter anderem vor zusätzlichen Fehlanreizen auf dem Boden- und Wohnungsmarkt.

Die Linke setzte stärker auf sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau sowie auf den Umbau bestehender Gebäude und warnte vor Mietsteigerungen, Bodenspekulation und Zersiedelung.

Ein eigener Antrag der Linken zur „Bauwende“ wurde von CDU/CSU, SPD und AfD abgelehnt; die Grünen enthielten sich.

Das ist genau die Differenzierung, die für dieses Dossier wichtig ist.

„Die Opposition war dagegen“ sagt politisch fast nichts.

Entscheidend ist:

Warum war sie dagegen – und was wollte sie stattdessen?



7.9 Vier Milliarden Euro für sozialen Wohnungsbau

Auch finanziell hat der Bund reagiert.

Der Bundeshaushalt 2026 sieht erhebliche Mittel für Wohnungsbau und Wohnraumförderung vor.

Für den sozialen Wohnungsbau wurden Programmmittel von **vier Milliarden Euro** vorgesehen.

Auch Programme zur Wohneigentumsförderung von Familien und „Jung kauft Alt“ werden fortgeführt.

Das widerlegt die Behauptung, der Bund tue überhaupt nichts.

Aber auch hier gilt:

Geld im Haushalt ist noch keine gebaute Wohnung.

Politische Maßnahmen müssen am Ergebnis gemessen werden.

7.10 2026 folgt bereits die nächste Reform

Nach dem Bau-Turbo legte die Bundesregierung 2026 den nächsten Reformschritt vor.

Der Entwurf zur **Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts** wurde am **25. Juni 2026** erstmals im Bundestag beraten.

Die Bundesregierung will unter anderem Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, vereinfachen und digitalisieren.

Wichtig für den Stand dieses Dossiers:

Am 18. August 2026 ist dieses „Baugesetzbuch-Upgrade“ noch nicht als fertiges Gesetz beschlossen.

Der Entwurf wurde nach der ersten Lesung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Wir dürfen deshalb nicht schreiben:

„Die Bundesregierung hat das Baugesetzbuch bereits umfassend reformiert.“

Richtig ist:



Sie hat die Reform eingeleitet. Das parlamentarische Verfahren läuft.

7.11 Auch beim Mietrecht ist das Verfahren noch offen

Am **9. Juli 2026** beriet der Bundestag erstmals über eine weitere Mietrechtsnovelle der Bundesregierung.

Der Entwurf sieht unter anderem stärkere Regeln für Kurzzeitvermietung und möblierte Vermietung sowie Änderungen in weiteren Bereichen des Mieterschutzes vor.

Bündnis 90/Die Grünen legte parallel einen eigenen Gesetzentwurf vor.

Die Linke verlangte noch weitergehende Regeln und unter anderem einen grundsätzlichen Ausschluss der Indexmiete.

Die Vorlagen gingen zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Auch hier gilt:

Debattiert und vorgeschlagen ist nicht dasselbe wie beschlossen.

7.12 Die Bilanz: Wohnen entscheidet darüber, wie viel vom Einkommen übrig bleibt

Die Wohnungsfrage hat keine einzige Ursache.

2025 wurden erheblich weniger Wohnungen fertiggestellt.

Gleichzeitig stiegen die Genehmigungen 2025 wieder um **10,6 Prozent auf 238.100 Wohnungen**, und auch Anfang 2026 zeigte sich zunächst eine positive Entwicklung.

Zinsen und Finanzierung erschweren für viele Haushalte den Eigentumserwerb.

Hohe Wohnkosten belasten Mieter und teilweise auch Eigentümer.

Und Politik beeinflusst über Planungsrecht, Mietrecht, Förderprogramme, Bauvorschriften und sozialen Wohnungsbau einen erheblichen Teil der Rahmenbedingungen.

Die Verantwortung lässt sich deshalb nicht einer einzigen Bundesregierung zuschieben.

Aber Politik kann sich ebenso wenig hinter „dem Markt“ verstecken.



Der entscheidende Wohlstandseffekt ist unmittelbar:

Jeder Euro, der dauerhaft für Wohnen gebunden ist, steht für Rücklagen, Altersvorsorge und Vermögensaufbau nicht mehr zur Verfügung.

Und genau damit kommen wir zur nächsten Frage.

Denn zwei Menschen mit demselben Einkommen können trotz identischer Gehaltsabrechnung völlig unterschiedlich reich sein.

8. Vermögen: Der unsichtbare Wohlstandsgraben – Warum Einkommen allein nicht zeigt, wer wirklich reich ist

4.000 Euro netto im Monat.

Das klingt nach einem guten Einkommen.

Aber die Zahl sagt erstaunlich wenig darüber aus, wie wirtschaftlich sicher ein Mensch tatsächlich lebt.

Der eine besitzt ein abbezahltes Haus, Wertpapiere und 100.000 Euro Rücklagen.

Der andere lebt zur Miete, bedient mehrere Kredite und besitzt kaum Ersparnisse.

Beide verdienen dasselbe.

Aber sie besitzen nicht denselben Wohlstand.

Genau deshalb müssen Einkommen und Vermögen getrennt betrachtet werden.

8.1 Was ist überhaupt Nettovermögen?

Die Deutsche Bundesbank untersucht die Vermögenslage privater Haushalte regelmäßig in ihrer Studie „**Private Haushalte und ihre Finanzen**“ – PHF.

Nettovermögen bedeutet dabei vereinfacht:

Vermögenswerte minus Schulden.

Berücksichtigt werden unter anderem Immobilien, Betriebsvermögen, Fahrzeuge, Bankguthaben, Wertpapiere, private Altersvorsorge und andere finanzielle Vermögenswerte sowie die dazugehörigen Verbindlichkeiten.



Die derzeit jüngste vollständig ausgewertete Erhebungswelle stammt aus dem Jahr **2023** und wurde im April 2025 veröffentlicht.

Die fünfte PHF-Welle 2023 ist damit weiterhin die jüngste veröffentlichte vollständige Vermögensbefragung.

Damit müssen wir für belastbare Haushaltsvermögensdaten derzeit auf 2023 zurückgreifen.

8.2 Durchschnitt: 324.800 Euro – Median: 103.200 Euro

2023 verfügte ein privater Haushalt in Deutschland im Durchschnitt über ein Nettovermögen von rund **324.800 Euro**.

Der Median lag dagegen bei lediglich **103.200 Euro**.

Dieser Unterschied ist entscheidend.

Der Durchschnitt wird durch sehr hohe Vermögen stark nach oben gezogen.

Der Median teilt dagegen alle Haushalte exakt in zwei Hälften:

Die eine Hälfte besitzt mehr.

Die andere Hälfte weniger.

Damit beschreibt der Median die Mitte der Vermögensverteilung wesentlich besser.

Durchschnitt: rund 324.800 Euro.

Median: rund 103.200 Euro.

Schon diese beiden Werte zeigen, wie irreführend der Satz sein könnte:

„Der durchschnittliche deutsche Haushalt besitzt mehr als 300.000 Euro.“

Mathematisch wäre er richtig.

Für den Haushalt in der Mitte der Verteilung wäre das Bild aber deutlich zu reich.



8.3 Die Inflation fraß zwischen 2021 und 2023 real Vermögen auf

Nominal stieg das durchschnittliche Nettovermögen zwischen 2021 und 2023 von rund **316.500 auf 324.800 Euro**.

Inflationsbereinigt geschah jedoch das Gegenteil.

Das reale durchschnittliche Nettovermögen sank von rund **268.700 auf 239.200 Euro**.

Auch der reale Median fiel deutlich – von rund **90.500 auf 76.000 Euro**.

Hier begegnet uns derselbe Mechanismus wie beim Lohn.

Mehr Euro bedeuten nicht automatisch mehr reale Kaufkraft.

Die Inflationsjahre haben deshalb nicht nur laufende Einkommen belastet.

Sie reduzierten auch den realen Wert vorhandener Vermögen.

8.4 Aber der langfristige Vergleich widerspricht einer reinen Verarmungserzählung

Auch hier gehört der Gegenbefund zwingend dazu.

Vergleicht man 2023 nicht mit 2021, sondern mit der letzten PHF-Erhebung vor der Pandemie im Jahr 2017, sieht die Entwicklung anders aus.

Zwischen 2017 und 2023 stieg das durchschnittliche Nettovermögen nominal um rund **40 Prozent** und inflationsbereinigt um **13 Prozent**.

Der Median stieg nominal um rund **46 Prozent** und real um **18 Prozent**.

Damit lässt sich nicht seriös behaupten:

„Die deutschen Haushalte werden seit Jahren immer vermögensärmer.“

Die Daten geben das nicht her.

Richtig ist:



Zwischen 2021 und 2023 gab es einen erheblichen realen Rückschlag. Gegenüber 2017 lag das reale Vermögen 2023 trotzdem höher.

Beides ist gleichzeitig wahr.

8.5 Mehr als die Hälfte des Nettovermögens liegt beim obersten Zehntel

Die Vermögen sind allerdings sehr ungleich verteilt.

2023 verfügten die vermögendsten **zehn Prozent der Haushalte über rund 54 Prozent des gesamten Nettovermögens.**

2010 waren es 59 Prozent, 2017 rund 55 Prozent und 2021 56 Prozent.

Auch der Gini-Koeffizient zeigt eine hohe Vermögenskonzentration.

2023 lag er bei **72,4 Prozent.**

2021 waren es 72,8 Prozent, 2010 noch 75,8 Prozent.

Das ist ein wichtiger Gegenbefund.

Es wäre falsch zu schreiben:

„Die Vermögensungleichheit wird jedes Jahr größer.“

Genau das zeigen die PHF-Daten nicht.

Die Bundesbank spricht vielmehr von **keinem eindeutigen jüngeren Trend.**

Die Konzentration bleibt sehr hoch – sie ist in diesen Messgrößen aber nicht kontinuierlich gestiegen.

8.6 Eine wichtige Einschränkung: Gesetzliche Rentenansprüche sind Vermögen anderer Art

Auch die Vermögensstatistik hat Grenzen.

Die übliche PHF-Nettovermögensmessung behandelt Ansprüche aus den gesetzlichen Alterssicherungssystemen nicht wie ein Wertpapierdepot oder ein Haus.



Die Bundesbank hat deshalb überschlägig untersucht, wie sich das Bild verändern würde, wenn kapitalisierte Ansprüche aus den gesetzlichen Rentensystemen als zusätzliche Vermögenskomponente einbezogen würden.

In dieser Simulation sank der Gini-Koeffizient von rund **72 Prozent auf etwa 58 Prozent**.

Der Anteil des obersten Zehntels am erweiterten Vermögen sank von rund **54 auf 39 Prozent**.

Das bedeutet nicht, dass Rentenansprüche mit frei verfügbarem Geld gleichgesetzt werden können.

Ein Rentenanspruch kann nicht wie ein Aktiendepot verkauft oder zur Finanzierung eines Hauses eingesetzt werden.

Aber diese Ergänzung verhindert eine übertriebene Aussage:

Die PHF-Zahl von 54 Prozent beschreibt die Verteilung des dort erfassten Nettovermögens – nicht sämtliche wirtschaftlichen Ansprüche, die Haushalte im Laufe ihres Lebens besitzen.

8.7 Wohneigentum ist eine der großen Vermögenstrennlinien

Die PHF-Daten zeigen, wie wichtig Immobilien für den Vermögensaufbau sind.

2023 verfügten nach der Bundesbank-Erhebung rund **42 Prozent der Haushalte über Eigentum am eigenen Hauptwohnsitz**.

Unter denjenigen Haushalten, die ein solches Eigentum besaßen, lag dessen durchschnittlicher Wert bei rund **376.300 Euro** und der Median bei rund **299.500 Euro**.

Wichtig für spätere internationale Vergleiche:

Diese 42 Prozent beziehen sich auf Haushalte in der PHF-Befragung.

Andere Statistiken können beispielsweise den Anteil der **Bevölkerung** ausweisen, der in Wohneigentum lebt. Solche Prozentwerte sind deshalb nicht automatisch widersprüchlich, sondern verwenden unterschiedliche statistische Einheiten.

Damit erklärt sich ein erheblicher Teil der Verbindung zwischen Kapitel 7 und Kapitel 8.

Wer über Jahrzehnte eine Immobilie abbezahlt hat, kann dadurch einen großen Vermögenswert besitzen.

Wer keinen Zugang zu Eigentum hat, muss andere Vermögenswege nutzen.



Das kann ebenso funktionieren.

Aber nur, wenn nach den laufenden Kosten tatsächlich Geld zum Investieren übrig bleibt.

8.8 Aktien und Fonds werden verbreiteter – aber längst nicht bei allen

Interessant ist eine langfristige Veränderung in den PHF-Daten.

2023 besaßen rund **18 Prozent der Haushalte Aktien**.

2010 waren es rund 11 Prozent.

Fondsanteile außerhalb der privaten Altersvorsorge besaßen 2023 etwa **24 Prozent der Haushalte**; 2010 waren es ungefähr 17 Prozent.

Damit ist Kapitalmarktvermögen nicht mehr nur ein Thema einer winzigen Minderheit.

Trotzdem besitzt weiterhin die Mehrheit der Haushalte weder direkte Aktien noch außerhalb der Altersvorsorge gehaltene Fonds.

Und genau hier entsteht eine weitere Wohlstandstrennlinie.

Wer bereits Vermögenswerte besitzt, kann an Kurssteigerungen und Ausschüttungen teilnehmen.

Wer kein Geld übrig hat, kann nicht investieren – unabhängig davon, wie attraktiv die langfristige Rendite eines Aktienmarktes sein mag.

8.9 Alleinstehende und Alleinerziehende verfügen über deutlich weniger Vermögen

Die Haushaltsform verändert die Vermögenslage erheblich.

2023 lag das durchschnittliche Nettovermögen eines Einpersonenhaushalts bei rund **221.800 Euro**.

Der Median betrug jedoch lediglich **37.700 Euro**.

Bei Paarhaushalten lagen die Werte erheblich höher.

Besonders niedrig war das durchschnittliche Nettovermögen von Alleinerziehenden mit mindestens einem Kind: rund **96.900 Euro**.



Damit begegnet uns dieselbe Gruppe erneut, die bereits bei der Armutsgefährdung besonders auffällig war.

Alleinerziehende sind häufiger einkommensarmutsgefährdet und verfügen gleichzeitig im Durchschnitt über deutlich weniger Vermögen als Paarhaushalte.

Das bedeutet:

Ein niedrigerer laufender finanzieller Spielraum trifft häufig auf einen kleineren finanziellen Puffer.

Dieselbe wirtschaftliche Krise kann einen solchen Haushalt deshalb doppelt treffen.

8.10 Erben: Der Startpunkt ist nicht für jeden null

Vermögen entsteht nicht ausschließlich aus laufendem Einkommen.

Ein Teil wird vererbt oder verschenkt.

Eine DIW-Auswertung auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels kam zu dem Ergebnis, dass ungefähr **zehn Prozent der Erwachsenen** innerhalb des betrachteten 15-Jahres-Zeitraums mindestens eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten hatten.

Die Transfers waren stark konzentriert.

Die zehn Prozent der Empfänger mit den höchsten Erbschaften und Schenkungen erhielten zusammen ungefähr **die Hälfte des gesamten übertragenen Volumens**.

Dabei muss der Datenstand genannt werden.

Die Untersuchung basiert im Wesentlichen auf dem Zeitraum **2002 bis 2017** und wurde 2021 veröffentlicht.

Sie beschreibt deshalb **keine aktuelle Erbschaftssumme des Jahres 2026**.

Sie zeigt einen langfristigen Mechanismus:

Nicht jeder beginnt beim Vermögensaufbau am selben Startpunkt.



8.11 Der entscheidende Unterschied beginnt lange vor der Börse

Bevor ein Mensch Aktien kauft, ein Haus finanziert oder eine private Altersvorsorge aufbaut, muss eine Voraussetzung erfüllt sein:

Es muss Geld übrig bleiben.

Ein Haushalt mit 800 Euro monatlichem Überschuss kann Rücklagen aufbauen, Wertpapiere kaufen oder Eigenkapital ansparen.

Ein Haushalt mit 50 Euro Überschuss kann ebenso diszipliniert wirtschaften – und trotzdem über Jahrzehnte nur sehr langsam Vermögen bilden.

Deshalb beginnt Vermögensbildung nicht beim richtigen ETF.

Sie beginnt bei:

Reallohn.

Steuern und Sozialabgaben.

Miete.

Energie.

Lebensmitteln.

Mobilität.

Familienkosten.

Der Überschuss nach dem Leben ist der Rohstoff des Vermögensaufbaus.

8.12 Vermögen ist nicht nur Reichtum – Vermögen ist Zeit

Wer mehrere Monatsausgaben als Rücklage besitzt, kann einen Arbeitsplatzverlust anders überstehen als jemand mit 300 Euro auf dem Konto.

Wer eine kaputte Heizung, ein Auto oder eine Waschmaschine aus Rücklagen bezahlt, muss keinen Kredit aufnehmen.



Wer eine Krise übersteht, ohne Vermögen verkaufen oder Schulden aufnehmen zu müssen, besitzt wirtschaftliche Handlungsfreiheit.

Deshalb ist Vermögen nicht nur Luxus.

Vermögen ist Puffer.

Vermögen ist Sicherheit.

Vermögen ist Zeit.

Und genau deshalb führt eine reine Debatte über Monatsgehälter an einem wesentlichen Teil der Wohlstandsfrage vorbei.

8.13 Die politische Frage: Wer soll Vermögen aufbauen können?

An dieser Stelle wird die Vermögensfrage politisch.

Soll Wohneigentum stärker gefördert werden?

Soll langfristiges Aktiensparen steuerlich begünstigt werden?

Wie sollen Kapitalerträge besteuert werden?

Wie sollen Erbschaften besteuert werden?

Wie hoch dürfen Steuern und Sozialabgaben auf Erwerbsarbeit sein, wenn Bürger gleichzeitig stärker privat vorsorgen sollen?

Und wie gestaltet man Förderung so, dass sie nicht nur diejenigen erreicht, die ohnehin genügend Einkommen zum Sparen besitzen?

Diese Fragen führen politisch zu sehr unterschiedlichen Antworten.

Im Juni 2026 forderten Grüne und Linke im Bundestag Entlastungen kleiner und mittlerer Einkommen, verbanden diese jedoch mit unterschiedlichen Vorstellungen zur Gegenfinanzierung und zur stärkeren Belastung höherer Einkommen beziehungsweise bestimmter Vermögens- und Kapitaleinkünfte.

Die Grünen brachten unter anderem Vorschläge zur stärkeren Besteuerung langfristiger Immobilienveräußerungsgewinne und zur Reform weiterer steuerlicher Immobilienprivilegien ein.

Die Linke verlangte unter anderem deutlich höhere Belastungen sehr hoher Einkommen und eine andere Besteuerung von Kapitalerträgen.



Auch die AfD argumentierte in der Debatte vor allem mit der hohen Belastung von Arbeit und verlangte weitergehende Entlastungen.

CDU/CSU und SPD vereinbarten anschließend am **2. Juli 2026** konkrete Eckpunkte für eine Einkommensteuerreform ab 2027, unter anderem mit höheren Frei- und Pauschbeträgen und einer Verschiebung des Beginns des Spitzensteuersatzes.

Damit ist auch hier das politische Bild nicht mit einem einfachen Links-rechts-Schema erledigt.

Die Parteien unterscheiden sich nicht nur darin,

ob sie entlasten wollen.

Sie unterscheiden sich vor allem darin,

wen sie entlasten, wen sie stärker belasten und wie sie die Gegenfinanzierung organisieren wollen.

8.14 Die Bilanz: Einkommen bezahlt das Leben – Vermögen kauft Sicherheit

Die deutschen Privathaushalte sind insgesamt nicht vermögenslos.

2023 lag das durchschnittliche Nettovermögen bei rund **324.800 Euro**.

Der Median betrug jedoch nur **103.200 Euro**.

Die vermögendsten zehn Prozent verfügten über ungefähr **54 Prozent des erfassten Nettovermögens**.

Zwischen 2021 und 2023 gingen die Vermögen inflationsbereinigt zurück.

Im Vergleich zu 2017 lagen sie real trotzdem höher.

Damit gibt es auch hier keine seriöse Schwarz-Weiß-Antwort.

Aber eine Trennlinie zieht sich durch alle Daten:

Einkommen entscheidet darüber, wie gut ein Haushalt heute leben kann.

Vermögen entscheidet wesentlich darüber, wie sicher er morgen ist.

Wer Vermögen besitzt, kann Krisen abfedern, investieren und Risiken eingehen.

Wer keines besitzt, ist wesentlich stärker darauf angewiesen, dass das nächste Einkommen pünktlich kommt.



Und damit kommen wir zu einer Gruppe, bei der Zeit, Einkommen und Vermögensaufbau besonders eng miteinander verbunden sind:

Familien.

9. Familien unter Druck: Wenn Kinder die wirtschaftliche Rechnung verändern

Kinder sind keine Kostenstelle.

Aber Familienleben kostet Geld.

Wohnraum.

Lebensmittel.

Kleidung.

Betreuung.

Mobilität.

Freizeit.

Schule.

Später möglicherweise Ausbildung oder Studium.

Und zusätzlich gibt es eine Ressource, die in keiner Gehaltsabrechnung vollständig auftaucht:

Zeit.

Wer Kinder betreut, kann dieselbe Stunde nicht gleichzeitig für Erwerbsarbeit einsetzen.

Wer seine Arbeitszeit reduziert, verdient häufig weniger.

Wer Vollzeit arbeitet, benötigt Betreuung.

Und wer allein erzieht, muss viele dieser Aufgaben ohne zweiten Erwachsenen im Haushalt organisieren.

Deshalb ist Familienpolitik nicht nur Sozialpolitik.

Sie ist unmittelbar Wohlstandspolitik.



9.1 259 Euro Kindergeld pro Kind

Seit Januar 2026 beträgt das Kindergeld **259 Euro pro Kind und Monat**.

Bei zwei Kindern sind das 518 Euro monatlich beziehungsweise 6.216 Euro im Jahr.

Das ist eine erhebliche staatliche Transferleistung.

Im Rahmen der Einkommensteuer wird zusätzlich automatisch geprüft, ob für die Familie die steuerlichen Freibeträge für Kinder günstiger sind als das bereits ausgezahlte Kindergeld.

Damit muss eine faire Familienbilanz beide Seiten berücksichtigen.

Es wäre falsch zu behaupten, Familien würden vom Staat überhaupt nicht unterstützt.

Deutschland verfügt über Kindergeld, steuerliche Freibeträge, Elterngeld, Kinderbetreuung, Unterhaltsvorschuss und weitere Leistungen.

Aber diese Leistungen beantworten noch nicht die gesamte Wohlstandsfrage.

9.2 Der größte wirtschaftliche Faktor kann entgangenes Einkommen sein

Die größte langfristige Belastung einer Familie muss nicht die Supermarktrechnung sein.

Sie kann aus Arbeitsstunden bestehen, die nicht geleistet werden.

2025 arbeiteten **66,4 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren in Teilzeit**.

Bei den Vätern waren es lediglich **8,6 Prozent**.

Das ist eine enorme Differenz.

Teilzeit kann freiwillig gewählt werden und für Familien genau die richtige Entscheidung sein.

Aber wirtschaftlich hat sie Konsequenzen.

Weniger Arbeitszeit bedeutet typischerweise weniger laufendes Einkommen.

Je nach Berufsverlauf können auch Karrierechancen, spätere Rentenansprüche und der mögliche Vermögensaufbau geringer ausfallen.



Damit können sich die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Familienphase über Jahrzehnte fortsetzen.

9.3 Betreuung ist wirtschaftliche Infrastruktur

Deshalb besitzt Kinderbetreuung eine Funktion, die weit über pädagogische Fragen hinausgeht.

Ein verlässlicher Betreuungsplatz kann darüber entscheiden, ob ein Elternteil

überhaupt arbeiten kann,

20 Stunden arbeitet,

30 Stunden arbeitet

oder Vollzeit arbeitet.

Seit dem **1. August 2026** gilt erstmals der stufenweise Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder.

Im Schuljahr 2026/27 gilt er zunächst für Kinder der ersten Klasse.

Danach wird jährlich eine weitere Klassenstufe einbezogen, sodass ab dem Schuljahr 2029/30 die Klassen eins bis vier erfasst werden sollen.

Das ist ein konkreter Ausbau staatlicher Familieninfrastruktur.

Und es ist wichtig festzuhalten, wer ihn beschlossen hat:

Die gesetzliche Grundlage wurde bereits **2021** mit dem Ganztagsförderungsgesetz geschaffen.

Die Umsetzung erreicht nun 2026 die erste anspruchsberechtigte Klassenstufe.

Damit ist dieses Beispiel geradezu typisch für politische Verantwortung über mehrere Legislaturperioden hinweg.

Eine Regierung beschließt.

Spätere Regierungen müssen finanzieren, umsetzen und weiterentwickeln.

9.4 Der Bund investiert weiter in Betreuung

Auch finanziell wird der Ausbau fortgesetzt.



Im Bundeshaushalt 2026 wurden für den Ausbau der Kinderbetreuung von 2026 bis 2029 jährlich **eine Milliarde Euro** angekündigt.

Das ist ein erheblicher Mitteleinsatz.

Aber auch hier gilt derselbe Maßstab wie beim Wohnungsbau:

Ein Rechtsanspruch und ein Haushaltsansatz sind noch kein tatsächlich vorhandener Betreuungsplatz vor Ort.

Entscheidend ist, ob Länder und Kommunen genügend Räume, Personal und passende Öffnungszeiten bereitstellen können.

Deshalb muss die Wirkung des Rechtsanspruchs an der tatsächlichen Betreuungssituation gemessen werden – nicht allein am Gesetzestext.

9.5 Alleinerziehende: Das wirtschaftliche Risiko bleibt außergewöhnlich hoch

2025 lebten in Deutschland rund **1,62 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern**.

Menschen in diesen Haushalten waren besonders häufig armutsgefährdet.

Die Quote lag bei **28,9 Prozent**.

Bei Menschen in Paarhaushalten mit einem oder mehreren Kindern waren es **12,0 Prozent**.

Damit war die Armutsgefährdung in Alleinerziehendenhaushalten mehr als doppelt so hoch.

Und wie Kapitel 8 gezeigt hat, lag das durchschnittliche Nettovermögen Alleinerziehender in der jüngsten Bundesbank-Vermögensbefragung lediglich bei rund **96.900 Euro**.

Hier greifen zwei Risiken ineinander:

geringerer laufender finanzieller Spielraum

und

geringere Vermögensreserven.

Das macht diese Haushaltsform wirtschaftlich besonders verletzlich.



9.6 Die langfristige Rechnung zeigt sich im Alter

Die Unterschiede in den Erwerbsbiografien verschwinden nicht automatisch, wenn die Kinder erwachsen sind.

Sie können Jahrzehnte später in der Altersversorgung wieder auftauchen.

Nach den Endergebnissen von EU-SILC 2025 erhielten Frauen ab 65 Jahren aus ihren **eigenen** Alterssicherungsansprüchen durchschnittlich 18.233 Euro brutto im Jahr.

Bei Männern waren es 28.473 Euro.

Ohne Hinterbliebenenleistungen ergibt sich daraus ein **Gender Pension Gap von 36,0 Prozent**.

Werden Hinterbliebenenrenten und -pensionen einbezogen, sinkt die Lücke auf **24,2 Prozent**.

Das ist die korrekte Abgrenzung.

Die 24,2 Prozent dürfen deshalb nicht als Lücke ausschließlich der eigenen Rentenansprüche bezeichnet werden.

Die amtliche Statistik nennt die geringere Erwerbstätigkeit von Frauen ausdrücklich als einen wesentlichen Erklärungsfaktor.

Damit schließt sich der wirtschaftliche Kreis:

Weniger Erwerbsarbeit heute kann weniger Einkommen heute, weniger Vermögensaufbau morgen und geringere eigene Alterseinkünfte Jahrzehnte später bedeuten.

Das heißt nicht, dass Kinder die alleinige Ursache des Gender Pension Gap sind.

Die Ursachen sind vielfältig.

Aber die sehr unterschiedliche Teilzeitverteilung von Müttern und Vätern zeigt, warum Betreuung für die wirtschaftliche Lebensbilanz relevant ist.



9.7 Die gescheiterte Kindergrundsicherung der Ampel

Auch politische Projekte, die nicht umgesetzt wurden, gehören in eine vollständige Bilanz.

Die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP brachte 2023 einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung in den Bundestag ein.

Federführend war das damalige Bundesfamilienministerium unter Lisa Paus von Bündnis 90/Die Grünen.

Der Entwurf trug die Bundestagsdrucksache **20/9092**.

Das Projekt sollte verschiedene familienbezogene Leistungen stärker bündeln und insbesondere den Zugang für einkommensschwächere Familien vereinfachen.

Das Gesetzgebungsverfahren wurde jedoch in der 20. Wahlperiode nicht zu einem verabschiedeten Gesetz abgeschlossen.

Damit lautet die politische Akte:

Die Kindergrundsicherung wurde vorgeschlagen und parlamentarisch beraten – umgesetzt wurde sie in der geplanten Form nicht.

Das ist ein wichtiger Unterschied zwischen politischer Ankündigung und tatsächlichem Recht.

9.8 CDU/CSU und SPD: Kindergeld erhöhen und Verfahren automatisieren

Seit 2025 regieren CDU/CSU und SPD.

2026 beträgt das Kindergeld 259 Euro pro Kind.

Zusätzlich brachte die Bundesregierung 2026 einen Gesetzentwurf für ein **antragsloses Kindergeld** ein.

Der Bundestag billigte die Regelung am **9. Juli 2026**.

CDU/CSU und SPD stimmten dafür.

Auch Bündnis 90/Die Grünen stimmten zu.



AfD und Linke enthielten sich.

Die erste Stufe soll ab März 2027 bei einem zweiten oder weiteren Kind greifen, wenn der Familienkasse die erforderlichen Daten bereits vorliegen.

Später soll das Verfahren auch auf erstgeborene Kinder erweitert werden.

Damit ist die Maßnahme politisch sauber zuzuordnen:

Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Automatisierung auf den Weg gebracht; die Grünen haben das Regierungsgesetz im Bundestag unterstützt.

9.9 AfD, Grüne und Linke: Auch hier keine gemeinsame Opposition

Das parlamentarische Bild ist wiederum differenzierter.

Die AfD brachte parallel einen eigenen Gesetzentwurf ein.

Sie wollte das Kindergeld für Kinder, die in bestimmten anderen EU-Staaten leben, stärker an die dortigen Lebenshaltungskosten anpassen.

Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt; nur die AfD stimmte dafür, die übrigen Fraktionen dagegen.

Die Grünen unterstützten das antragslose Kindergeld grundsätzlich, kritisierten jedoch, dass die Regelung zunächst nur einen Teil der Familien erfasst. Ein eigener Entschließungsantrag zur schnelleren Ausweitung wurde von CDU/CSU und SPD abgelehnt; Grüne und Linke stimmten dafür, die AfD enthielt sich.

Die Linke unterstützte die Vereinfachung des Zugangs grundsätzlich, kritisierte aber vor allem die Höhe der materiellen Leistungen und forderte eine stärkere Absicherung einkommensschwacher Familien.

Auch hier zeigt sich:

Dass Parteien dasselbe Problem sehen, bedeutet nicht, dass sie dieselbe Lösung wollen.

9.10 Grüne fordern 2026 erneut stärkere Familieninvestitionen

Im Juni 2026 brachte Bündnis 90/Die Grünen weitere Anträge zur Familien- und Bildungspolitik in den Bundestag ein.



Unter anderem verlangte die Fraktion eine umfassendere Strategie gegen Kinderarmut, bessere Zugänglichkeit von Leistungen und stärkere Investitionen in Familien und Kinder.

Die entsprechenden Vorlagen wurden zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen und waren damit zum Stand dieses Dossiers nicht beschlossen.

Die Linke forderte in derselben Debatte unter anderem eine Kindergrundsicherung und ein kostenloses Mittagessen an Schulen und kritisierte die Prioritätensetzung der Bundesregierung.

Damit gilt erneut:

Forderung ist nicht Umsetzung.

Eine Oppositionspartei muss daran gemessen werden, was sie tatsächlich beantragt.

Eine Regierung muss zusätzlich daran gemessen werden, was sie tatsächlich beschließt und umsetzt.

9.11 Familienförderung oder Familienfalle?

Der Begriff „Familienfalle“ wäre zu pauschal, wenn damit behauptet würde, Deutschland bestraft Familien grundsätzlich.

Dafür existieren zu viele reale Unterstützungsleistungen.

Kindergeld.

Steuerliche Freibeträge.

Elterngeld.

Unterhaltsvorschuss.

Kinderbetreuung.

Ganztagsförderung.

Und weitere Leistungen.

Aber genauso falsch wäre die Behauptung, damit sei das wirtschaftliche Problem vollständig gelöst.

Die Daten zeigen weiterhin erhebliche Unterschiede:

2025 arbeiteten 66,4 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern in Teilzeit, bei den Vätern 8,6 Prozent.



28,9 Prozent der Menschen in Alleinerziehendenhaushalten waren armutsgefährdet.

Und bei den eigenständigen Alterssicherungsleistungen bestand 2025 zwischen Frauen und Männern weiterhin eine Lücke von 36 Prozent.

Keine dieser Zahlen beweist allein politisches Versagen.

Zusammen zeigen sie jedoch:

Familienentscheidungen und Betreuungsarbeit können erhebliche und langfristige wirtschaftliche Folgen haben.

9.12 Die Bilanz: Die teuerste Familienrechnung steht möglicherweise auf keinem Kassenzettel

Die Kosten einer Familie bestehen nicht nur aus Windeln, Kleidung, Essen oder Schulmaterial.

Eine der größten wirtschaftlichen Positionen kann völlig unsichtbar bleiben.

Das Einkommen, das wegen Betreuung nicht verdient wurde.

Daraus können wiederum geringere Sparraten entstehen.

Weniger Eigenkapital.

Weniger Wertpapiere.

Weniger private Vorsorge.

Und Jahrzehnte später geringere eigene Alterseinkünfte.

Gleichzeitig unterstützt der Staat Familien erheblich und baut die Betreuungsinfrastruktur weiter aus. Seit August 2026 greift erstmals der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Erstklässler; das Kindergeld beträgt 259 Euro und der Bundestag hat die schrittweise Einführung eines antragslosen Verfahrens beschlossen.

Damit lautet die seriöse Bilanz weder:

„Der Staat lässt Familien allein.“

noch:

„Familien sind wirtschaftlich vollständig abgesichert.“

Die Daten zeigen etwas Schwierigeres:



Familien erhalten Unterstützung – tragen aber weiterhin besondere Einkommens-, Zeit- und Vermögensrisiken.

Und diese Risiken laufen nicht mit dem 18. Geburtstag des Kindes aus.

Sie können sich bis ins Rentenalter fortsetzen.

Damit führt die Untersuchung unmittelbar zur nächsten großen Wohlstandsfrage:

Was bleibt Menschen nach einem jahrzehntelangen Arbeitsleben tatsächlich im Alter – und wie lange kann eine alternde Gesellschaft dieses Versprechen finanzieren?

Quellenbasis Kapitel 7 bis 9

Die Wohnungsbauzahlen beruhen auf den aktuellen Veröffentlichungen des **Statistischen Bundesamtes** zu Baufertigstellungen, Baugenehmigungen und Wohnkostenbelastung 2025/2026.

Die Angaben zu Bau-Turbo, Bundeshaushalt 2026, Baugesetzbuch-Reform und Mietrechtsnovelle beruhen auf den Dokumentationen des **Deutschen Bundestages** und dem jeweiligen Stand des parlamentarischen Verfahrens.

Die Vermögensdaten stammen aus der **PHF-Vermögensbefragung 2023 der Deutschen Bundesbank**, veröffentlicht im April 2025.

Die Daten zu Erbschaften und Schenkungen stammen aus einer **DIW-Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels**; der ältere Datenstand wird im Text ausdrücklich kenntlich gemacht.

Die aktuellen Daten zu Familien, Teilzeitarbeit, Alleinerziehenden und Gender Pension Gap stammen vom **Statistischen Bundesamt**.

Die Angaben zu Kindergeld und Ganztagsbetreuung beruhen auf dem **Familienportal des Bundes** beziehungsweise der **Bundesregierung**; die parlamentarischen Positionen zum antragslosen Kindergeld und zu aktuellen familienpolitischen Anträgen stammen aus der Dokumentation des **Deutschen Bundestages**.

10. Rente: Was bleibt nach einem Arbeitsleben – und wer soll die Rechnung bezahlen?

45 Jahre arbeiten.

45 Jahre Beiträge zahlen.



Und dann?

Für Millionen Menschen entscheidet sich im Ruhestand, ob aus einem langen Erwerbsleben tatsächlich wirtschaftliche Sicherheit entstanden ist.

Denn ein entscheidender Unterschied zum Berufsleben bleibt:

Wer mit 35 oder 45 Jahren zu wenig verdient, kann theoretisch noch versuchen, sein Einkommen zu erhöhen, den Arbeitsplatz zu wechseln oder zusätzlich vorzusorgen.

Wer bereits im Ruhestand ist, besitzt diese Möglichkeiten nur noch eingeschränkt.

Die Rente ist deshalb mehr als Sozialpolitik.

Sie ist ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Schlussabrechnung eines Arbeitslebens.

Doch diese Rechnung wird zunehmend schwieriger.

Die Bevölkerung altert.

Geburtenstarke Jahrgänge gehen in den Ruhestand.

Gleichzeitig müssen Renten, Krankenversicherung und Pflegeversicherung finanziert werden.

Damit treffen zwei berechtigte Interessen unmittelbar aufeinander:

Rentner benötigen verlässliche Alterseinkommen.

Und:

Die Generationen, die diese Systeme finanzieren, dürfen durch Beiträge und Steuern nicht immer weiter überfordert werden.





10.1 48 Prozent Rentenniveau heißt nicht 48 Prozent des letzten Gehalts

Kaum eine Zahl wird in der Rentendebatte so häufig missverstanden wie das Rentenniveau von **48 Prozent**.

Es bedeutet ausdrücklich nicht:

„Jeder Arbeitnehmer erhält im Ruhestand 48 Prozent seines letzten Gehalts.“

Das sogenannte Sicherungsniveau vor Steuern ist eine Modellkennzahl.

Vereinfacht wird eine standardisierte Rente nach **45 Beitragsjahren mit Durchschnittsverdienst** mit dem verfügbaren Durchschnittsentgelt der Beschäftigten verglichen.

Sozialabgaben werden dabei berücksichtigt, Steuern dagegen nicht.

Es handelt sich deshalb weder um die individuelle Brutto- noch um die Nettoersatzquote eines konkreten Rentners.

Die tatsächliche persönliche Rente hängt von der individuellen Erwerbsbiografie ab:

Einkommenshöhe.

Beitragsjahre.

Teilzeit.

Arbeitslosigkeit.

Kindererziehungszeiten.

Pflegezeiten.

Rentenbeginn.

Und weiteren rentenrechtlichen Faktoren.

Deshalb kann ein Mensch nach 45 Arbeitsjahren erheblich mehr oder erheblich weniger als 48 Prozent seines letzten Einkommens erhalten.

Das Rentenniveau beschreibt das System – nicht den einzelnen Rentenbescheid.

10.2 Seit 1. Juli 2026 sind die Renten um 4,24 Prozent gestiegen



Zum **1. Juli 2026** wurden die gesetzlichen Renten bundesweit um **4,24 Prozent** erhöht.

Der aktuelle Rentenwert stieg von **40,79 Euro auf 42,52 Euro je Entgeltpunkt**.

Ein sogenannter Standardrentner mit 45 Beitragsjahren und durchgehendem Durchschnittsverdienst erhält dadurch nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung rund **77,85 Euro brutto mehr im Monat**.

Das ist eine reale Verbesserung für Rentenbeziehende.

Und sie fällt 2026 höher aus als die zuletzt gemessene allgemeine Inflationsrate.

Die Erhöhung ist allerdings kein frei gewählter pauschaler Zuschlag.

Sie folgt der gesetzlichen Rentenanpassung und der Lohnentwicklung.

Aufgrund der inzwischen geltenden 48-Prozent-Haltelinie wird der aktuelle Rentenwert bis einschließlich der Anpassung 2031 so festgesetzt, dass dieses Mindestsicherungsniveau erhalten bleibt.

Damit ist die kurzfristige politische Zusage eindeutig:

Bis 2031 soll die gesetzliche Standardrente nicht weiter von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden.

10.3 Das Einkommen im Alter liegt trotzdem unter dem der Gesamtbevölkerung

Das Rentenniveau allein sagt noch nicht, wie ältere Menschen tatsächlich leben.

Nach den im April 2026 veröffentlichten EU-SILC-Endergebnissen lag das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen von Personen ab 65 Jahren bei rund **2.080 Euro im Monat**.

Für die Gesamtbevölkerung lag der Median bei rund **2.410 Euro**.

Dabei ist auch diese Zahl nicht mit einer persönlichen gesetzlichen Monatsrente gleichzusetzen.

Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt das verfügbare Einkommen des Haushalts und dessen Zusammensetzung.

Gerade deshalb ist die Kennzahl für die Wohlstandsfrage interessant.

Sie zeigt, welchen wirtschaftlichen Spielraum Menschen unter Berücksichtigung des Haushalts tatsächlich besitzen.



Bei Haushalten, in denen ausschließlich Menschen im Ruhestand ab 65 Jahren lebten, stammten nach EU-SILC 2024 durchschnittlich **92 Prozent des Einkommens aus Renten und Pensionen**.

Fünf Prozent kamen aus Vermögenseinkommen, zwei Prozent aus Erwerbstätigkeit und ein Prozent aus anderen Transferzahlungen.

Für die große Mehrheit dieser Haushalte gilt deshalb:

Alterseinkommen sind nicht irgendeine Einnahmequelle. Sie sind die wirtschaftliche Grundlage des Lebens.

10.4 Altersarmut bleibt ein reales Risiko

2025 waren **19,5 Prozent der Menschen ab 65 Jahren armutsgefährdet**.

In der Gesamtbevölkerung lag die Quote bei 16,1 Prozent.

Auch hier gilt die bereits in Kapitel 4 erläuterte Einschränkung:

Armutsgefährdung bedeutet relative Einkommensarmut.

Sie bedeutet nicht automatisch, dass 19,5 Prozent der älteren Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken können.

Aber die Zahl zeigt:

Das Risiko, deutlich unter dem mittleren gesellschaftlichen Einkommen zu liegen, ist im Alter überdurchschnittlich hoch.

Und die individuelle Lebenslage hängt erneut stark vom Vermögen ab.

2.000 Euro verfügbares Einkommen bei schuldenfreiem Wohneigentum können eine völlig andere Lebenssituation ermöglichen als 2.000 Euro bei einer monatlichen Miete von 900 oder 1.000 Euro.

Damit laufen im Alter sämtliche bisherigen Kapitel dieses Dossiers zusammen:

Erwerbsbiografie.

Reallohn.

Familienzeiten.

Wohnen.

Vermögen.

Private Vorsorge.



Und gesetzliche Rente.

10.5 CDU/CSU und SPD haben die 48-Prozent-Haltelinie bis 2031 verlängert

Mit dem **Rentenpaket 2025** verlängerte die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD die 48-Prozent-Haltelinie bis zur Rentenanpassung 2031.

Das Gesetz trat zum **1. Januar 2026** in Kraft.

Ohne diese Verlängerung würden die in der Rentenanpassungsformel vorgesehenen Dämpfungsmechanismen wieder stärker wirken.

Der Gesetzgeber hat sich stattdessen entschieden, das Niveau bis 2031 politisch abzusichern.

Das hat einen Preis.

Die zusätzlichen Aufwendungen infolge der Haltelinie sollen aus Bundesmitteln ausgeglichen werden, damit sie den Rentenversicherungsbeitrag grundsätzlich nicht zusätzlich erhöhen.

Nach den Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums entstehen für den Bund dadurch ab 2029 zusätzliche Erstattungen von rund **3,6 Milliarden Euro**, 2030 rund **9,3 Milliarden Euro** und 2031 rund **11 Milliarden Euro**.

Damit verschwinden die Kosten nicht.

Sie wechseln den Finanzierungskanal.

Was nicht über höhere Rentenversicherungsbeiträge finanziert wird, muss über Steuern beziehungsweise den Bundeshaushalt getragen werden.

Rentenpolitik ist deshalb immer auch Steuer- und Haushaltspolitik.

10.6 Mütterrente III: Gleichstellung ab 2027 – Auszahlung teilweise erst 2028

Zum Rentenpaket gehört außerdem die sogenannte **Mütterrente III**.

Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, werden künftig ebenfalls drei Jahre Kindererziehungszeit anerkannt.

Bisher waren es zweieinhalb Jahre.

Die zusätzliche Anerkennung beträgt also sechs Monate.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums profitieren davon rund **zehn Millionen Menschen**, überwiegend Frauen.



Die Regelung tritt zum **1. Januar 2027** in Kraft.

Bei bereits laufenden Renten kann die technische Umsetzung jedoch erst ab Januar 2028 erfolgen.

Die Ansprüche für 2027 sollen dann rückwirkend ausgezahlt werden.

Nach heutigem Rentenwert entspricht der zusätzliche halbe Entgeltpunkt ungefähr **20 Euro monatlich pro betroffenem Kind**.

Auch diese Leistung wird aus Steuermitteln finanziert.

Wichtig ist dabei eine saubere Zahlentrennung:

Das Bundesarbeitsministerium weist darauf hin, dass der Bund bereits heute jährlich rund fünf Milliarden Euro für Kindererziehungszeiten an die Rentenversicherung leistet.

Diese fünf Milliarden dürfen deshalb nicht einfach als neue Zusatzkosten allein der Mütterrente III bezeichnet werden.

10.7 Die Abstimmung: Regierung dafür – aber die Opposition war nicht einheitlich

Am **5. Dezember 2025** stimmte der Bundestag namentlich über das Rentenpaket ab.

Das endgültige Ergebnis der dritten Beratung lautete:

318 Ja-Stimmen, 225 Nein-Stimmen und 53 Enthaltungen.

Die Aufteilung nach Fraktionen zeigt ein wesentlich differenzierteres Bild:

- **CDU/CSU: 198 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen**
- **SPD: 120 Ja**
- **AfD: 141 Nein**
- **Bündnis 90/Die Grünen: 77 Nein**
- **Die Linke: 50 Enthaltungen**

Damit trugen CDU/CSU und SPD das Gesetz.

Die AfD und die Grünen lehnten es in der abschließenden namentlichen Abstimmung ab.

Die Linke stimmte in der Schlussabstimmung nicht dagegen, sondern enthielt sich.

Das ist wichtig, weil die zweite Beratung ein anderes Bild ergeben hatte.

Dort hatten AfD, Grüne und Linke gegen den Gesetzentwurf gestimmt.



Wer nur diesen Zwischenstand betrachtet und daraus behauptet, alle drei Fraktionen hätten auch in der endgültigen namentlichen Abstimmung mit Nein gestimmt, beschreibt das parlamentarische Ergebnis falsch.

10.8 Gleiches Gesetz – unterschiedliche Kritik

Auch die Gründe der Opposition unterschieden sich erheblich.

Die AfD hatte beantragt, über die Mütterrente und die übrigen Bestandteile des Pakets getrennt abstimmen zu lassen.

Dieser Antrag wurde von allen übrigen Fraktionen abgelehnt.

Anschließend stimmte die AfD gegen das Gesamtpaket und kritisierte insbesondere dessen langfristige Finanzierbarkeit.

Die Grünen lehnten das Paket ebenfalls ab, argumentierten aber unter anderem, eine Stabilisierung nur bis 2031 löse das Problem nicht dauerhaft. Sie forderten eine breitere Einbeziehung weiterer Erwerbsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Die Linke ging wiederum in die entgegengesetzte Richtung und verlangte in einem eigenen Entschließungsantrag unter anderem eine sofortige Anhebung und dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus auf **53 Prozent** sowie den schrittweisen Umbau zu einer Erwerbstätigenversicherung.

Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Damit zeigt sich erneut:

Dass mehrere Parteien ein Regierungsgesetz nicht tragen, bedeutet nicht, dass sie dasselbe wollen.

Die AfD kritisierte insbesondere Kosten und Finanzierungsstruktur.

Die Grünen forderten strukturelle Reformen und einen breiteren Versichertenkreis.

Die Linke verlangte ein höheres Leistungsniveau und eine stärkere Umverteilung der Finanzierung.

10.9 Aktivrente und Betriebsrente: Die Reform besteht nicht nur aus der Haltelinie

Parallel zum Rentenpaket beschloss der Bundestag weitere Änderungen.

Mit der **Aktivrente** können Arbeitnehmer nach Erreichen der Regelaltersgrenze seit 2026 bis zu **2.000 Euro monatlich aus begünstigter nichtselbstständiger Beschäftigung steuerfrei** verdienen.



Das Gesetz wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschlossen; AfD, Grüne und Linke lehnten es ab.

Beim Zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetz stimmten CDU/CSU und SPD dafür.

Die AfD stimmte dagegen, Grüne und Linke enthielten sich.

Auch die AfD brachte eigene Vorschläge ein.

Ein Antrag auf einen zusätzlichen steuerfreien Hinzuverdienst von **12.000 Euro jährlich** für Senioren – der anders als die Aktivrente auch selbstständige, gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Einkünfte erfassen sollte – wurde von allen übrigen Fraktionen abgelehnt.

Weitere AfD-Anträge zur ETF-basierten Betriebsrente und zur stärkeren Steuerfinanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen wurden zunächst an die Ausschüsse überwiesen.

Damit ist auch hier zwischen drei Dingen zu unterscheiden:

beschlossen, abgelehnt und noch im parlamentarischen Verfahren.

10.10 Die demografische Rechnung lässt sich nicht wegstimmen

Sozialpolitik kann Leistungsniveaus festlegen.

Sie kann Steuern erhöhen oder senken.

Sie kann Beiträge verändern.

Sie kann zusätzliche Bundeszuschüsse beschließen.

Was sie nicht per Gesetz ändern kann, ist die Altersstruktur der Bevölkerung.

Der Sachverständigenrat beziffert die Summe der Sozialversicherungsbeitragssätze für 2026 auf **42,3 Prozent**.

In seinen Modellrechnungen steigt diese Gesamtbelastung unter den dort zugrunde gelegten Annahmen auf **45,4 Prozent im Jahr 2030** und **49,7 Prozent im Jahr 2040**.

Der Sachverständigenrat weist außerdem darauf hin, dass jüngere Jahrgänge über ihr Erwerbsleben voraussichtlich einen höheren Anteil ihres Lebenseinkommens für Sozialversicherungsbeiträge aufbringen müssen.

Diese Zahlen sind keine beschlossene Zukunft.

Sie sind Simulationen.

Andere politische Entscheidungen können die Entwicklung verändern.



Aber genau deshalb markieren sie den Reformdruck.

Wenn immer mehr Mittel für Alterssicherung, Gesundheit und Pflege benötigt werden, muss entschieden werden:

Steigen Beiträge?

Steigen Steuern?

Sinken Leistungen?

Arbeiten Menschen länger?

Werden zusätzliche Erwerbsgruppen einbezogen?

Oder wird ein größerer Teil der Alterssicherung kapitalgedeckt?

An dieser Rechnung führt kein Parteiprogramm vorbei.

10.11 Seit Juni 2026 liegt eine konkrete langfristige Reformagenda auf dem Tisch

Hier hat sich die Lage gegenüber Ende 2025 wesentlich verändert.

Am **23. Juni 2026** legte die Alterssicherungskommission der Bundesregierung **33 Empfehlungen** für eine langfristige Rentenreform vor.

Zu den zentralen Vorschlägen gehören:

- eine obligatorische **gesetzliche Kapitalrente** als zusätzliche kapitalgedeckte Komponente,
- die langfristige Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung,
- die verpflichtende Einbeziehung neuer, bislang nicht obligatorisch abgesicherter Selbstständiger,
- die Einbeziehung von Abgeordneten,
- Reformen beim Renteneintritt,
- Änderungen bei Minijobs,
- eine stärkere Verbreitung betrieblicher Altersvorsorge,
- sowie als politische Zielgröße eine Nettoersatzquote von mindestens 70 Prozent im Zusammenspiel der verschiedenen Alterssicherungssäulen.

Besonders weitreichend ist der Vorschlag zur Kapitalrente.

Die Kommission empfiehlt einen zusätzlichen Beitrag von **zwei Prozent des Bruttolohns**, paritätisch finanziert von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.



Er soll schrittweise in jährlichen Stufen von jeweils 0,5 Prozentpunkten eingeführt und nach schwedischem Vorbild am Kapitalmarkt angelegt werden.

Das wäre ein erheblicher Systemumbau.

Aber der entscheidende Satz lautet:

Diese 33 Empfehlungen sind am 18. August 2026 noch kein geltendes Recht.

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat angekündigt, die Vorschläge möglichst vollständig umsetzen zu wollen.

Über konkrete Gesetze muss jedoch erst das parlamentarische Verfahren entscheiden.

Genau diese Unterscheidung ist für dieses Dossier zentral.

Eine Kommission kann empfehlen.

Eine Regierung kann ankündigen.

Recht entsteht erst durch die entsprechenden politischen und parlamentarischen Entscheidungen.

10.12 Die Bilanz: Das Versprechen bis 2031 steht – die langfristige Rechnung wird jetzt verhandelt

Die kurzfristige Lage ist relativ klar.

Die 48-Prozent-Haltelinie gilt bis 2031.

Die Renten sind zum Juli 2026 um 4,24 Prozent gestiegen.

Die Mütterrente III tritt 2027 in Kraft.

Aktivrente und Betriebsrentenreform sind beschlossen.

Die langfristige Lage ist weniger klar.

Der demografische Druck bleibt.

Steuerzuschüsse und Sozialbeiträge müssen finanziert werden.

Und seit Juni 2026 liegt erstmals eine umfassende Reformagenda der Alterssicherungskommission vor.

Damit wäre es inzwischen falsch zu schreiben:

„Die Politik hat überhaupt keinen Plan für die Zeit nach 2031.“



Es liegen konkrete Vorschläge vor.

Aber genauso falsch wäre:

„Die Finanzierung nach 2031 ist gelöst.“

Denn die entscheidenden Reformvorschläge sind noch nicht Gesetz.

Die eigentliche Wohlstandsfrage lautet deshalb:

Wie viel Alterssicherung kann eine Gesellschaft gewährleisten, ohne die Generationen, die sie finanzieren, so stark zu belasten, dass diese selbst kaum noch Vermögen und Altersvorsorge aufbauen können?

Und damit lohnt sich der Blick über die Grenze.

Denn Deutschland ist nicht das einzige Land mit hohen Rentenlasten, Wohnkosten, Energiepreisen oder Steuern.

Die entscheidende Frage lautet:

Wie steht Deutschland tatsächlich im internationalen Vergleich da?

11. Deutschland im internationalen Vergleich: Reiches Land – aber teuer erkaufte Wohlstand?

Deutschland gehört zu den größten und wirtschaftlich stärksten Volkswirtschaften Europas.

Deshalb klingt eine Behauptung wie

„Die Deutschen gehören zu den Ärmsten Europas“

zunächst spektakulär.

Aber hält sie den Daten stand?

Nein.

Genauso wenig hält allerdings die umgekehrte Behauptung stand:

„Deutschland ist reich, also kann es kein ernstes Wohlstandsproblem geben.“

Internationale Vergleiche zeigen ein wesentlich widersprüchlicheres Bild.



Deutschland liegt bei manchen Wohlstandsindikatoren weit vorne.

Bei anderen Belastungen gehört es zur europäischen oder OECD-Spitzengruppe.

Genau dieser Widerspruch ist entscheidend.

11.1 Zuerst die wichtigste Warnung: Nicht jede internationale Kennzahl misst dasselbe

Vor einem Ländervergleich muss geklärt werden, was überhaupt verglichen wird.

Bruttoinlandsprodukt.

Kaufkraft.

Konsum.

Nettoeinkommen.

Steuern.

Arbeitskosten.

Wohnkosten.

Strompreise.

Renten.

Vermögen.

All diese Kennzahlen beantworten unterschiedliche Fragen.

Ein Land kann hohe Löhne besitzen und gleichzeitig hohe Preise.

Es kann hohe Steuern verlangen und dafür mehr öffentliche Leistungen bereitstellen.

Es kann ein hohes Bruttoinlandsprodukt haben und trotzdem eine niedrige Wohneigentumsquote.

Es kann niedrige gesetzliche Renten haben, während private und betriebliche Vorsorge stärker ausgebaut sind.

Deshalb wäre eine einzige Rangliste „Wo leben die Menschen am besten?“ methodisch unseriös.

Wir müssen die einzelnen Wohlstandskomponenten getrennt betrachten.



11.2 Beim materiellen Konsum gehört Deutschland zur EU-Spitze

Einer der interessantesten Gegenbefunde zur Verarmungsthese kommt von Eurostat.

Für internationale Wohlstandsvergleiche verwendet Eurostat unter anderem den **tatsächlichen Individualkonsum pro Kopf**, kurz AIC.

Diese Kennzahl umfasst Güter und Dienstleistungen, die Haushalte tatsächlich konsumieren – unabhängig davon, ob sie direkt vom Haushalt, vom Staat oder von gemeinnützigen Organisationen finanziert werden.

Um unterschiedliche Preisniveaus zwischen Ländern auszugleichen, wird sie in Kaufkraftstandards ausgedrückt.

2025 lag der deutsche AIC pro Kopf **20 Prozent über dem EU-Durchschnitt**.

Nur Luxemburg lag mit **45 Prozent über dem EU-Durchschnitt noch höher**. Die Niederlande folgten mit 19 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Das ist ein massiver Gegenbefund.

Deutschland ist beim materiellen Konsum der Haushalte kein armes europäisches Land.

Im Gegenteil:

Gemessen an diesem Indikator gehört es zur absoluten EU-Spitze.

Wer deshalb pauschal behauptet, deutsche Haushalte seien im europäischen Vergleich wirtschaftlich abgehängt, lässt einen der wichtigsten Wohlstandsindikatoren außer Acht.

11.3 Hoher Konsum bedeutet trotzdem nicht automatisch hohe finanzielle Sicherheit

Der AIC sagt jedoch nicht, wie viel Vermögen ein Haushalt besitzt.

Er sagt auch nicht, wie viel Geld nach allen Fixkosten frei verfügbar bleibt.

Und er sagt nicht, wie stark Arbeit besteuert wird.

Ein Haushalt kann hochwertige Gesundheits- und Bildungsleistungen nutzen und damit einen hohen tatsächlichen Konsum aufweisen, obwohl er selbst kaum Vermögen bildet.

Genau deshalb darf aus Deutschlands zweitem Platz beim AIC nicht geschlossen werden:

„Die Wohlstandsfrage ist erledigt.“



Der AIC beantwortet:

Wie hoch ist der tatsächliche materielle Konsum?

Dieses Dossier untersucht zusätzlich:

Wie teuer wird dieser Lebensstandard finanziert – und wie viel wirtschaftliche Freiheit bleibt danach?

11.4 Bei der Belastung von Arbeit liegt Deutschland fast ganz oben

Hier dreht sich das internationale Bild.

Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder lag der OECD-Tax-Wedge 2025 in Deutschland bei **49,3 Prozent der gesamten Arbeitskosten**.

Nur Belgien lag mit **52,5 Prozent** höher.

Der OECD-Durchschnitt lag bei **35,1 Prozent**.

Damit beträgt der Abstand Deutschlands zum OECD-Durchschnitt mehr als 14 Prozentpunkte.

Noch einmal:

Diese 49,3 Prozent sind **nicht** der persönliche Abzug auf dem deutschen Lohnzettel.

Die Kennzahl umfasst auch Arbeitgeberbeiträge.

Aber sie zeigt, wie groß die Differenz zwischen den gesamten Arbeitskosten und dem verfügbaren Einkommen eines Modellarbeitnehmers ist.

Beim materiellen Konsum liegt Deutschland also weit oben.

Bei der Belastung des Faktors Arbeit ebenfalls.

Das ist kein Widerspruch.

Es zeigt, dass ein hoher Lebensstandard mit einem stark ausgebauten Steuer- und Sozialstaat zusammentrifft.

11.5 Auch die Arbeitskosten liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt

2025 kostete eine geleistete Arbeitsstunde deutsche Unternehmen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich durchschnittlich **45,00 Euro**.



Der EU-Durchschnitt lag bei **34,90 Euro**.

Deutschland lag damit rund **29 Prozent über dem EU-Mittel**.

Höhere Arbeitskosten gab es nach den damals verfügbaren Daten unter anderem in Luxemburg mit 56,80 Euro, Dänemark mit 51,70 Euro und den Niederlanden mit 47,90 Euro.

Für Belgien lagen zum Veröffentlichungszeitpunkt noch keine vollständigen 2025-Daten vor.

Auch diese Zahl muss korrekt gelesen werden.

Hohe Arbeitskosten sind nicht automatisch schlecht.

Sie können Ausdruck hoher Löhne, hoher Produktivität und umfangreicher Sozialleistungen sein.

Aber für Unternehmen zählt gleichzeitig, was eine Arbeitsstunde insgesamt kostet.

Deshalb kann ein hohes Arbeitskostenniveau zum Wettbewerbsfaktor werden, wenn Produktivität und Wertschöpfung nicht entsprechend hoch sind.

11.6 Strom: Für Haushalte gehört Deutschland weiterhin zu den teuersten Ländern Europas

Beim Strom zeigt sich die deutsche Kostenposition besonders deutlich.

Im zweiten Halbjahr 2025 betrug der durchschnittliche Haushaltsstrompreis in der Europäischen Union **28,96 Euro je 100 Kilowattstunden**.

In Deutschland waren es **38,69 Euro**.

Nur Irland lag mit 40,42 Euro höher.

Belgien folgte mit 34,99 Euro.

Damit lag der deutsche Haushaltsstrompreis in Euro rund ein Drittel über dem EU-Durchschnitt.

Allerdings liefert Eurostat auch hier einen wichtigen Gegenbefund.

Wird nicht der nominelle Europreis betrachtet, sondern die Belastung in **Kaufkraftstandards**, lagen 2025 andere Staaten an der Spitze – insbesondere Rumänien, Tschechien und Polen.

Deutschland war nach dieser Kaufkraftbetrachtung nicht das teuerste Land.

Das zeigt wieder:



„Deutschland hat fast die höchsten Strompreise Europas“

ist in nominellen Euro für Haushalte Ende 2025 korrekt.

„Deutsche Haushalte tragen kaufkraftbereinigt die höchste Strombelastung Europas“

wäre dagegen falsch.

11.7 Auch Unternehmen zahlen überdurchschnittlich viel für Strom

Für Nicht-Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch zwischen 500 und 2.000 Megawattstunden betrug der EU-Durchschnitt im zweiten Halbjahr 2025 **18,37 Euro je 100 Kilowattstunden**.

Deutschland lag bei **22,64 Euro**.

Höher waren die Preise in dieser Verbrauchsgruppe nur in Irland mit 25,52 Euro und Zypern mit 24,29 Euro.

Das ist für die Wohlstandsfrage indirekt wichtig.

Denn Unternehmen tragen Energiepreise nicht nur selbst.

Sie beeinflussen langfristig Investitionen, Standortentscheidungen, Produktionskosten und teilweise auch Verbraucherpreise.

Aus einem hohen Industriestrompreis folgt allerdings nicht automatisch, dass ein Unternehmen Deutschland verlassen muss.

Energieintensität, Produktivität, Netzentgelte, Förderungen, Steuern und die konkrete Branche verändern die Rechnung erheblich.

Aber der internationale Kostennachteil ist real.

11.8 Wohnen: Deutschland ist das einzige EU-Land mit einer Mietermehrheit

2024 lebten **68 Prozent der EU-Bevölkerung in Wohneigentum**.

32 Prozent lebten zur Miete.

Deutschland war nach Eurostat das einzige EU-Land, in dem Mieten häufiger war als Eigentum:

53 Prozent der Bevölkerung lebten in Mietverhältnissen.



Damit lag der Eigentümeranteil entsprechend bei rund 47 Prozent.

Das ist zunächst keine Wertung.

Eine hohe Eigentumsquote bedeutet nicht automatisch höheren Wohlstand.

Immobilien können verschuldet sein, an Wert verlieren und hohe Instandhaltungskosten verursachen.

Aber für die Vermögensbildung ist die deutsche Besonderheit relevant.

Denn selbstgenutztes Wohneigentum ist in vielen europäischen Ländern ein zentraler Vermögensbaustein.

Deutschland startet in dieser Hinsicht strukturell anders.

11.9 Auch beim Anteil der Wohnkosten am Einkommen liegt Deutschland weit oben

Im EU-Durchschnitt verwendeten Haushalte 2024 rund **19 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen**.

In Deutschland waren es **25 Prozent**.

Höher lagen nur Griechenland mit 36 Prozent und Dänemark mit 26 Prozent; Schweden lag ebenfalls bei 25 Prozent.

Damit treffen in Deutschland zwei Besonderheiten zusammen:

eine sehr hohe Mieterquote

und

ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen.

Das bedeutet nicht, dass jeder deutsche Mieter 25 Prozent zahlt.

Es ist ein Durchschnitt.

Aber für den Vermögensaufbau entsteht eine offensichtliche Frage:

Wie viel kann ein Haushalt langfristig sparen, wenn bereits ein relativ großer Teil seines Einkommens für Wohnen gebunden ist?

11.10 Beim Armutsrisiko ist Deutschland dagegen kein europäischer Ausreißer



Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der relativen Einkommensarmut.

2025 waren in der EU **16,3 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet**.

In Deutschland waren es **16,1 Prozent**.

Deutschland lag damit praktisch auf dem EU-Durchschnitt und geringfügig darunter.

Bei der weiter gefassten Kennzahl „von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht“ lagen die Werte dagegen minimal in die andere Richtung:

EU: **20,9 Prozent**.

Deutschland: **21,2 Prozent**.

Das ist ein gutes Beispiel dafür, warum einzelne Rankings mit Vorsicht behandelt werden müssen.

Je nachdem, ob nur relative Einkommensarmut oder zusätzlich materielle Entbehrung und geringe Erwerbsintensität berücksichtigt werden, verändert sich die Position geringfügig.

Der klare Befund lautet:

Deutschland ist beim Armutsrisiko weder Europas Musterschüler noch Europas Krisenfall.

Es liegt ungefähr im europäischen Mittelfeld.

11.11 Bei der künftigen Rentenersatzrate liegt Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt

Auch beim internationalen Rentenvergleich muss eine andere Kennzahl verwendet werden als das deutsche 48-Prozent-Rentenniveau.

Die OECD berechnet modellhaft die künftige Nettoersatzrate eines Menschen, der mit 22 Jahren in den Arbeitsmarkt eintritt und eine vollständige Erwerbsbiografie hat.

Für einen Durchschnittsverdiener in Deutschland beträgt diese modellierte Nettoersatzrate aus obligatorischen Systemen **53,3 Prozent**.

Der OECD-Durchschnitt liegt bei **63,2 Prozent**.

Unter der Annahme, dass zusätzlich während des gesamten Erwerbslebens freiwillig vier Prozent des Einkommens in private Vorsorge eingezahlt werden, steigt die modellierte deutsche Nettoersatzrate auf **68,0 Prozent**.

Diese OECD-Zahl darf nicht mit dem deutschen Rentenniveau von 48 Prozent verwechselt werden.



Beide Kennzahlen verwenden andere Berechnungsmethoden.

Aber die internationale Aussage ist interessant:

Deutschland erwartet stärker als viele andere OECD-Länder, dass zusätzliche Altersvorsorge einen Teil des Lebensstandards im Alter absichert.

Damit entsteht wieder die Verbindung zur Sparfähigkeit.

Wer privat vorsorgen soll, muss während des Erwerbslebens überhaupt Geld dafür übrig haben.

11.12 Deutschlands Wohlstands-Paradox

Der internationale Vergleich ergibt kein Bild eines armen Landes.

Im Gegenteil.

Beim kaufkraftbereinigten tatsächlichen Individualkonsum lag Deutschland 2025 **20 Prozent über dem EU-Durchschnitt und an zweiter Stelle der EU.**

Gleichzeitig finden wir:

- den zweithöchsten OECD-Tax-Wedge für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder,
- Arbeitskosten 29 Prozent über dem EU-Durchschnitt,
- den zweithöchsten nominellen Haushaltsstrompreis der EU im zweiten Halbjahr 2025,
- hohe Strompreise auch für Nicht-Haushaltskunden,
- eine europaweit außergewöhnlich hohe Mieterquote,
- Wohnkosten, die einen überdurchschnittlichen Anteil des verfügbaren Einkommens beanspruchen,
- und eine modellierte künftige Rentenersatzrate aus obligatorischen Systemen unterhalb des OECD-Durchschnitts.

Daraus entsteht ein bemerkenswertes Bild:

Deutschland ist reich – aber dieser Wohlstand wird von vielen Haushalten in einem System mit hohen laufenden Belastungen erwirtschaftet.

Das erklärt möglicherweise einen Teil des scheinbaren Widerspruchs zwischen Statistik und persönlichem Empfinden.

Die Statistik sagt:

Deutschland gehört beim materiellen Konsum zu den wohlhabendsten Ländern der Europäischen Union.

Der einzelne Arbeitnehmer sagt:



Von meinem Einkommen bleibt trotzdem erstaunlich wenig zum Vermögensaufbau übrig.

Beides kann gleichzeitig stimmen.

Damit kommen wir zu einem entscheidenden Punkt.

Denn bisher haben wir Belastungen gemessen.

Jetzt müssen wir auseinanderhalten:

Welche davon entstanden durch internationale Krisen – und welche durch politische Entscheidungen?

12. Was ist Krise – und was ist Politik?

Wenn Benzin, Gas, Lebensmittel und Mieten steigen, beginnt fast automatisch die politische Schuldfrage.

Die Regierung sagt:

„Wir wurden von Krisen getroffen.“

Die Opposition sagt:

„Die Regierung hat falsche Entscheidungen getroffen.“

Beides kann gleichzeitig teilweise richtig sein.

Und beides kann als Ausrede missbraucht werden.

Genau deshalb muss eine seriöse Untersuchung vier Dinge auseinanderhalten:

Was geschah von außen?

Welche politischen Entscheidungen bestanden bereits vorher?

Wie reagierte Politik auf die Krise?

Und welche Folgen lassen sich dieser Reaktion tatsächlich zurechnen?

Ohne diese Trennung wird aus wirtschaftlicher Analyse Parteipropaganda.

12.1 Die Inflation begann vor dem russischen Angriff auf die Ukraine



Der erste wichtige Befund ist eindeutig:

Die große Inflationsbewegung begann nicht erst am 24. Februar 2022.

Bereits 2021 stieg die Inflation im Euroraum deutlich.

Die Europäische Zentralbank nennt dafür mehrere Faktoren:

stark steigende Energiepreise,

die schnelle wirtschaftliche Wiederöffnung nach der Pandemie,

eine kräftig zurückkehrende Nachfrage,

globale Liefer- und Transportengpässe

sowie in Deutschland zusätzlich statistische beziehungsweise steuerliche Basiseffekte nach dem Ende der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung von 2020.

Im Euroraum stieg die Inflation von durchschnittlich 0,3 Prozent im Jahr 2020 auf **2,6 Prozent im Jahr 2021**.

Im Dezember 2021 erreichte sie bereits **5,0 Prozent**.

Damit steht fest:

Wer die gesamte Inflation ausschließlich mit dem Ukrainekrieg erklärt, beginnt die Geschichte zu spät.

12.2 Pandemie und Wiederöffnung erzeugten gleichzeitig Angebots- und Nachfragedruck

Die Corona-Pandemie traf die Wirtschaft auf zwei Seiten.

Zunächst wurden Produktion, Handel und Dienstleistungen eingeschränkt.

Lieferketten gerieten durcheinander.

Transportkapazitäten wurden knapp.

Halbleiter und andere Vorprodukte fehlten.

Dann öffneten die Volkswirtschaften wieder.

Nachfrage, die während der Beschränkungen teilweise nicht realisiert werden konnte, kehrte schnell zurück.

Gleichzeitig waren Teile des Angebots noch eingeschränkt.



Die EZB beschreibt für 2021 ausdrücklich, dass die Nachfrage in mehreren Bereichen schneller wuchs als das verfügbare Angebot.

Hinzu kamen stark steigende Energiepreise.

Geld- und Fiskalpolitik hatten die Wirtschaft während der Pandemie zusätzlich gestützt.

Auch diese Maßnahmen ermöglichten eine schnelle Erholung der Nachfrage. Die EZB nennt die umfangreiche geld- und fiskalpolitische Unterstützung ausdrücklich als einen Faktor der wirtschaftlichen Erholung.

Daraus folgt allerdings nicht:

„Die staatlichen Hilfen haben die Inflation verursacht.“

Das wäre zu simpel.

Sie waren ein Faktor in einem Zusammenspiel aus Nachfrageerholung, Angebotsproblemen, Energiepreisen und später weiteren Schocks.

12.3 Dann kam der Ukrainekrieg – und verschärfte die Lage massiv

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 traf also keine vollkommen stabile Preiswelt.

Aber er verschärfte die bereits bestehenden Probleme erheblich.

Die EZB nennt den Krieg und insbesondere den dadurch ausgelösten Schub bei Energie- und Nahrungsmittelpreisen als wesentlichen Grund dafür, dass die Inflation im Euroraum 2022 auf durchschnittlich **8,4 Prozent** stieg.

Die Deutsche Bundesbank beschrieb zugleich verschärfte Lieferengpässe und deutlich höhere Energiepreise, die Produktion und privaten Konsum belasteten.

Damit sind zwei populäre Extrempositionen nicht haltbar.

„Putin war an der Inflation schuld, vorher gab es kein Problem.“

Falsch.

Und:

„Der Krieg hatte mit der Inflation praktisch nichts zu tun.“

Ebenfalls falsch.

Der Preisdruck hatte bereits begonnen.



Der Krieg verstärkte ihn massiv, insbesondere über Energie und Lebensmittel.

12.4 Eine Bundesregierung bestimmt nicht den Weltmarktpreis für Gas, Öl oder Getreide

Das klingt banal, wird in politischen Debatten aber häufig vergessen.

Eine deutsche Bundesregierung kann nicht allein festlegen:

wie viel Öl weltweit gefördert wird,

wie hoch der internationale Gaspreis ist,

ob eine Pandemie Produktionsstätten in Asien stilllegt,

ob Frachtraten explodieren,

ob Russland die Ukraine angreift,

oder wie sich internationale Rohstoffmärkte entwickeln.

Auch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank wird nicht von der deutschen Bundesregierung beschlossen.

Deshalb wäre es unseriös, jeden Preisaufschlag auf einer deutschen Rechnung unmittelbar einer deutschen Partei zuzurechnen.

Externe Schocks sind real.

Aber damit endet politische Verantwortung nicht.

12.5 Politik entscheidet, wie verwundbar ein Land auf einen Schock trifft

Die entscheidendere politische Frage lautet häufig nicht:

„Hat die Regierung die Krise verursacht?“

Sondern:

„Wie gut war das Land darauf vorbereitet?“

Ein Energiepreisschock trifft zwei Volkswirtschaften unterschiedlich, wenn

eine mehr Bezugsquellen besitzt,

eine größere heimische beziehungsweise alternative Versorgungskapazität hat,



eine Industrie energieintensiver produziert,

Steuern und Abgaben unterschiedlich hoch sind,

oder Haushalte unterschiedliche finanzielle Reserven besitzen.

Genauso trifft Inflation einen Staat mit hoher Steuer- und Beitragsbelastung anders als einen Staat, in dem Arbeitnehmer bereits vor der Krise größere Nettoüberschüsse erzielen.

Hier beginnt politisch beeinflussbare **Resilienz**.

Das bedeutet nicht, dass jede frühere politische Entscheidung im Nachhinein automatisch falsch war.

Es bedeutet:

Eine Krise prüft Entscheidungen, die lange vor ihr getroffen wurden.

12.6 Politik entscheidet außerdem, wie ein Schock weitergegeben oder abgefedert wird

Nach Eintritt einer Krise stehen Regierungen erneut vor Entscheidungen.

Steuern senken?

Transfers erhöhen?

Preise subventionieren?

Unternehmen stützen?

Schulden aufnehmen?

Sozialbeiträge verändern?

Regulierung lockern?

Marktpreise wirken lassen?

Jede dieser Möglichkeiten hat Vor- und Nachteile.

Eine Preisbremse kann Haushalte kurzfristig schützen.

Sie kostet aber Geld und kann Preissignale abschwächen.

Eine direkte Zahlung erhält den Marktpreis, belastet aber ebenfalls den Haushalt.



Eine Steuersenkung reduziert staatliche Einnahmen und kann je nach Ausgestaltung unterschiedlich stark bei den Verbrauchern ankommen.

Deshalb gibt es bei einer Krise nicht die eine politisch neutrale Antwort.

Der externe Schock kann unverschuldet sein. Die Reaktion darauf ist Politik.

12.7 Die Ampel reagierte 2022 mit Gas-, Wärme- und Strompreisbremsen

Ein besonders großes Beispiel dafür sind die Energiepreisbremsen.

Am **15. Dezember 2022** beschloss der Bundestag die Gas- und Wärmepreisbremse.

Das Ergebnis:

370 Ja-Stimmen, 256 Nein-Stimmen, 33 Enthaltungen.

Die Strompreisbremse wurde mit

373 Ja-Stimmen, 187 Nein-Stimmen und 101 Enthaltungen

beschlossen.

Getragen wurden die Gesetze von den damaligen Regierungsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Aber auch hier muss das Oppositionsverhalten genauer betrachtet werden.

Bei der Gaspreisbremse stimmten 66 AfD-Abgeordnete dagegen; die Linke enthielt sich mit 31 Abgeordneten.

Bei der Strompreisbremse enthielten sich 68 AfD-Abgeordnete und 31 Abgeordnete der Linken; ein AfD-Abgeordneter stimmte zu.

Die Union hatte eigene Entschließungsanträge eingebracht, die abgelehnt wurden.

Damit wäre der Satz

„Die Regierung wollte entlasten, die Opposition wollte keine Entlastung“

nicht belastbar.

Die politische Auseinandersetzung drehte sich auch um Umfang, Konstruktion, Finanzierung und Alternativen der Entlastung.

Genau diese Unterschiede müssen im folgenden politischen Kapitel einzeln betrachtet werden.



12.8 Die berühmten 200 Milliarden Euro waren kein ausgegebener 200-Milliarden-Euro-Scheck

Im September 2022 kündigte die Bundesregierung einen wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Volumen von **bis zu 200 Milliarden Euro** an.

Dafür wurde der Wirtschaftsstabilisierungsfonds entsprechend mit Kreditermächtigungen ausgestattet.

Diese Zahl wurde politisch häufig so verwendet, als seien unmittelbar 200 Milliarden Euro ausgegeben worden.

Das ist falsch.

Die 200 Milliarden bildeten einen maximalen Finanzierungsrahmen für verschiedene Maßnahmen.

Wie viel tatsächlich abfloss, hing unter anderem von Energiepreisen und der tatsächlichen Inanspruchnahme der Programme ab. Das Bundesfinanzministerium wies selbst darauf hin, dass niedrigere Endverbraucherpreise die tatsächlichen Ausgaben der Preisbremsen entsprechend reduzieren würden.

Für 2023 waren beispielsweise rund **40,3 Milliarden Euro für die Gaspreisbremse** und **43 Milliarden Euro für die Strompreisbremse** im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Die korrekte Aussage lautet deshalb:

Der Staat stellte einen Rahmen von bis zu 200 Milliarden Euro bereit. Das ist nicht identisch mit tatsächlich ausgegebenen 200 Milliarden Euro.

Genau diese Unterscheidung zwischen Ermächtigung, Haushaltsansatz und tatsächlicher Ausgabe ist bei politischen Milliardenbeträgen zwingend.

12.9 War der Staat Inflationsgewinner?

Auch hier lautet die Antwort:

Teilweise entstehen zusätzliche Einnahmen – aber „der Staat kassiert die Inflation einfach ein“ ist zu pauschal.

Bei einer progressiven Einkommensteuer kann Inflation zu sogenannter kalter Progression führen.

Steigen Löhne lediglich nominell, um höhere Preise auszugleichen, können Arbeitnehmer ohne Tarifänderung dennoch stärker besteuert werden.

Das Bundesfinanzministerium beschreibt ausdrücklich, dass inflationsbedingte Lohnerhöhungen dadurch zu zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen führen können.



Aber der Staat ließ diesen Effekt nicht vollständig laufen.

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz vom **8. Dezember 2022** wurden unter anderem der Grundfreibetrag und weitere Tarifeckwerte für 2023 und 2024 verschoben.

Nach Angaben des BMF sollten damit die Effekte der kalten Progression tariflich ausgeglichen werden.

Auch in den Folgejahren wurden entsprechende Tarifierhöhungen vorgenommen.

Deshalb ist die Aussage

„Inflation erhöht automatisch die reale Steuerbelastung und der Staat behält alles“

nicht korrekt.

Aber ebenso richtig bleibt:

Ohne politische Gegenmaßnahmen hätte Inflation über die kalte Progression zusätzliche Belastungen erzeugt.

Dass Politik gegensteuern muss, zeigt bereits, dass das Problem real ist.

12.10 Politik kann Krisen nicht verhindern – aber sie verteilt deren Kosten

Damit kommen wir zur entscheidenden Trennung.

Der russische Angriff auf die Ukraine war keine deutsche Regierungsentscheidung.

Globale Lieferkettenprobleme waren keine deutsche Regierungsentscheidung.

Weltmarktpreise sind keine deutsche Regierungsentscheidung.

Aber folgende Fragen sind politisch:

Wer bekommt eine Entlastung?

Wie hoch ist sie?

Wer finanziert sie?

Werden dafür Schulden aufgenommen?

Werden Steuern gesenkt?

Werden Sozialleistungen erhöht?



Werden bestimmte Unternehmen gestützt?

Werden Kosten heute getragen oder in die Zukunft verschoben?

Genau deshalb ist der Satz

„Die Regierung konnte nichts dafür, es war die Krise“

genauso unzureichend wie

„Alle Belastungen wurden von der Regierung verursacht.“

Die Wahrheit liegt nicht automatisch in der Mitte.

Sie muss **für jede konkrete Maßnahme getrennt belegt werden.**

12.11 Auch die heutige Bundesregierung trifft neue Entscheidungen – deren Wirkung noch nicht feststeht

Seit 2025 regieren CDU/CSU und SPD.

Auch diese Regierung trifft Entscheidungen, die den zukünftigen verfügbaren Wohlstand beeinflussen.

Ein Beispiel ist die geplante Einkommensteuerreform.

Am **2. Juli 2026** verständigte sich die Koalition auf Eckpunkte, nach denen unter anderem Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld und Arbeitnehmerpauschbetrag steigen und der Einkommensteuertarif für kleine und mittlere Einkommen abgeflacht werden soll.

Das Bundesfinanzministerium beziffert das vorgesehene Entlastungsvolumen auf rund **zehn Milliarden Euro jährlich**.

Zur Gegenfinanzierung sollen unter anderem sehr hohe Einkommen stärker belastet und Steuervergünstigungen reduziert werden.

Geplant ist ein Inkrafttreten zum 1. Januar 2027 und die volle Wirkung ab 2028.

Für den Stand dieses Dossiers ist jedoch entscheidend:

Eine politische Einigung über eine Reform ist noch nicht dasselbe wie ihre vollständig messbare Wirkung im Alltag.

Wie viel einzelne Haushalte tatsächlich gewinnen oder verlieren, hängt vom endgültigen Gesetz und ihrer konkreten Einkommenssituation ab.

Auch diese Bundesregierung muss deshalb später an Ergebnissen gemessen werden – nicht nur an angekündigten Entlastungsvolumina.



12.12 Auch die Opposition legt Alternativen vor – aber Vorschläge sind noch keine Ergebnisse

Die derzeitigen Oppositionsfraktionen bringen ebenfalls eigene Konzepte ein.

Am **25. Juni 2026** legten Grüne und Linke im Bundestag unterschiedliche Vorschläge zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen vor.

Beide Anträge wurden zunächst an den Finanzausschuss überwiesen.

Sie waren damit zu diesem Zeitpunkt **nicht beschlossenes Recht**.

Genau derselbe Maßstab muss für sämtliche Parteien gelten.

Eine Regierung kann nicht allein anhand eines Koalitionsvertrages für eine angekündigte Verbesserung gelobt werden.

Eine Oppositionspartei kann ebenso wenig anhand eines Antrags so behandelt werden, als hätte ihre Forderung bereits bewiesen, dass sie funktioniert.

Vorschlag ist Vorschlag.

Beschluss ist Beschluss.

Umsetzung ist Umsetzung.

Wirkung ist Wirkung.

Diese vier Ebenen dürfen in einer politischen Analyse niemals vermischt werden.

12.13 Der Maßstab für politische Verantwortung

Damit können wir für den weiteren Verlauf des Dossiers einen festen Prüfmaßstab definieren.

Bei jeder wirtschaftspolitischen Belastung müssen mindestens fünf Fragen beantwortet werden:

1. Was war der externe Auslöser?

Pandemie, Krieg, Weltmarktpreis, internationale Lieferkette oder etwas anderes?

2. Welche politischen Rahmenbedingungen bestanden bereits vorher?

Steuern, Abgaben, Regulierung, Energieversorgung, Wohnungsmarkt, Sozialversicherung oder Infrastruktur?

3. Welche konkrete Entscheidung wurde getroffen?



Gesetz, Verordnung, Haushalt, Steueränderung, Subvention oder Regulierung?

4. Wer trug diese Entscheidung – und wer stellte welche Alternative dagegen?

Nicht Parteilogans, sondern Anträge, Abstimmungen und Beschlüsse.

5. Welche Wirkung lässt sich tatsächlich nachweisen?

Nicht vermuten.

Nicht aufgrund zeitlicher Nähe automatisch unterstellen.

Sondern anhand von Daten und belastbaren Zusammenhängen prüfen.

Erst wenn diese fünf Ebenen getrennt sind, lässt sich politische Verantwortung seriös zuordnen.

12.14 Die Bilanz: Krise erklärt viel – Politik entscheidet trotzdem

Die Inflations- und Wohlstandskrise der vergangenen Jahre besitzt keinen einzigen Urheber.

Pandemiebedingte Angebotsprobleme.

Eine außergewöhnlich schnelle Nachfrageerholung.

Steigende Energiepreise bereits 2021.

Der russische Angriff auf die Ukraine.

Globale Rohstoff- und Lieferkettenprobleme.

Geldpolitik.

Fiskalpolitik.

Und nationale politische Entscheidungen wirkten zusammen.

Das verhindert eine einfache Schuldzuweisung.

Aber es verhindert keine politische Verantwortung.

Denn Politik entscheidet,

wie krisenfest ein Land in einen Schock hineingeht,

wie Belastungen verteilt werden,



wie schnell gegengesteuert wird,

welche Bürger und Unternehmen entlastet werden,

wer die Rechnung bezahlt

und welche strukturellen Probleme nach der Krise bestehen bleiben.

Damit ist jetzt die Grundlage geschaffen, die politische Akte tatsächlich zu öffnen.

Nicht mit der Frage:

„Welche Partei ist gut und welche ist schlecht?“

Sondern mit der wesentlich härteren Frage:

Wer hat wann was entschieden – wer hat dagegen gestimmt, welche Alternative vorgeschlagen und was ist aus diesen Entscheidungen tatsächlich geworden?

Genau daran muss sich politische Verantwortung messen lassen.

Quellenbasis Kapitel 10 bis 12

Für Kapitel 10 wurden insbesondere die aktuellen Veröffentlichungen des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**, der **Deutschen Rentenversicherung**, des **Statistischen Bundesamtes**, des **Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** sowie die namentlichen Abstimmungsdaten des **Deutschen Bundestages** verwendet.

Die Darstellung der im Juni 2026 vorgelegten langfristigen Rentenreform beruht auf den **33 Empfehlungen der Alterssicherungskommission** und den ergänzenden Erläuterungen des Bundesarbeitsministeriums. Die Vorschläge werden ausdrücklich als Empfehlungen und nicht als bereits geltendes Recht dargestellt.

Für Kapitel 11 wurden internationale Vergleichsdaten von **OECD, Eurostat und Destatis** zu Tax Wedge, materiellem Konsum, Arbeitskosten, Energiepreisen, Wohnen, Armut und Rentenersatzraten verwendet.

Für Kapitel 12 wurden insbesondere die **Jahresberichte der Europäischen Zentralbank**, Veröffentlichungen der **Deutschen Bundesbank**, parlamentarische Dokumentationen des **Deutschen Bundestages** zu den Energiepreisbremsen sowie Veröffentlichungen des **Bundesfinanzministeriums** zu Krisenhilfen und kalter Progression herangezogen.

13. Politische Verantwortung: Wer hat was entschieden – und wer trägt welchen Anteil?



Nach zwölf Kapiteln über Einkommen, Preise, Wohnen, Vermögen, Familien, Rente und internationale Vergleiche ist ein Punkt nicht mehr zu umgehen:

Welche dieser Entwicklungen sind politisch entstanden – und wer trägt dafür Verantwortung?

Dabei wäre es zu einfach, die heutige wirtschaftliche Lage einer einzigen Regierung zuzuschreiben.

Viele Entscheidungen reichen über mehrere Legislaturperioden zurück.

Andere wurden von einer Regierung beschlossen und von einer späteren verändert.

Manche entstanden mit breiten Mehrheiten über Regierung und Opposition hinweg.

Und wieder andere wurden gegen den Widerstand sämtlicher Oppositionsfraktionen durchgesetzt.

Deshalb wird politische Verantwortung in diesem Dossier nicht nach Parteifarbe verteilt.

Der Maßstab lautet:



Wer hat welche konkrete Entscheidung wann getroffen?



13.1 Energiepolitik: Der heutige Zustand begann nicht mit der Ampel

Ein gutes Beispiel ist die Energiepolitik.

Der deutsche Atomausstieg ist nicht erst unter der Ampelkoalition beschlossen worden.

Bereits am **30. Juni 2011** verabschiedete der Bundestag nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima die Änderung des Atomgesetzes, mit der die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Stromerzeugung schrittweise bis Ende 2022 beendet werden sollte.

Der Gesetzentwurf stammte von **CDU/CSU und FDP**, die damals die Bundesregierung trugen.

Das Abstimmungsergebnis lautete:

513 Ja-Stimmen, 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

Interessant ist die Verteilung der Stimmen.

Von CDU/CSU stimmten 224 Abgeordnete dafür.

Von der FDP 89.

Aber auch **139 SPD-Abgeordnete und 61 Abgeordnete der Grünen** votierten für das Gesetz.

Die Linke stimmte mit 70 Abgeordneten dagegen.

Damit ist die politische Verantwortung für diese Grundentscheidung deutlich breiter verteilt als die Formel:

„Merkel hat den Atomausstieg beschlossen.“

Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung initiierte und beschloss die konkrete Neuregelung.

SPD und Grüne trugen sie im Bundestag jedoch ebenfalls mit.

13.2 Bemerkenswert: Dieselbe Regierung hatte ein Jahr zuvor noch das Gegenteil beschlossen

Die Geschichte wird noch komplizierter.

Im September 2010 hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke zunächst um acht beziehungsweise 14 Jahre verlängert.



Nach Fukushima änderte sie ihren Kurs fundamental und beschloss 2011 den beschleunigten Ausstieg.

Das ist politisch relevant.

Denn es zeigt:

Regierungen können Entscheidungen unter veränderten Bedingungen vollständig revidieren.

Das ist nicht automatisch ein Beweis für Beliebigkeit.

Neue Ereignisse können neue Entscheidungen rechtfertigen.

Aber wer politische Verantwortung untersucht, muss beide Entscheidungen nennen:

2010 verlängerte Schwarz-Gelb die Laufzeiten.

2011 verkürzte Schwarz-Gelb sie wieder.

Beides ist Teil derselben politischen Akte.

13.3 Auch der nationale CO₂-Preis begann vor der Ampel

Ein zweites Beispiel ist die nationale CO₂-Bepreisung für Wärme und Verkehr.

Ihre gesetzliche Grundlage wurde unter der damaligen Bundesregierung aus **CDU/CSU und SPD** geschaffen.

Nach dem Vermittlungsverfahren wurde ein Preis von **25 Euro je Tonne CO₂ für 2021** festgelegt.

Danach sollte der Preis stufenweise steigen und **2025 55 Euro je Tonne** erreichen.

Für 2026 wurde ein Preiskorridor von **55 bis 65 Euro je Tonne** festgelegt.

Das bedeutet:

Wer die CO₂-Bepreisung im Jahr 2026 ausschließlich der ehemaligen Ampelregierung zurechnet, erzählt die Entstehungsgeschichte falsch.

Die Grundentscheidung wurde bereits unter CDU/CSU und SPD getroffen.

Auch Bündnis 90/Die Grünen unterstützte 2020 im zuständigen Ausschuss die Erhöhung des vorgesehenen CO₂-Preises.

AfD, FDP und Linke stimmten dort gegen die entsprechende Änderung.



Damit ist auch hier das politische Bild komplizierter als ein einfaches Regierung-gegen-
Opposition-Schema.

13.4 Was der CO₂-Preis beweist – und was nicht

Der CO₂-Preis verteuert fossile Brennstoffe bewusst.

Das ist kein unbeabsichtigter Nebeneffekt, sondern Teil des politischen
Steuerungsmechanismus.

Der Bundestag bezifferte für den Einstiegspreis von 25 Euro im Jahr 2021 beispielsweise eine
Belastung von ungefähr **sieben Cent je Liter Benzin und acht Cent je Liter Diesel**.

Daraus folgt aber nicht:

„Der CO₂-Preis ist die Ursache der gesamten Energie- oder Kraftstoffteuerung.“

Das wäre falsch.

Weltmarktpreise für Öl und Gas, Raffineriekosten, Wechselkurse, Steuern, Krieg,
Angebotsverknappungen und andere Faktoren wirken ebenfalls auf die Endpreise.

Politisch zurechenbar ist etwas Präziseres:

**Der Staat hat sich bewusst dafür entschieden, fossile Energieträger zusätzlich mit einem
CO₂-Preis zu versehen.**

Über Sinn und Wirkung dieser Entscheidung kann gestritten werden.

Über ihre politische Urheberschaft nicht.

13.5 Die Ampel erbte diese Entscheidungen – setzte aber eigene Schwerpunkte

Als SPD, Grüne und FDP Ende 2021 die Bundesregierung übernahmen, begann die deutsche
Energiepolitik nicht bei null.

Der Atomausstieg bis Ende 2022 war bereits gesetzlich beschlossen.

Der nationale CO₂-Preis existierte bereits.

Der Preispfad war bereits angelegt.

Dann trafen die neue Regierung innerhalb weniger Monate die Folgen des russischen Angriffs
auf die Ukraine und der europäischen Energiekrise.

Die Ampelregierung musste deshalb nicht nur langfristige Politik gestalten.



Sie musste auf einen akuten Schock reagieren.

13.6 Die Ampel verlängerte 2022 selbst noch einmal die AKW-Laufzeiten

Auch hier wurde eine zuvor vorgesehene Politik unter Krisenbedingungen verändert.

Am **11. November 2022** beschloss der Bundestag, die letzten drei noch laufenden Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 nicht Ende 2022, sondern bis zum **15. April 2023** weiterlaufen zu lassen.

Das Abstimmungsergebnis:

375 Ja-Stimmen, 216 Nein-Stimmen und 70 Enthaltungen.

Die Ampelregierung verlängerte den Kernkraftbetrieb damit selbst über den ursprünglich vorgesehenen Endtermin hinaus.

Union und AfD verlangten allerdings deutlich längere Laufzeiten.

Ein Unionsantrag sah unter anderem einen Weiterbetrieb bis Ende 2024 vor.

Auch AfD-Initiativen für längere Laufzeiten wurden abgelehnt.

Damit lautet die korrekte Akte:

Die Ampel hielt grundsätzlich am Atomausstieg fest, verschob den endgültigen Abschalttermin wegen der Energiekrise aber um dreieinhalb Monate. Union und AfD wollten deutlich länger weiterbetreiben.

Ob ein längerer Weiterbetrieb die deutschen Strompreise in welchem Umfang verändert hätte, ist eine andere Frage.

Diese Wirkung kann aus der Abstimmung allein nicht abgeleitet werden.

13.7 Die Energiepreisbremsen waren eine reale Ampel-Entscheidung

Die Ampel reagierte außerdem mit massiven staatlichen Eingriffen auf die hohen Energiepreise.

Am **15. Dezember 2022** beschloss der Bundestag die Gas- und Wärmepreisbremse mit

370 Ja-Stimmen, 256 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen.

Die Strompreisbremse erhielt



373 Ja-Stimmen, 187 Nein-Stimmen und 101 Enthaltungen.

SPD, Grüne und FDP trugen beide Gesetze.

Bei der Gaspreisbremse stimmte die CDU/CSU-Fraktion mit 186 Stimmen dagegen, ebenso 66 AfD-Abgeordnete; 31 Linken-Abgeordnete enthielten sich.

Bei der Strompreisbremse stimmte die Union ebenfalls dagegen.

Die AfD enthielt sich überwiegend, ebenso die Linke.

Allerdings hatten Union und AfD eigene Änderungs- beziehungsweise Entschließungsanträge vorgelegt, die keine Mehrheit fanden.

Deshalb wäre die Aussage:

„Die Ampel wollte die Bürger entlasten, die Opposition wollte keine Entlastung“

nicht haltbar.

Richtig ist:

Die Parteien stritten auch darüber, wie entlastet werden sollte.

13.8 Die Ampel korrigierte auch die kalte Progression

Ein weiterer Punkt darf nicht unterschlagen werden.

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP reagierte auf die inflationsbedingt drohende kalte Progression mit steuerlichen Anpassungen.

Grundfreibetrag und Tarifeckwerte wurden verschoben, um inflationsbedingte Mehrbelastungen bei der Einkommensteuer auszugleichen.

Damit war die Steuerwirkung der Inflation nicht einfach politisch unbeantwortet geblieben.

Das ist wichtig für die Gesamtbilanz:

Die Ampelregierung hat Belastungen verursacht oder fortgeführt, aber zugleich reale Entlastungsmaßnahmen beschlossen.

Eine seriöse politische Bewertung muss beides enthalten.

13.9 Beim Wohnungsbau liegt dagegen eine klar messbare Zielverfehlung vor

Anders sieht die Bilanz beim Wohnungsbau aus.



Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte zu Beginn seiner Amtszeit ausdrücklich:

400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen, sollten entstehen.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Tatsächlich fertiggestellt wurden:

- **295.275 Wohnungen 2022**
- **294.399 Wohnungen 2023**
- **251.937 Wohnungen 2024**
- **206.586 Wohnungen 2025.**

2025 war damit das schwächste Fertigstellungsjahr seit 2012.

Das ist eine klare Zielverfehlung.

Aber Zielverfehlung und alleinige Schuld sind nicht dasselbe.

Die damalige Bundesregierung verwies selbst auf gestiegene Zinsen, Baukosten, Fachkräftemangel sowie Folgen von Pandemie und Ukrainekrieg.

Die saubere Aussage lautet deshalb:

Die Ampel versprach 400.000 Wohnungen jährlich und erreichte dieses Ziel in keinem ihrer Jahre.

Nicht belegbar wäre dagegen ohne weitergehenden Kausalnachweis:

„Die Ampel allein hat den Einbruch des Wohnungsbaus verursacht.“

13.10 Auch die Kindergrundsicherung zeigt den Unterschied zwischen Vorhaben und Ergebnis

Die Ampelregierung brachte 2023 einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung in den Bundestag ein.

Der Regierungsentwurf trug die Drucksache **20/9092** und wurde am 9. November 2023 erstmals beraten und anschließend an den Familienausschuss überwiesen.

Damit war die Kindergrundsicherung ein konkretes Regierungsprojekt und nicht nur ein Wahlkampfeslogan.

Aber:

Ein eingebrachter Gesetzentwurf ist noch kein Gesetz.



Für die politische Bilanz darf deshalb nur gewertet werden, was tatsächlich beschlossen und umgesetzt wurde.

Genau dieser Maßstab wird in Kapitel 16 noch einmal systematisch angewendet.

13.11 Seit 2025 trägt CDU/CSU-SPD die Regierungsverantwortung

Mit dem Regierungswechsel 2025 änderte sich die Verantwortungskette erneut.

CDU/CSU und SPD können seitdem nicht mehr ausschließlich kritisieren, was zuvor beschlossen wurde.

Sie müssen selbst handeln.

Und mehrere konkrete Entscheidungen sind bereits gefallen.

Seit dem **1. Januar 2026** ist die Gasspeicherumlage abgeschafft.

Der Bund stellt außerdem **6,5 Milliarden Euro** bereit, um die Übertragungsnetzentgelte und damit die Stromkosten zu dämpfen.

Zusammen beziffert die Bundesregierung die Entlastung von Bürgern und Wirtschaft aus diesen Maßnahmen auf ungefähr **zehn Milliarden Euro**.

Für rund 600.000 produzierende Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft bleibt die Stromsteuer dauerhaft auf dem europäischen Mindestniveau.

Für sämtliche privaten Haushalte wurde die Stromsteuer dagegen nicht auf dieses Minimum abgesenkt.

Auch dieser Unterschied ist politisch relevant.

13.12 Die neue Regierung griff 2026 außerdem direkt an der Zapfsäule ein

Als die Kraftstoffpreise 2026 erneut stark stiegen, beschloss die schwarz-rote Koalition eine temporäre Energiesteuersenkung für Benzin und Diesel.

Für den Zeitraum vom **1. Mai bis 30. Juni 2026** wurde die Energiesteuer so abgesenkt, dass sich einschließlich des Umsatzsteuereffekts eine Entlastung von rund **17 Cent je Liter** ergeben sollte.

Die erwarteten Steuermindereinnahmen wurden mit **1,6 Milliarden Euro** beziffert.

Das Gesetz erhielt im Bundestag 451 Ja-Stimmen bei 134 Nein-Stimmen.



Damit ist auch bei der heutigen Bundesregierung klar:

Energiepreise werden nicht nur als Marktproblem behandelt. Der Staat greift selbst über Steuern und Zuschüsse ein.

13.13 Bau-Turbo und Gesundheitsreform: Schwarz-Rot hat weitere Entscheidungen getroffen

Am **9. Oktober 2025** beschloss der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD den sogenannten Bau-Turbo.

AfD, Grüne und Linke stimmten dagegen.

Mit dem neuen § 246e Baugesetzbuch sollen Kommunen befristet weitergehende Möglichkeiten erhalten, für Wohnungsbauprojekte von bestimmten planungsrechtlichen Vorgaben abzuweichen.

Am **10. Juli 2026** beschloss der Bundestag außerdem die Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung.

Das Abstimmungsergebnis:

318 Ja-Stimmen, 284 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen.

Damit lässt sich die jetzige Bundesregierung ebenfalls nicht mehr nur an Ankündigungen messen.

Sie hat bereits konkrete Gesetze beschlossen.

Ob diese Gesetze ihre Ziele erreichen, ist dagegen teilweise noch offen.

13.14 Bei der Einkommensteuer ist die Trennung besonders wichtig

Am **2. Juli 2026** verständigten sich CDU/CSU und SPD auf Eckpunkte für eine Einkommensteuerreform.

Geplant sind unter anderem höhere Grund- und Kinderfreibeträge, höheres Kindergeld, ein höherer Arbeitnehmerpauschbetrag und eine Verschiebung des Beginns des Spitzensteuersatzes auf 70.600 Euro zu versteuerndes Einkommen.

Das Bundesfinanzministerium beziffert das geplante Entlastungsvolumen auf rund zehn Milliarden Euro jährlich.

Für dieses Dossier gilt aber:



Eine Koalitionseinigung ist noch keine bereits beim Bürger angekommene Steuerentlastung.

Solange die entsprechenden gesetzlichen Änderungen nicht vollständig beschlossen und in Kraft sind, wird die Reform als **angekündigt beziehungsweise in Vorbereitung** geführt – nicht als bereits bewiesener Erfolg.

13.15 Die politische Verantwortungskette

Damit ergibt sich ein differenziertes Bild.

Die heutige Belastung durch Energie, Wohnen, Steuern und Sozialabgaben ist nicht das Produkt einer einzigen Regierung.

CDU/CSU und FDP trugen 2011 die konkrete Entscheidung zum beschleunigten Atomausstieg.

SPD und Grüne unterstützten diesen Ausstieg im Bundestag ebenfalls mit großer Mehrheit.

CDU/CSU und SPD schufen später den nationalen CO₂-Preis und seinen langfristigen Preispfad.

SPD, Grüne und FDP übernahmen 2021 die Regierungsverantwortung, hielten grundsätzlich an diesen Strukturen fest, reagierten auf die Energiekrise mit Preisbremsen, einer begrenzten Laufzeitverlängerung und steuerlichen Entlastungen – verfehlten aber beispielsweise das eigene 400.000-Wohnungen-Ziel deutlich.

CDU/CSU und SPD tragen seit 2025 erneut Regierungsverantwortung und haben inzwischen eigene Energie-, Wohnungs-, Gesundheits- und Steuermaßnahmen beschlossen beziehungsweise eingeleitet.

Damit lässt sich die heutige Situation nicht glaubwürdig auf eine einzige Farbe reduzieren.

Politische Verantwortung ist eine Kette.

Und genau deshalb muss nun die zweite Seite untersucht werden:

Was hat die Opposition eigentlich getan?

14. Die Opposition: Kritik, Alternativen und tatsächliches Abstimmungsverhalten

Opposition ist einfach – zumindest auf den ersten Blick.

Sie muss kein Gesetz durchsetzen.



Sie kann kritisieren.

Sie kann bessere Lösungen versprechen.

Und sie kann der Regierung erklären, was diese falsch macht.

Aber eine ernsthafte politische Analyse darf Opposition nicht nur anhand ihrer Reden beurteilen.

Die entscheidenden Fragen lauten:

Was hat sie konkret beantragt?

Wie hat sie abgestimmt?

Was hätte ihr Vorschlag gekostet?

Und wurde darüber überhaupt entschieden?

Denn auch für Opposition gilt:

Ein Facebook-Post ist kein Antrag.

Eine Bundestagsrede ist kein Gesetz.

Und ein Antrag ist noch kein Beweis dafür, dass die vorgeschlagene Politik funktionieren würde.

Wer entscheidet – trägt Verantwortung – und wer kontrolliert?

In einer Demokratie gilt: Macht braucht Kontrolle.
Transparenz schafft Vertrauen.

WER TRIFFT DIE ENTSCHEIDUNGEN?	WER KONTROLLIERT DIE MACHT?
Bundesregierung Schlägt Gesetze vor, setzt Richtlinien um.	Opposition Kritisiert, hinterfragt und bietet Alternativen.
Bundestag Beschließt Gesetze und den Haushalt.	Rechnungshöfe Prüfen den Einsatz öffentlicher Mittel.
Bundesrat Vertritt die Länder, wirkt bei Gesetzen mit.	Gerichte Überprüfen die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen.
EU-Institutionen Beeinflussen viele Bereiche durch Vorgaben und Verordnungen.	Medien Informieren, recherchieren und decken Missstände auf.
Verwaltung & Behörden Setzen Beschlüsse in der Praxis um.	Bürgerinnen & Bürger Wählen, engagieren sich und fordern Rechenschaft.

OHNE KONTROLLE DROHT:	MIT KONTROLLE ENTSTEHT:	WAS JETZT ZÄHLT:
Machtmissbrauch Intransparenz Vetternwirtschaft Politikverdrossenheit	Rechenschaft Transparenz Gerechtigkeit Vertrauen in die Demokratie	Hinterfragen statt hinnehmen Informieren statt ignorieren Mitreden statt schweigen Wählen statt wegbleiben Verantwortung einfordern

Demokratie lebt davon, dass wir hinschauen und handeln.
Denn am Ende gilt: Nicht die Lautesten regieren – sondern die, die wir wählen und kontrollieren.



14.1 Die AfD: Steuer- und Abgabentlastung als zentraler Ansatz

Bei der AfD zieht sich ein relativ klarer wirtschaftspolitischer Ansatz durch zahlreiche Vorlagen:

Energie soll stärker über niedrigere Steuern und Abgaben verbilligt werden.

Im Juni 2026 brachte die Fraktion gleich drei Gesetzentwürfe ein:

- eine flächendeckende Absenkung von Energie- und Stromsteuern,
- eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und Wärme,
- sowie die Abschaffung des nationalen und des in Deutschland umgesetzten Emissionshandelsrechts.

Beim Energie- und Stromsteuersenkungsgesetz bezifferte die AfD die von ihr angestrebte Entlastung auf rund **21 Milliarden Euro jährlich**.

Davon sollten nach ihren Berechnungen rund 12,3 Milliarden auf Kraftstoffe und knapp 6,2 Milliarden auf die Stromsteuer entfallen.

Das ist eine konkrete politische Alternative.

Aber sie hat eine ebenso konkrete Gegenrechnung:

21 Milliarden Euro Entlastung bedeuten zunächst ungefähr 21 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen, zuzüglich weiterer Umsatzsteuereffekte.

Die Frage nach der Gegenfinanzierung verschwindet deshalb nicht.

14.2 Diese AfD-Vorschläge wurden tatsächlich abgelehnt

Am **25. Juni 2026** entschied der Bundestag über diese Vorlagen.

Das Energie- und Stromsteuersenkungsgesetz wurde mit den Stimmen sämtlicher übrigen Fraktionen abgelehnt.

Dasselbe geschah mit dem Entwurf zur dauerhaften Sieben-Prozent-Umsatzsteuer auf Gas und Wärme.

Auch der Entwurf zur Abschaffung der CO₂-Bepreisung fand gegen die übrigen Fraktionen keine Mehrheit.

Damit lässt sich hier sauber sagen:



Die AfD hat diese Entlastungen nicht nur gefordert, sondern als Gesetzentwürfe eingebracht.

Und:

CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke haben diese Entwürfe abgelehnt.

Ob die AfD-Modelle volkswirtschaftlich die besseren Lösungen wären, ist damit noch nicht bewiesen.

Aber dass sie parlamentarisch vorlagen und keine Mehrheit erhielten, ist dokumentiert.

14.3 Bereits im März 2026 verlangte die AfD ein umfassendes Energie-Entlastungspaket

Schon vorher hatte die AfD im Zusammenhang mit dem erneuten Energiepreisschock ein weiteres Paket verlangt.

Dazu gehörten unter anderem:

- zeitweise nur sieben Prozent Umsatzsteuer auf Erdgas, Fernwärme, Benzin, Diesel und Strom,
- die Stromsteuer auf EU-Mindestniveau für sämtliche Verbrauchergruppen,
- die Abschaffung des nationalen CO₂-Preises,
- sowie Änderungen am europäischen Emissionshandel.

Am **26. März 2026** lehnte der Bundestag den Antrag ab.

Die entsprechende Beschlussempfehlung zur Ablehnung erhielt **445 Stimmen**, 138 Abgeordnete stimmten dagegen; die AfD stellte fast sämtliche Gegenstimmen zur Ablehnung.

Auch hier ist die parlamentarische Akte klar.

14.4 Die Grünen: Entlastung – aber mit anderer Gegenfinanzierung

Auch die Grünen fordern 2026 eine stärkere Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen.

Ihr Ansatz unterscheidet sich jedoch deutlich vom AfD-Modell.

Im Antrag **21/6644** verlangten die Grünen unter anderem:

- den Grundfreibetrag um 500 Euro anzuheben,
- den Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.500 Euro zu erhöhen,
- die Krankenversicherungsbeiträge um zwei Prozentpunkte zu senken,
- sowie weitere steuerliche und soziale Entlastungen vorzunehmen.



Anders als bei einer reinen Steuersenkung soll ein Teil dieser Entlastungen durch höhere Steuerfinanzierung sozialversicherungsfremder Leistungen und Änderungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

Damit ist der Grundkonflikt sichtbar:

AfD und Grüne können beide „Entlastung“ fordern – und trotzdem völlig unterschiedliche Systeme meinen.

14.5 Beim Strom kam es 2026 sogar zu einer ungewöhnlichen Oppositionsmehrheit

Besonders interessant ist die Abstimmung über einen Grünen-Gesetzentwurf vom **24. April 2026**.

Die Grünen wollten die Stromsteuer für **alle** auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau absenken.

Das Gesetz wurde mit

270 Ja-Stimmen gegen 310 Nein-Stimmen

abgelehnt.

Das Abstimmungsverhalten ist bemerkenswert:

- CDU/CSU: **198 Nein**
- SPD: **112 Nein**
- AfD: **136 Ja**
- Grüne: **75 Ja**
- Linke: **57 Ja**.

Bei dieser konkreten Sachfrage stimmten also **AfD, Grüne und Linke gemeinsam für eine breitere Stromsteuersenkung**.

CDU/CSU und SPD verhinderten sie mit ihrer Mehrheit.

Das ist politisch interessant, weil es die Vorstellung widerlegt, Abstimmungen verliefen immer entlang eines festen rechten und linken Blocks.

In konkreten wirtschaftspolitischen Fragen entstehen teilweise vollkommen andere Mehrheiten.

14.6 Die Linke: Höhere Freibeträge – höhere Belastung oben

Auch Die Linke fordert eine deutliche Entlastung niedrigerer und mittlerer Einkommen.



Ihr Antrag **21/6645** sieht unter anderem vor:

- Einkommen bis **16.800 Euro** steuerfrei zu stellen,
- zu versteuernde Einkommen bis **65.000 Euro** zu entlasten,
- die erste Progressionszone zu beseitigen,
- und die Schwelle für den Spitzensteuersatz auf **85.000 Euro** anzuheben.

Gleichzeitig will die Linke höhere Einkommen und Kapitaleinkünfte stärker belasten.

Sie fordert unter anderem die Abschaffung der pauschalen Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge und deren Besteuerung nach dem individuellen Einkommensteuertarif.

Damit ist auch dieses Modell keine reine Steuersenkung.

Es ist eine **Umverteilung der Steuerlast**.

Wer weniger Einkommen hat, soll weniger zahlen.

Wer hohe beziehungsweise bestimmte Kapital- oder Spitzeneinkommen erzielt, soll stärker herangezogen werden.

14.7 Grüne und Linke: Im Juni 2026 zunächst nur Anträge

Hier ist der parlamentarische Status entscheidend.

Die Anträge von Grünen und Linken zur Einkommensteuer wurden am **25. Juni 2026** im Bundestag beraten und anschließend an den Finanzausschuss überwiesen.

Damit dürfen sie zum Stand dieses Dossiers nicht so dargestellt werden, als seien ihre Entlastungsmodelle bereits geltendes Recht.

Richtig ist:

Sie liegen als konkrete parlamentarische Vorschläge vor.

Ihre tatsächliche Wirkung ist nicht erprobt.

14.8 Opposition darf nicht nur danach beurteilt werden, ob sie Nein sagt

Damit wird ein häufiger Fehler politischer Berichterstattung sichtbar.

Eine Oppositionspartei stimmt gegen ein Regierungsgesetz.

Daraus wird schnell:



„Sie ist gegen die Sache.“

Das kann stimmen.

Es muss aber nicht.

Die Energiepreisbremsen 2022 sind dafür ein gutes Beispiel.

Union und AfD lehnten Teile der Regierungsmodelle ab, hatten jedoch eigene Anträge und Änderungsvorschläge eingebracht.

Beim Rentenpaket haben verschiedene Oppositionsfraktionen dieselbe Regierungsvorlage aus völlig unterschiedlichen Gründen nicht unterstützt.

Beim Bau-Turbo stimmten AfD, Grüne und Linke gemeinsam gegen das Gesetz, obwohl ihre wohnungspolitischen Vorstellungen erheblich auseinanderliegen.

Ein Nein erklärt noch keine politische Position.

Man muss die Alternative lesen.

14.9 Aber Opposition hat einen Vorteil: Sie muss die Rechnung noch nicht bezahlen

Genauso wichtig ist die Gegenperspektive.

Regierungsparteien müssen am Ende einen Haushalt aufstellen.

Oppositionsparteien können Entlastungen fordern, ohne selbst die parlamentarische Mehrheit für die Gegenfinanzierung organisieren zu müssen.

Eine Steuersenkung um 20 Milliarden Euro klingt attraktiv.

Aber anschließend muss beantwortet werden:

Werden Ausgaben gekürzt?

Werden andere Steuern erhöht?

Werden zusätzliche Schulden aufgenommen?

Oder wird auf erwartetes Wirtschaftswachstum gesetzt?

Dasselbe gilt für höhere Renten, niedrigere Krankenkassenbeiträge, höhere Sozialleistungen oder mehr Wohnungsförderung.

Eine Oppositionsforderung wird nicht allein deshalb falsch, weil sie Geld kostet.



Aber sie wird auch nicht allein dadurch richtig, dass sie die Bürger entlastet.

Die Gegenrechnung gehört zwingend dazu.

14.10 Die Bilanz: Opposition funktioniert – aber nicht als einheitlicher Block

Die parlamentarischen Dokumente zeigen etwas, das in der öffentlichen Debatte oft verloren geht.

AfD, Grüne und Linke kritisieren die Bundesregierung teilweise bei denselben Problemen:

hohe Energiepreise,

hohe Steuerbelastung,

hohe Sozialbeiträge,

Wohnkosten,

Rente.

Aber ihre Antworten sind grundverschieden.

Die AfD setzt stärker auf breite Steuer- und Abgabensenkungen sowie die Abschaffung der CO₂-Bepreisung.

Die Grünen verbinden Entlastungen stärker mit steuerlicher Gegenfinanzierung, Sozialversicherungsreformen und klimapolitischen Instrumenten.

Die Linke setzt stärker auf Umverteilung, höhere Freibeträge unten und höhere Belastung hoher beziehungsweise bestimmter Kapital- und Spitzeneinkommen.

Und manchmal stimmen diese drei Parteien trotzdem gemeinsam.

Die Stromsteuerabstimmung vom April 2026 beweist es.

Damit lautet die seriöse Antwort:

Ja, die Opposition legt Alternativen vor.

Aber:

Es gibt nicht „die Alternative der Opposition“.

Es gibt konkurrierende Gegenmodelle.

Und damit kommen wir zu einer besonders interessanten Frage:



Was geschieht, wenn eine Regierung etwas ablehnt – und später selbst etwas sehr Ähnliches beschließt?

15. Erst abgelehnt – später selbst gemacht? Wenn politische Ideen die Seiten wechseln

Kaum ein Vorwurf ist in der Politik wirkungsvoller:

„Als wir das gefordert haben, wart ihr dagegen. Jetzt macht ihr es selbst.“

Manchmal stimmt dieser Vorwurf.

Manchmal stimmt er nur teilweise.

Und manchmal werden zwei völlig verschiedene Maßnahmen nachträglich so dargestellt, als seien sie identisch.

Deshalb müssen wir konkrete Fälle untersuchen.

Nicht nach Gefühl.

Sondern anhand von Antrag, Ablehnung und späterem Beschluss.

15.1 Fall 1: Entlastung an der Zapfsäule – tatsächlich eine erkennbare Überschneidung

Am 18. März 2026 legte die AfD ihren Antrag zum Umgang mit dem erneuten Energiepreisschock vor.

Unter anderem verlangte sie eine zeitlich begrenzte Senkung der Umsatzsteuer auf Benzin und Diesel auf sieben Prozent sowie weitere steuerliche Entlastungen.

Am **26. März 2026** wurde dieser Antrag im Bundestag abgelehnt.

CDU/CSU und SPD stimmten für die Ablehnung.

Nur wenige Wochen später beschloss die schwarz-rote Koalition selbst eine steuerliche Entlastung an der Zapfsäule.

Am **24. April 2026** wurde eine temporäre Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel verabschiedet.



Die Wirkung wurde einschließlich Umsatzsteuer mit ungefähr **17 Cent pro Liter** angegeben.

Die Maßnahme galt vom 1. Mai bis 30. Juni 2026.

Das sieht auf den ersten Blick nach einem klassischen Fall aus:



Opposition fordert Steuersenkung auf Kraftstoff – Regierung lehnt ab – Regierung senkt anschließend selbst die Steuer.

Ganz so einfach ist es jedoch nicht.

15.2 Die Instrumente waren nicht identisch

Die AfD wollte unter anderem die **Umsatzsteuer** auf Kraftstoff temporär auf sieben Prozent reduzieren und verband dies mit einem wesentlich umfangreicheren Energiepaket, darunter Stromsteuersenkung und Abschaffung der nationalen CO₂-Bepreisung.

Die Regierungskoalition senkte dagegen befristet die **Energiesteuer** auf Benzin und Diesel.



Das ist steuerrechtlich ein anderes Instrument.

Deshalb wäre die Aussage

„CDU und SPD haben den AfD-Antrag später übernommen“

zu weitgehend.

Belegbar ist etwas Präziseres:

CDU/CSU und SPD lehnten im März ein AfD-Paket mit steuerlicher Kraftstoffentlastung ab und beschlossen wenige Wochen später ein eigenes, anders konstruiertes steuerliches Entlastungsmodell für Benzin und Diesel.

Das ist eine politische Überschneidung.

Ein Beweis für ein Kopieren lässt sich daraus nicht ableiten.

15.3 Warum dieser Unterschied wichtig ist

Politische Forderungen bestehen häufig aus mehreren Bausteinen.

Wenn eine Fraktion zehn Maßnahmen in einen Antrag schreibt und eine Regierung später eine davon in anderer Form übernimmt, kann man nicht sagen:

„Der ganze Antrag wurde übernommen.“

Umgekehrt wäre es ebenso falsch zu behaupten:

„Damit hat die spätere Regierungsentscheidung überhaupt nichts mit der früheren Debatte zu tun.“

Seriöse politische Analyse muss die Überschneidung sichtbar machen, ohne sie aufzublasen.

15.4 Fall 2: Stromsteuer – hier wurde gerade nicht später alles übernommen

Das Gegenbeispiel liefert die Stromsteuer.

Die AfD verlangte wiederholt eine Absenkung auf das europäische Mindestniveau für sämtliche Verbrauchergruppen.

Im April 2026 legten auch die Grünen einen Gesetzentwurf vor, der die Stromsteuer **für alle** auf dieses Mindestniveau reduzieren sollte.

AfD und Linke unterstützten den Grünen-Entwurf.

CDU/CSU und SPD lehnten ihn ab.



Die Bundesregierung entlastet zwar Stromverbraucher über einen Bundeszuschuss von 6,5 Milliarden Euro zu den Netzentgelten.

Die Stromsteuer auf EU-Mindestniveau gilt jedoch dauerhaft nur für rund 600.000 produzierende Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft.

Damit ist die breitere Forderung zum Stand dieses Dossiers **nicht** allgemein umgesetzt.

Dieser Fall ist wichtig.

Denn er verhindert eine künstliche Erzählung nach dem Muster:

„Die Regierung lehnt Oppositionsanträge ab und macht hinterher sowieso alles selbst.“

Das stimmt so nicht.

Manche Forderungen werden später teilweise aufgegriffen.

Andere nicht.

15.5 Fall 3: Kernkraft – die Ampel änderte ihre Position, aber nicht so weit wie Union und AfD verlangten

Auch die Laufzeitverlängerung 2022 wird häufig als Beispiel verwendet.

Die ursprünglich geltende Rechtslage sah das Ende der Kernenergienutzung zum Jahresende 2022 vor.

Unter dem Druck der Energiekrise beschloss die Ampelregierung selbst eine Verlängerung der letzten drei Reaktoren bis zum **15. April 2023**.

Union und AfD verlangten gleichzeitig einen deutlich längeren Weiterbetrieb.

Die Union wollte unter anderem bis Ende 2024 verlängern.

Diese weitergehenden Vorschläge wurden abgelehnt.

Daraus folgt:

Ja, die Ampel bewegte sich in Richtung einer Forderung, die zuvor vor allem aus der Opposition kam: Kernkraftwerke länger laufen zu lassen.

Aber:

Nein, sie übernahm nicht die Laufzeitmodelle von Union oder AfD.

Sie beschloss eine wesentlich kürzere Verlängerung.



Auch hier ist „erst abgelehnt, dann selbst gemacht“ nur teilweise richtig.

15.6 Fall 4: Bau-Turbo – eine Idee wandert durch verschiedene politische Konstellationen

Auch beim Bau-Turbo zeigt sich, dass politische Ideen nicht immer eindeutig einer Partei gehören.

Bereits im Dezember 2024 wurde im Bundestag ein FDP-Gesetzentwurf für ein „**Bau-Turbo-Gesetz**“ beraten.

Er sah eine befristete Sonderregelung für den Wohnungsbau im Baugesetzbuch vor.

Im Oktober 2025 beschloss die neue Koalition aus CDU/CSU und SPD schließlich ihr eigenes Bau-Turbo-Gesetz mit einem neuen § 246e BauGB.

Auch hier wäre ein Satz wie

„Schwarz-Rot hat einfach den FDP-Entwurf übernommen“

ohne detaillierten Normvergleich nicht belegbar.

Was sich belegen lässt:

Die Grundidee weitreichender befristeter Sonderregelungen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus existierte bereits vor dem Regierungswechsel und wurde später unter einer anderen Koalition gesetzlich umgesetzt.

Politische Ideen besitzen manchmal eine längere Lebensdauer als die Regierung, die sie zuerst diskutiert.

15.7 Fall 5: Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung – eine Oppositionsidee taucht in der Rentenkommission wieder auf

Im November 2025 brachte Die Linke den Antrag

„Bundestagsabgeordnete vollumfänglich in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen“

in den Bundestag ein.

Die Vorlage wurde zunächst an die Ausschüsse überwiesen.

Im Juni 2026 legte die von der Bundesregierung eingesetzte Alterssicherungskommission ihre Empfehlungen vor.



Darin fordert sie perspektivisch eine Erwerbstätigenversicherung, in die unter anderem Selbstständige, Beamte und **Abgeordnete** einbezogen werden sollen.

In einem ersten Schritt sollen auch Bundestags- und Landtagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Auch hier besteht eine offensichtliche inhaltliche Überschneidung.

Aber:

Die Rentenkommission ist kein Regierungsgesetz.

Die Empfehlung ist zum Stand August 2026 noch keine beschlossene Umsetzung des Linken-Antrags.

Die korrekte Aussage lautet deshalb:

Eine Forderung, die Die Linke zuvor parlamentarisch eingebracht hatte, findet sich wenige Monate später in ähnlicher Richtung in den Empfehlungen der Alterssicherungskommission wieder.

Mehr lässt sich derzeit nicht belastbar behaupten.

15.8 Warum Parteien trotzdem Oppositionsvorlagen ablehnen können

An dieser Stelle stellt sich eine berechtigte Frage:

Wenn eine Partei eine Grundidee sinnvoll findet, warum stimmt sie dann gegen einen Antrag der Opposition?

Dafür kann es mehrere Gründe geben.

Ein Antrag kann neben einem zustimmungsfähigen Punkt weitere Maßnahmen enthalten, die abgelehnt werden.

Die Finanzierung kann anders bewertet werden.

Der Gesetzestext kann als technisch mangelhaft angesehen werden.

Der Zeitpunkt kann strittig sein.

Die Regierung kann ein eigenes Verfahren vorbereiten.

Und natürlich existiert auch parteipolitischer Wettbewerb.

Aus einer Ablehnung allein lässt sich deshalb nicht automatisch ableiten:



„Die Regierungspartei war gegen die Sache.“

Aber umgekehrt darf eine spätere sehr ähnliche Maßnahme auch nicht so behandelt werden, als hätte die frühere Oppositionsforderung nie existiert.

15.9 Der richtige Prüfmaßstab

Für Fälle dieser Art sollten vier Kategorien gelten:

1. Identische Übernahme

Der spätere Gesetzgeber übernimmt dieselbe oder nahezu dieselbe Regelung.

2. Teilweise Übernahme

Ein wesentlicher Baustein wird übernommen, andere Teile nicht.

3. Gleiches Ziel – anderes Instrument

Beide Seiten wollen beispielsweise niedrigere Kraftstoffkosten, benutzen aber unterschiedliche Steuerarten oder Finanzierungsmodelle.

4. Nur oberflächliche Ähnlichkeit

Die politischen Maßnahmen verfolgen bei genauer Prüfung unterschiedliche Ziele oder Mechanismen.

Erst mit dieser Trennung lässt sich der Vorwurf

„erst abgelehnt, später selbst gemacht“

seriös prüfen.

15.10 Die Bilanz: Politische Ideen wechseln tatsächlich die Seiten – aber der Nachweis muss exakt sein

Die Beispiele zeigen:

Ja, politische Positionen verändern sich.

Ja, Oppositionsforderungen können später in Regierungspolitik wieder auftauchen.

Ja, Parteien können heute gegen etwas stimmen und später ein ähnliches Ziel verfolgen.

Aber:

Ähnlichkeit ist noch kein Beweis für Kopieren.



Beim Kraftstoff gibt es 2026 eine erkennbare zeitliche und sachliche Überschneidung zwischen einer zuvor abgelehnten AfD-Forderung nach steuerlicher Entlastung und der später beschlossenen schwarz-roten Energiesteuersenkung.

Die Instrumente waren jedoch unterschiedlich.

Bei der Kernkraft verlängerte die Ampel selbst die Laufzeiten – aber deutlich kürzer, als Union und AfD gefordert hatten.

Bei der Stromsteuer wurde eine breite Senkung trotz Zustimmung von AfD, Grünen und Linken von der Koalition abgelehnt und bislang gerade **nicht** für alle umgesetzt.

Und bei der gesetzlichen Rente für Abgeordnete ist aus einer ähnlichen Empfehlung der Rentenkommission noch kein Regierungsgesetz geworden.

Damit ist die politische Realität weniger spektakulär als manche Schlagzeile.

Aber sie ist interessanter:

Ideen wandern. Positionen verändern sich. Und deshalb sollte jede Partei daran erinnert werden, was sie gestern abgelehnt und heute selbst vorgeschlagen hat.

16. Versprechen und Wirklichkeit: Was wurde angekündigt – und was ist tatsächlich passiert?

Politik lebt von Versprechen.

Mehr Wohnungen.

Niedrigere Steuern.

Günstigere Energie.

Stabile Renten.

Weniger Bürokratie.

Mehr Netto vom Brutto.

Das Problem beginnt dort, wo Ankündigung und Ergebnis miteinander verwechselt werden.

Deshalb erhält jede politische Maßnahme in diesem Dossier nur einen von vier möglichen Status:



Erfüllt.

Teilweise erfüllt beziehungsweise in Umsetzung.

Nicht erfüllt.

Noch nicht seriös bewertbar.

Das klingt banal.

Ist es aber nicht.

Denn ein großer Teil politischer Kommunikation lebt davon, geplante Maßnahmen bereits wie erreichte Ergebnisse klingen zu lassen.

16. Versprechen und Wirklichkeit: Was gesagt wurde – und was daraus wurde

Politik wird nicht an Absichten gemessen – sondern an Ergebnissen.

Wahlversprechen können Erwartungen wecken.
Doch entscheidend ist, was nach der Wahl passiert:
Welche Zusagen wurden gehalten?
Welche Ziele verfehlt? Welche Probleme verschärft?

Ein ehrlicher Blick auf die Bilanz.
Damit aus Enttäuschung Erkenntnis wird –
und aus Erkenntnis Veränderung.

WAS VERSPROCHEN WURDE

- Wirtschaft stärken
Wachstum, Arbeitsplätze,
Wettbewerbsfähigkeit sichern.
- Klimaschutz vorantreiben
Nachhaltig handeln,
Ziele international einhalten.
- Sozialen Zusammenhalt fördern
Gerechtigkeit, Teilhabe,
kein Mensch bleibt zurück.
- Staat modernisieren
Weniger Bürokratie,
mehr Effizienz, mehr Digitales.
- Frieden und Sicherheit sichern
Verantwortung übernehmen,
Krisen verhindern.

SO SOLL POLITIK AN IHREN ERGEBNISSEN GEMESSEN WERDEN

- KLARE ZIELE**
Messbare Ziele
statt leerer
Absichtserklärungen.
- ÜBERPRÜFUNG**
Regelmäßige Kontrolle
und unabhängige
Bewertung.
- VERGLEICH**
Ergebnisse im nationalen
und internationalen
Vergleich.
- TRANSPARENZ**
Offene Daten, ehrliche
Kommunikation,
kein Vertuschen.
- VERANTWORTUNG**
Für Fehler einstehen,
Korrekturen einleiten,
Konsequenzen tragen.

WAS WIRKLICH PASSIERT IST

- Wirtschaft geschwächt
Rezession, Standortverlust,
höhere Kosten für Bürger und Firmen.
- Klimaziele verfehlt
Abhängigkeiten gestiegen,
CO₂-Ausstoß kaum gesunken.
- Gesellschaft gespalten
Vertrauen verloren,
Belastungen ungleich verteilt.
- Bürokratie ausgeweitet
Mehr Regeln, längere Verfahren,
Bürger und Unternehmen belastet.
- Sicherheit unsicherer
Neue Konflikte, alte nicht gelöst,
Frieden weiter entfernt.

WAS WIR BÜRGER TUN KÖNNEN

- Fragen stellen statt hinnehmen**
Kritisch bleiben, nachbohren, nicht wegsehen.
- Informieren statt glauben**
Zahlen, Fakten und Hintergründe prüfen.
- Mitreden statt schweigen**
Meinung äußern, diskutieren, einmischen.
- Wählen statt resignieren**
Unsere Stimme ist unser stärkstes Werkzeug.
- Gemeinsam handeln statt abwarten**
Nur zusammen können wir etwas verändern.

Ein Versprechen verpflichtet – ein Ergebnis entscheidet.
Politik lebt vom Vertrauen der Bürger.
Vertrauen entsteht durch Ehrlichkeit – nicht durch Wahlkampf.

**Wer Verantwortung trägt,
muss sich an Ergebnissen messen lassen –
nicht an guten Absichten.**

16.1 Ampel-Versprechen Wohnungsbau: eindeutig nicht erfüllt

Beim Wohnungsbau ist die Bewertung einfach.

Olaf Scholz formulierte zu Beginn seiner Kanzlerschaft das Ziel:

400.000 neue Wohnungen jährlich, darunter 100.000 öffentlich geförderte.



Die tatsächlichen Fertigstellungen lagen bei:

2022: **295.275**

2023: **294.399**

2024: **251.937**

2025: **206.586 Wohnungen.**

Keines dieser Jahre erreichte 400.000.

2025 lag der Wert nur noch etwas über der Hälfte des politischen Ziels und auf dem niedrigsten Niveau seit 2012.

Status: NICHT ERFÜLLT.

Das ist keine parteipolitische Interpretation.

Es ist ein Vergleich zwischen angekündigter Zielzahl und amtlicher Fertigstellungsstatistik.

16.2 Aber: Zielverfehlung beweist nicht automatisch alleinige Verantwortung

Die damalige Bundesregierung benannte selbst bereits 2023 gestiegene Baukosten, höhere Zinsen, Fachkräftemangel und Nachwirkungen der Pandemie als Belastungen für den Wohnungsbau.

Auch die tatsächlichen Zahlen zeigen, dass Genehmigung und Fertigstellung lange Vorlaufzeiten besitzen.

Deshalb muss die Bewertung zweigeteilt werden:

Versprechen nicht erfüllt: eindeutig.

Alleinige Ursache Ampelpolitik: durch diese Zahlen nicht bewiesen.

Genau diese Trennung zwischen Ergebnis und Kausalität ist entscheidend.

16.3 Ampel-Energiepreisbremsen: tatsächlich umgesetzt

Bei den Energiepreisbremsen liegt der Fall anders.

Die Gas-, Wärme- und Strompreisbremsen wurden nicht nur angekündigt.

Der Bundestag beschloss sie am 15. Dezember 2022.

Damit handelte es sich um tatsächlich umgesetzte Krisenmaßnahmen.



Über ihre konkrete Effizienz, Verteilungswirkung und Kosten kann gestritten werden.

Aber nicht darüber, ob die Ampel das Instrument umgesetzt hat.

Status: ERFÜLLT beziehungsweise umgesetzt.

16.4 Ampel-Kernkraft: politische Linie beibehalten – aber in der Krise angepasst

Der Ausstieg war zwar schon lange vor der Ampel gesetzlich beschlossen.

Die Ampel hielt grundsätzlich daran fest.

Gleichzeitig verlängerte sie den Betrieb der letzten drei Reaktoren bis April 2023.

Damit ergibt sich kein einfaches Ja oder Nein.

Die Grundentscheidung zum Ausstieg blieb bestehen.

Der Zeitplan wurde krisenbedingt kurzfristig verändert.

Status: Grundlinie umgesetzt, konkrete Durchführung angepasst.

16.5 Kindergrundsicherung: vom Regierungsprojekt zum unvollendeten Vorhaben

Die Bundesregierung brachte 2023 einen vollständigen Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung ein.

Damit war das Projekt weit über die Ebene einer bloßen Absicht hinausgegangen.

Aber der entscheidende Maßstab lautet:

Ein Gesetzentwurf ist keine eingeführte Sozialleistung.

Wenn ein politisches Projekt nicht als geltendes Gesetz umgesetzt wird, darf es in einer Leistungsbilanz nicht als Erfolg verbucht werden.

Die Kindergrundsicherung zeigt deshalb besonders deutlich, warum zwischen

angekündigt, eingebracht und umgesetzt

unterschieden werden muss.

16.6 Schwarz-Rot: Energieentlastung 2026 ist teilweise bereits Realität



Die seit 2025 regierende Koalition aus CDU/CSU und SPD hat mehrere Energieentlastungen tatsächlich umgesetzt.

Seit dem **1. Januar 2026** ist die Gasspeicherumlage abgeschafft.

Für 2026 stellt der Bund außerdem **6,5 Milliarden Euro** bereit, um die Übertragungsnetzentgelte zu reduzieren.

Die Bundesregierung beziffert die gemeinsame Entlastungswirkung aus Gasspeicherumlage und Netzentgeltzuschuss auf ungefähr zehn Milliarden Euro.

Status: UMGESETZT.

Ob die tatsächlichen Endkundenpreise exakt um den von der Regierung erwarteten Betrag sinken, ist davon getrennt zu prüfen.

16.7 Stromsteuer: nur teilweise umgesetzt

Hier ist die Bilanz komplizierter.

Die Bundesregierung hat die Stromsteuer für rund **600.000 produzierende Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft dauerhaft auf dem europäischen Mindestniveau gehalten beziehungsweise abgesenkt.**

Für private Haushalte gilt diese allgemeine Absenkung jedoch nicht.

Die Entlastung privater Haushalte erfolgt stattdessen unter anderem über den Zuschuss zu den Netzentgelten.

Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte selbst zur anfänglichen Energieentlastung, man erreiche zunächst ungefähr drei Viertel der ursprünglich angestrebten Entlastung für eine beispielhafte Familie.

Damit lautet die sachliche Bewertung:

Status: TEILWEISE ERFÜLLT beziehungsweise über andere Instrumente umgesetzt.

Eine vollständige Stromsteuersenkung für sämtliche Verbraucher ist nicht erfolgt.

16.8 Der Bundestag hat eine noch breitere Stromsteuersenkung ausdrücklich abgelehnt

Das ist für die Bewertung besonders interessant.

Am 24. April 2026 lag ein Grünen-Gesetzentwurf vor, die Stromsteuer für alle auf das europarechtliche Mindestmaß zu senken.

AfD, Grüne und Linke stimmten dafür.



CDU/CSU und SPD dagegen.

Der Entwurf scheiterte mit **270 zu 310 Stimmen**.

Damit kann nicht behauptet werden, die Koalition habe eine allgemeine Stromsteuersenkung lediglich „noch nicht geschafft“.

Sie hat eine entsprechende Oppositionsvorlage **aktiv abgelehnt**.

Das ist ein anderer politischer Befund.

16.9 Tankrabatt 2026: angekündigt und umgesetzt

Die temporäre Energiesteuersenkung auf Benzin und Diesel wurde tatsächlich beschlossen.

Die erwartete Entlastung betrug einschließlich Umsatzsteuereffekt rund 17 Cent je Liter.

Die Maßnahme galt zwei Monate und sollte den Staat ungefähr 1,6 Milliarden Euro kosten.

Status: ERFÜLLT beziehungsweise umgesetzt.

Ob die vollständige Steuersenkung an der Zapfsäule beim Verbraucher angekommen ist, ist eine andere Wirkungsfrage.

Gerade deshalb hatten Sachverständige im parlamentarischen Verfahren darauf hingewiesen, dass möglicherweise ein Teil der Entlastung bei Anbietern verbleiben könnte.

Beschluss und tatsächliche Marktwirkung sind zwei unterschiedliche Prüfungen.

16.10 Bau-Turbo: Gesetz erfüllt – Wirkungsversprechen noch offen

Der Bau-Turbo wurde am **9. Oktober 2025** beschlossen.

Damit ist die Ankündigung einer entsprechenden gesetzlichen Beschleunigung umgesetzt.

Aber das politische Ziel lautet nicht:

„Wir verabschieden einen Paragraphen.“

Das eigentliche Ziel lautet:

mehr und schneller Wohnraum schaffen.

Ob § 246e BauGB tatsächlich in erheblichem Umfang zusätzliche Wohnungen hervorbringt, lässt sich im August 2026 noch nicht belastbar aus den Fertigstellungszahlen ablesen.

Wohnungsprojekte besitzen lange Planungs- und Bauzeiten.



Deshalb:

Status Gesetz: ERFÜLLT.

Status Wirkung: NOCH NICHT SERIÖS BEWERTBAR.

Diese beiden Bewertungen dürfen nicht vermischt werden.

16.11 Einkommensteuerreform 2027: konkret vereinbart – aber noch kein heutiger Wohlstandsgewinn

Am 2. Juli 2026 legte die Koalition konkrete Eckpunkte einer Einkommensteuerreform vor.

Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld und Arbeitnehmerpauschbetrag sollen steigen.

Der Spitzensteuersatz soll etwas später einsetzen.

Das Bundesfinanzministerium spricht von ungefähr **zehn Milliarden Euro Entlastung pro Jahr**.

Das ist wesentlich konkreter als ein allgemeines Wahlversprechen.

Aber:

Die geplante Steuerentlastung kann nicht bereits als heutiger Wohlstandsgewinn verbucht werden.

Zum Stand dieses Dossiers behandeln die amtlichen Veröffentlichungen sie als Koalitionseinigung und Reformvorhaben.

Daher:

Status: KONKRET VEREINBART / IN VORBEREITUNG.

Nicht:

bereits vollständig erfüllt.

16.12 GKV-Reform: Gesetz beschlossen – Beitragseffekt muss sich erst zeigen

Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz wurde am **10. Juli 2026** mit 318 Ja-Stimmen beschlossen.

284 Abgeordnete stimmten dagegen, vier enthielten sich.

Ziel der Reform ist, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren.



Doch aus dem Gesetzesbeschluss folgt nicht automatisch:

„Die Krankenkassenbeiträge sind jetzt dauerhaft stabil.“

Das kann erst beurteilt werden, wenn sich Einnahmen, Ausgaben und Zusatzbeiträge tatsächlich entwickeln.

Deshalb:

Status Gesetz: ERFÜLLT.

Status Beitragsstabilisierung: NOCH OFFEN.

16.13 Auch Opposition muss an Versprechen und Wirklichkeit gemessen werden

Dieser Prüfmaßstab darf nicht nur auf Regierungen angewandt werden.

Wenn die AfD eine Absenkung von Energie- und Stromsteuern um rund 21 Milliarden Euro fordert, ist das eine konkrete politische Forderung.

Aber solange sie nicht umgesetzt wurde, gibt es keine reale deutsche Erfahrung damit, wie sich dieses Gesamtpaket auf Preise, Haushalt und Wirtschaft ausgewirkt hätte.

Dasselbe gilt für die Grünen.

Eine Absenkung der Krankenkassenbeiträge um zwei Prozentpunkte und höhere Freibeträge sind konkrete Vorschläge.

Aber ihre tatsächliche Wirkung ist bislang Modell und politische Prognose, nicht gemessene Realität.

Und dasselbe gilt für Die Linke.

Eine Steuerfreigrenze von 16.800 Euro und die Verschiebung des Spitzensteuersatzes auf 85.000 Euro lassen sich rechnerisch modellieren.

Aber die tatsächlichen wirtschaftlichen Rückwirkungen eines gesamten Steuerpakets können erst nach Umsetzung gemessen werden.

Opposition besitzt Alternativen.

Aber Opposition besitzt keinen automatischen Wirkungsnachweis.

16.14 Die wichtigste politische Täuschung: Maßnahme und Wirkung gleichsetzen



Damit erreichen wir einen der wichtigsten Punkte dieses Dossiers.

Politik sagt häufig:

„Wir haben zehn Milliarden Euro Entlastung beschlossen.“

Das ist zunächst eine Information über eine politische Maßnahme.

Die Wohlstandsfrage lautet aber:

Bei wem kommen wie viele Euro tatsächlich an?

Ein Programm kann zehn Milliarden Euro kosten und trotzdem einzelne Haushalte kaum erreichen.

Eine Steuersenkung kann beschlossen werden und teilweise über Preise oder Margen anders verteilt werden.

Ein Wohnungsbaugesetz kann Verfahren beschleunigen und trotzdem zunächst keine einzige fertige Wohnung erzeugen.

Eine Rentengarantie kann das Leistungsniveau stabilisieren und gleichzeitig hohe zusätzliche Bundeszuschüsse erforderlich machen.

Deshalb muss jeder politische Erfolg auf zwei Ebenen geprüft werden:

Was wurde beschlossen?

Und:

Was hat es bewirkt?

16.15 Die Zwischenbilanz der Regierungen

Für die vergangenen Jahre lässt sich deshalb bereits einiges eindeutig festhalten.

Die Ampelregierung:

- setzte Energiepreisbremsen tatsächlich um,
- verlängerte die AKW-Laufzeiten krisenbedingt geringfügig,
- verfehlte das selbst gesetzte Wohnungsbauziel von 400.000 Wohnungen pro Jahr klar,
- brachte die Kindergrundsicherung als konkreten Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren.

Die seit 2025 regierende Koalition aus CDU/CSU und SPD:

- schaffte die Gasspeicherumlage ab,
- bezuschusst 2026 die Übertragungsnetzentgelte mit 6,5 Milliarden Euro,



- verstetigte die niedrige Stromsteuer für bestimmte Wirtschaftsbereiche, nicht jedoch für sämtliche Haushalte,
- beschloss eine temporäre Kraftstoffsteuersenkung,
- verabschiedete den Bau-Turbo,
- beschloss eine GKV-Finanzreform,
- und vereinbarte konkrete Eckpunkte für eine Einkommensteuerreform, deren vollständige Umsetzung und Wirkung noch abzuwarten sind.

Das ist weder eine Erfolgsbilanz noch eine Anklageschrift.

Es ist zunächst die Aktenlage.

16.16 Die Bilanz: Politik muss an Ergebnissen gemessen werden – nicht an Pressekonferenzen

Damit lässt sich ein verbindlicher Maßstab formulieren.

Ein politisches Versprechen ist noch keine Leistung.

Ein Gesetzentwurf ist noch kein Gesetz.

Ein Gesetz ist noch keine Wirkung.

Und eine Wirkung ist noch kein Beweis dafür, dass sämtliche Folgen positiv sind.

Deshalb wird dieses Dossier keine Regierung dafür loben, dass sie ein Ziel nennt.

Und keine Opposition dafür, dass sie einen Antrag schreibt.

Der Maßstab bleibt:

Was wurde beschlossen?

Was wurde tatsächlich umgesetzt?

Was hat es gekostet?

Wer wurde entlastet oder belastet?

Und welches messbare Ergebnis ist entstanden?

Erst dann lässt sich beurteilen, ob aus einem politischen Versprechen Realität geworden ist.

Damit sind Regierung, Opposition und ihre tatsächlichen Entscheidungen dokumentiert.

Nun folgt die wirtschaftlich vielleicht schwierigste Frage des gesamten Dossiers:



Wenn wir Bürger tatsächlich stärker entlasten wollen – welche Maßnahmen könnten funktionieren?

Und unmittelbar danach:

Wer bezahlt diese Entlastung am Ende?

Quellenbasis Kapitel 13 bis 16

Die historische Verantwortung für den Atomausstieg und die namentlichen Abstimmungen von 2011 wurden anhand der Dokumentation des **Deutschen Bundestages** geprüft.

Die Einführung und Entwicklung der nationalen CO₂-Bepreisung stützt sich auf die Gesetzgebungsdokumentation des **Deutschen Bundestages**, einschließlich des Preisfadens bis 2026.

Die Entscheidungen der Ampelregierung zu Energiepreisbremsen und Kernkraft wurden anhand der amtlichen Abstimmungsergebnisse des **Deutschen Bundestages** geprüft.

Das 400.000-Wohnungen-Ziel stammt aus den Regierungserklärungen von Bundeskanzler Olaf Scholz; die tatsächlich fertiggestellten Wohnungen stammen aus der Bautätigkeitsstatistik des **Statistischen Bundesamtes**.

Für die seit 2025 amtierende Bundesregierung wurden bereits umgesetzte Energie-, Steuer-, Wohnungs- und Gesundheitsmaßnahmen anhand von **Bundesregierung, Bundesfinanzministerium und Bundestag** geprüft.

Die aktuellen Oppositionsvorschläge von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie ihr parlamentarischer Status beruhen auf den Originalvorlagen und Verfahrensinformationen des **Deutschen Bundestages**.

Die Gegenüberstellung „erst abgelehnt – später ähnlich umgesetzt“ wurde bewusst nur dort vorgenommen, wo ein zeitlich und sachlich dokumentierbarer Zusammenhang besteht. Eine bloße Ähnlichkeit wird ausdrücklich nicht als Beweis für eine Übernahme oder politische Kausalität dargestellt.

17. Welche Entlastungen tatsächlich helfen könnten – und wo die einfachen Antworten enden

Nach der politischen Bestandsaufnahme kommt die schwierigere Frage:

Was müsste sich ändern, damit aus höheren Löhnen tatsächlich wieder mehr Wohlstand entsteht?



Die erste Versuchung besteht darin, nach einer einzelnen großen Stellschraube zu suchen.

Steuern runter.

Beiträge runter.

Energie billiger.

Mieten deckeln.

Mehr bauen.

Mehr Sozialleistungen.

Weniger Staat.

Mehr Staat.

Doch sämtliche bisherigen Kapitel zeigen:

Der wirtschaftliche Druck auf Haushalte entsteht nicht an einer einzigen Stelle.

Er entsteht aus dem Zusammenspiel von Einkommen, Preisen, Steuern, Sozialabgaben, Wohnen, Energie, Vermögensbildung und wirtschaftlichem Wachstum.

Deshalb kann auch die Lösung kaum aus einer einzigen Maßnahme bestehen.

17-19. Reformen und Lösungsweg: Was zu tun ist – und wie Deutschland wieder handlungsfähig wird

Deutschland hat die Kraft, sich neu aufzustellen.
Aber es braucht Mut, Klarheit und Konsequenz.
Reformen sind kein Selbstzweck – sie sind die Voraussetzung
für Wohlstand, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit.

GRUNDSÄTZE FÜR EINE NEUE POLITIK

- Verantwortung übernehmen
Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten –
nicht an Ideologien oder Partikularinteressen.
- Freiheit und Eigenverantwortung stärken
Bürgerinnen und Bürger befähigen,
ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.
- Wettbewerb und Leistung fördern
Rahmenbedingungen schaffen, in denen
Leistung sich lohnt und Innovation entsteht.
- Nachhaltig und generationengerecht handeln
Ressourcen schonen, Schulden begrenzen,
Zukunft sichern.
- Zusammenhalt und Fairness leben
Niemanden zurücklassen – aber auch
Leistung anerkennen und belohnen.

KLARE ZIELE

Wohin wir wollen

KLARE WEGE

Wie wir es erreichen

GEMEINSAME KRAFT

Warum wir es schaffen

ZENTRALE REFORMFELDER

- Staat & Verwaltung**
Bürokratie abbauen, Verfahren vereinfachen,
Digitalisierung konsequent nutzen.
- Steuern & Abgaben**
Belastungen senken, Steuersystem
vereinfachen, Leistung entlasten.
- Energie & Klima**
Bezahlbare Energie sichern,
Technologieoffenheit leben.
- Bildung & Qualifikation**
Bildung stärken, Talente fördern,
Zukunftskompetenzen vermitteln.
- Arbeit & Soziales**
Anreize für Arbeit schaffen,
Sozialsysteme zukunftsfest machen.
- Sicherheit & Rechtsstaat**
Innere Sicherheit gewährleisten,
Rechtsstaatlichkeit stärken.
- Außenpolitik & Handel**
Eigeninteressen vertreten,
Freiheit und Frieden fördern.

SO SETZEN WIR REFORMEN ERFOLGREICH UM

- 1. Analyse**
Probleme ehrlich
benennen und
Ursachen verstehen.
- 2. Priorisieren**
Wichtige Themen
konzentriert und
konsequent angehen.
- 3. Lösungen entwickeln**
Praktikable, wirksame
und finanzierbare
Lösungen gestalten.
- 4. Beteiligung sichern**
Bürger, Experten und
Wirtschaft einbeziehen
und mitnehmen.
- 5. Umsetzen**
Entschlossen handeln,
Hürden abbauen,
Fortschritt messen.
- 6. Erfolg prüfen**
Wirkung kontrollieren,
nachsteuern und
dauerhaft verbessern.

ERFOLGSFAKTOREN

- ✓ Politischer Wille und Mut zur Veränderung
- ✓ Klare Kommunikation und Transparenz
- ✓ Verlässliche Rahmenbedingungen
- ✓ Ausdauer und Konsequenz
- ✓ Vertrauen in die Menschen unseres Landes

Deutschland kann mehr – wenn wir den Mut haben, es zu tun.
Reformen sind der Schlüssel. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft.



17.1 Mehr Netto vom Brutto: Bei Arbeit liegt tatsächlich ein zentraler Hebel

Beim alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder gehört Deutschland mit einem OECD-Tax-Wedge von 49,3 Prozent zur internationalen Spitzengruppe.

Das ist nicht die persönliche Abzugsquote vom Bruttolohn.

Aber es zeigt, dass die Differenz zwischen gesamten Arbeitskosten und verfügbarem Einkommen außergewöhnlich groß ist.

Die OECD empfiehlt Deutschland deshalb ausdrücklich, die Belastung von Arbeit zu senken und die Arbeitsanreize insbesondere für niedrige Einkommen, Zweitverdienende und ältere Beschäftigte zu verbessern.

Damit ist eine Grundrichtung ökonomisch gut begründbar:

Wenn zusätzliche Arbeit stärker im verfügbaren Einkommen ankommen soll, muss die Belastung zusätzlicher Arbeit begrenzt werden.

Aber damit beginnt sofort die Gegenfrage:

Was geschieht mit den Einnahmen, die dann fehlen?

Eine Einkommensteuersenkung oder niedrigere Sozialbeiträge erzeugen nicht automatisch neues Geld.

Sie verteilen zunächst Geld anders.

17.2 Sozialbeiträge lassen sich nicht dauerhaft senken, ohne die Ausgabenseite anzufassen

Besonders schwierig ist die Situation bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

Eine Beitragssenkung klingt zunächst wie eine unmittelbare Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Aber Renten, medizinische Behandlungen und Pflegeleistungen verschwinden dadurch nicht.

Wenn dieselben Leistungen weiterhin finanziert werden sollen, existieren grundsätzlich nur andere Finanzierungswege:

mehr Steuermittel,

andere Beiträge,

Kürzungen oder Effizienzgewinne,



beziehungsweise eine Kombination daraus.

Gerade der demografische Wandel verschärft diese Rechnung. Die Bundesbank weist darauf hin, dass das Arbeitsangebot in den kommenden Jahren demografisch unter Druck gerät und dies das Produktionspotenzial Deutschlands belastet. Langfristig seien Innovation, technischer Fortschritt und Produktivitätssteigerungen deshalb besonders wichtig.

Damit ergibt sich eine unbequeme Wahrheit:

Niedrigere Sozialbeiträge sind sinnvoll als Entlastungsziel – aber nur dann dauerhaft tragfähig, wenn gleichzeitig die Finanzierung und Effizienz der sozialen Sicherungssysteme reformiert werden.

Sonst wird die Rechnung lediglich vom Lohnzettel in den Steuerbescheid oder den Bundeshaushalt verschoben.

17.3 Mehr arbeiten muss sich wirtschaftlich bemerkbar machen

Deutschland hat nicht nur ein Kostenproblem.

Es besitzt zunehmend auch ein Arbeitskräfteproblem.

Die OECD nennt deshalb ausdrücklich drei Gruppen, deren Arbeitsangebot stärker mobilisiert werden könnte:

Frauen,

ältere Beschäftigte

und Menschen mit niedrigen Einkommen.

Dabei geht es nicht darum, Menschen pauschal zu mehr Arbeit zu zwingen.

Es geht um wirtschaftliche Anreize.

Wenn zusätzliche Arbeitsstunden durch Steuern, Beiträge, wegfallende Transfers und Betreuungskosten nur einen kleinen Nettoeffekt erzeugen, ist es rational, zusätzliche Arbeit nicht in jedem Fall auszuweiten.

Gerade bei Familien kommt deshalb ein zweiter Punkt hinzu:

Kinderbetreuung ist Wirtschaftspolitik.

Wer keinen verlässlichen Betreuungsplatz besitzt, kann auch durch die schönste Steuerreform nicht automatisch mehr arbeiten.



Die OECD empfiehlt Deutschland deshalb neben geringerer Belastung von Zweitverdienenden ausdrücklich einen Ausbau verlässlicher Ganztagsbetreuung.

Steuerpolitik und Infrastruktur müssen hier zusammenarbeiten.

17.4 Wohnen: Dauerhafte Entlastung braucht mehr Angebot

Bei den Wohnkosten besteht eine ähnliche Gefahr einfacher Lösungen.

Mietrecht kann Mieter schützen.

Wohngeld kann Haushalte entlasten.

Sozialwohnungen können gezielt helfen.

Aber wenn in angespannten Regionen dauerhaft zu wenig Wohnraum vorhanden ist, bleibt das Grundproblem bestehen.

Deshalb gehören beschleunigte Planung, einfachere Genehmigungsverfahren und zusätzliche Baukapazitäten zu den strukturellen Lösungen.

Die OECD verweist ausdrücklich darauf, dass komplexe und regional unterschiedliche Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren gerade im Bausektor Markteintritt, Wettbewerb und Wachstum behindern können.

Das bedeutet nicht:

„Einfach alle Bauvorschriften abschaffen.“

Sicherheits-, Umwelt- und Qualitätsstandards erfüllen reale Funktionen.

Die wirtschaftliche Frage lautet vielmehr:

Welche Vorschrift erreicht ihren Zweck – und welche verursacht mehr Kosten und Verzögerungen als Nutzen?

Genau diese Prüfung ist anspruchsvoller als ein pauschales „mehr Regulierung“ oder „weniger Regulierung“.

17.5 Bürokratieabbau ist inzwischen mehr als ein politisches Schlagwort

Ende Juli 2026 veröffentlichte die Deutsche Bundesbank eine neue Unternehmensauswertung zu Bürokratiekosten.



Danach stiegen die von Unternehmen angegebenen durchschnittlichen Bürokratiekosten zwischen 2022 und 2024 von ungefähr **fünf auf sieben Prozent des Jahresumsatzes**.

Grundlage ist eine Befragung von rund 7.000 Unternehmen im Bundesbank-Unternehmenspanel. Besonders stark fällt die relative Belastung bei kleineren Unternehmen aus.

Die Bundesbank schätzt auf Grundlage ökonometrischer Modelle außerdem, dass der Kostenanstieg das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum zwischen 2022 und 2024 um ungefähr **0,5 Prozentpunkte gedämpft haben könnte**.

Dieses „könnte“ ist wichtig.

Es handelt sich um eine modellbasierte Schätzung und nicht um eine exakt gemessene volkswirtschaftliche Rechnung.

Trotzdem ist der Befund erheblich.

Denn Bürokratie besitzt eine Besonderheit:

Sie kostet nicht nur Geld.

Sie bindet Arbeitszeit.

Eine Stunde, die ein Handwerksbetrieb, eine Arztpraxis oder ein mittelständisches Unternehmen für Dokumentations- und Meldepflichten verwendet, kann in derselben Zeit nicht für Produktion, Kunden, Patienten oder Innovation eingesetzt werden.

Bürokratieabbau kann deshalb gleichzeitig Kosten senken und Produktivität erhöhen.

17.6 Energie: Steuern senken hilft schnell – strukturelle Kosten senken hilft länger

Bei Energie gibt es zwei grundsätzlich unterschiedliche Entlastungswege.

Der erste ist kurzfristig:

Steuern, Abgaben oder Netzentgelte werden gesenkt beziehungsweise staatlich bezuschusst.

Das kann Rechnungen relativ schnell reduzieren.

2026 nutzt die Bundesregierung genau solche Instrumente – unter anderem mit dem Bundeszuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten und der Abschaffung der Gasspeicherumlage.

Der zweite Weg ist langfristiger:



Energieversorgung, Netze, Erzeugungskapazitäten und Wettbewerb werden so organisiert, dass die zugrunde liegenden Systemkosten sinken.

Denn eine dauerhaft hohe Rechnung kann nicht beliebig durch immer neue staatliche Zuschüsse verschwinden.

Ein Zuschuss verändert zunächst, **wer bezahlt**.

Er beseitigt die Kosten nicht automatisch.

Genau deshalb sollte bei jeder Energieentlastung getrennt werden:

Ist der Preis wirklich strukturell niedriger geworden – oder bezahlt lediglich ein anderer Teil des Staates einen Teil der Rechnung?

17.7 Investitionen können Wohlstand schaffen – wenn tatsächlich investiert wird

Deutschland besitzt inzwischen erhebliche zusätzliche finanzielle Spielräume.

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität umfasst eine Kreditermächtigung von **500 Milliarden Euro** über zwölf Jahre.

Davon sind 300 Milliarden für Bundesinvestitionen vorgesehen, 100 Milliarden für Länder und Kommunen und weitere 100 Milliarden zur Stärkung des Klima- und Transformationsfonds.

Für 2026 sind über Bundeshaushalt, Klima- und Transformationsfonds und Sondervermögen insgesamt Investitionsausgaben von rund **128,7 Milliarden Euro** vorgesehen.

Das ist ein außergewöhnliches Volumen.

Aber auch hier gilt:

Kreditermächtigung ist noch keine neue Brücke.

Haushaltsansatz ist noch kein saniertes Schienennetz.

Förderprogramm ist noch keine höhere Produktivität.

Das Geld schafft nur dann zusätzlichen Wohlstand, wenn daraus tatsächlich leistungsfähigere Infrastruktur, schnellere Netze, bessere Bildung, funktionierende Digitalisierung oder andere produktive Vermögenswerte entstehen.

17.8 Wachstum ist die einzige Entlastung, die nicht zwangsläufig jemand anderem etwas wegnimmt



Dieser Punkt ist für die gesamte Wohlstandsdebatte entscheidend.

Wenn der Staat einem Bürger 100 Euro Steuer erlässt und dieselben 100 Euro anschließend bei einem anderen Bürger zusätzlich einnimmt, wurde verteilt.

Wenn er dieselben 100 Euro durch neue Schulden finanziert, wurde die Zahlung zunächst in die Zukunft verschoben.

Wenn dagegen die wirtschaftliche Produktivität steigt und dieselbe Arbeitsstunde dauerhaft mehr Wertschöpfung erzeugt, entsteht tatsächlich zusätzlicher wirtschaftlicher Spielraum.

Deutschland hatte hier zuletzt erhebliche Probleme.

2023 sank die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde preisbereinigt um 1,2 Prozent, 2024 nochmals um 0,3 Prozent; 2025 gab es wieder ein leichtes Plus von 0,4 Prozent.

Im ersten Quartal 2026 stieg die Produktivität je Erwerbstätigenstunde gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,5 Prozent.

Das ist eine Verbesserung.

Aber ein einzelnes Quartal ist noch keine langfristige Trendwende.

17.9 Die eigentliche Wohlstandsformel

Damit lässt sich der Lösungsweg auf eine einfache Formel herunterbrechen:

Mehr verfügbares Einkommen entsteht dauerhaft vor allem dann, wenn Produktivität und reale Einkommen schneller wachsen als Preise und staatliche Belastungen.

Steuersenkungen können dabei helfen.

Beitragssenkungen können helfen.

Günstigere Energie kann helfen.

Mehr Wohnungen können helfen.

Weniger Bürokratie kann helfen.

Bessere Infrastruktur kann helfen.

Aber keine dieser Maßnahmen steht isoliert.

Eine Steuersenkung ohne Finanzierung kann neue Schulden erzeugen.

Eine Sozialbeitragssenkung ohne Reform kann höhere Bundeszuschüsse erfordern.

Mehr Investitionsgeld ohne schnelle Planung kann im Haushalt stehen bleiben.



Und höhere Löhne ohne Produktivitätswachstum können neue Kosten- und Preisdynamiken erzeugen.

Die entscheidende wirtschaftspolitische Aufgabe besteht deshalb nicht darin, eine einzige Wundermaßnahme zu finden.

Sie besteht darin, mehrere Bremsen gleichzeitig zu lösen.

18. Wer bezahlt die Entlastung? Die Rechnung hinter jedem politischen Versprechen

„Wir entlasten die Bürger um zehn Milliarden Euro.“

Dieser Satz klingt zunächst eindeutig positiv.

Aber wirtschaftlich ist er unvollständig.

Denn unmittelbar danach muss eine zweite Frage gestellt werden:

Woher kommen diese zehn Milliarden Euro?

Jede dauerhafte staatliche Entlastung besitzt eine Gegenbuchung.

Man kann sie verstecken.

Man kann sie zeitlich verschieben.

Man kann sie auf mehrere Haushalte verteilen.

Aber verschwinden kann sie nicht.

18.1 Im Bundeshaushalt existiert kein kostenloses Geld

Für 2026 sieht der Bundeshaushalt Ausgaben von rund **524,5 Milliarden Euro** und Einnahmen von rund **426,4 Milliarden Euro** vor.

Der geplante Finanzierungssaldo liegt damit bei rund **minus 98,1 Milliarden Euro**.

Diese Zahlen beziehen sich auf den Bundeshaushalt und sind nicht mit sämtlichen staatlichen Haushalten einschließlich Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen gleichzusetzen.

Sie zeigen aber die Größenordnung.



Der Bund verteilt nicht einfach vorhandene Überschüsse.

Er steht bereits vor erheblichen Finanzierungsaufgaben.

18.2 Möglichkeit eins: Andere Ausgaben kürzen

Die klassische Gegenfinanzierung einer Steuersenkung lautet:

Der Staat gibt an anderer Stelle weniger aus.

Das kann wirtschaftlich sinnvoll sein, wenn ineffiziente Programme, unnötige Subventionen oder überflüssige Verwaltungsstrukturen reduziert werden.

Aber „Ausgaben kürzen“ ist solange nur eine Überschrift, bis genannt wird:

Welche Ausgabe?

Rente?

Bürgergeld?

Verteidigung?

Infrastruktur?

Familienleistungen?

Förderprogramme?

Verwaltung?

Entwicklungspolitik?

Zuschüsse an Sozialversicherungen?

Fast jeder große Ausgabenblock besitzt Empfänger, politische Ziele und gesetzliche Verpflichtungen.

Deshalb ist die konkrete Kürzung wesentlich schwieriger als die allgemeine Forderung nach einem „schlankeren Staat“.

Die OECD empfiehlt Deutschland ausdrücklich mehr Ausgabeneffizienz, stärkere Evaluierung von Programmen, Spending Reviews und eine bessere öffentliche Beschaffung.

Das ist etwas anderes als pauschale Kürzungen.

Effizienz bedeutet: dieselbe oder eine bessere Leistung mit weniger Ressourcen.



18.3 Möglichkeit zwei: Jemand anderes zahlt mehr Steuern

Eine zweite Möglichkeit besteht darin, Arbeit zu entlasten und dafür andere Steuerquellen stärker zu nutzen.

Genau diesen Ansatz empfiehlt beispielsweise die OECD.

Sie hält die effektive Belastung von Arbeit in Deutschland für hoch und verweist zugleich darauf, dass bestimmte Einnahmen aus Grundvermögen, Kapital- und Erbschaftsbesteuerung im internationalen Vergleich relativ niedrig sind. Die OECD empfiehlt deshalb unter anderem eine Verlagerung der Steuerbasis, um Spielraum für eine geringere Belastung von Arbeit zu schaffen.

Das ist ein wirtschaftspolitisches Konzept.

Aber auch hier gibt es keine kostenlose Entlastung.

Die Steuer verschwindet nicht.

Sie wechselt den Zahler oder die Steuerbasis.

Wer Arbeit entlastet und Immobilien stärker besteuert, entlastet Arbeitnehmer und belastet Eigentümer stärker.

Wer Kapitalerträge stärker besteuert, verändert die Rendite von Sparern und Investoren.

Wer Verbrauchsteuern erhöht, belastet Konsumenten.

Jede Steuerverlagerung erzeugt deshalb Gewinner und Verlierer.

18.4 Möglichkeit drei: Schulden

Eine dritte Möglichkeit ist Kreditaufnahme.

Gerade bei langfristigen Investitionen kann dies ökonomisch begründet werden.

Wenn eine Brücke, ein Stromnetz oder eine Schule über Jahrzehnte genutzt wird, lässt sich argumentieren, dass auch künftige Generationen einen Teil der Finanzierung tragen können.

Genau auf dieser Logik basiert das neue Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität.

Bis zu **500 Milliarden Euro** können über zwölf Jahre zusätzlich kreditfinanziert für Investitionen bereitgestellt werden.

Aber der Name „Sondervermögen“ darf nicht missverstanden werden.



Es handelt sich nicht um ein Sparbuch mit 500 Milliarden Euro Guthaben.

Es handelt sich um eine Kreditermächtigung.

Die Kredite werden entsprechend dem tatsächlichen Mittelbedarf aufgenommen.

Die Rückzahlung soll spätestens ab **1. Januar 2044** beginnen.

Und die Zinskosten trägt der reguläre Bundeshaushalt.

Auch Schulden sind deshalb keine kostenlose Finanzierung.

Sie verschieben Teile der Belastung in die Zukunft.

18.5 Entscheidend ist, wofür Schulden gemacht werden

Ein Kredit kann zukünftige Generationen belasten.

Er kann ihnen aber auch einen Vermögenswert hinterlassen.

Genau deshalb muss zwischen zwei Verwendungen unterschieden werden.

Wenn mit Schulden lediglich laufende Ausgaben finanziert werden, steht der zukünftigen Rückzahlung möglicherweise kein zusätzlicher wirtschaftlicher Vermögenswert gegenüber.

Wenn dagegen produktive Infrastruktur entsteht, kann diese Infrastruktur zukünftige Wertschöpfung erhöhen.

Das neue Sondervermögen ist rechtlich gerade deshalb auf zusätzliche Investitionen ausgerichtet.

Aber die ökonomische Qualität entscheidet sich nicht an der Bezeichnung des Haushaltstitels.

Entscheidend ist:

Was wurde tatsächlich gebaut, digitalisiert, modernisiert oder produktiver gemacht?

18.6 Die ersten Milliarden fließen – aber 500 Milliarden werden nicht auf einmal ausgegeben

Auch hier lohnt Genauigkeit.

2025 flossen nach Angaben des Bundesfinanzministeriums rund **24 Milliarden Euro** aus dem Sondervermögen ab.

Bis Ende Juni 2026 dokumentierte das BMF weitere Mittelabrufe und Bindungen; das Programm ist auf zwölf Jahre angelegt.



Der Satz

„Die Regierung gibt jetzt 500 Milliarden Euro aus“

wäre deshalb falsch.

Richtig ist:

Der Bund besitzt eine Kreditermächtigung bis zu 500 Milliarden Euro, die über viele Jahre entsprechend der tatsächlich finanzierten Investitionen genutzt werden kann.

18.7 Möglichkeit vier: Wirtschaftswachstum

Die angenehmste Finanzierungsquelle ist Wachstum.

Wenn Wirtschaft, Einkommen und Gewinne real wachsen, können Steuereinnahmen steigen, ohne dass zwingend die Steuersätze erhöht werden müssen.

Das bedeutet nicht, dass Wachstum sämtliche Haushaltsprobleme automatisch löst.

Aber eine wachsende Volkswirtschaft kann Renten, Infrastruktur und öffentliche Leistungen leichter finanzieren als eine dauerhaft stagnierende.

Genau deshalb konzentrieren sich OECD und Bundesbank so stark auf Produktivität, Investitionen, Arbeitsangebot und weniger Bürokratie.

Aber Wachstum besitzt einen entscheidenden Nachteil als Haushaltsargument:

Man kann es nicht einfach beschließen.

Ein Finanzminister kann eine Steuererhöhung im Gesetz festlegen.

Er kann nicht per Gesetz festlegen:

„Die Wirtschaft wächst ab morgen um zwei Prozent.“

Wachstum entsteht aus Millionen Entscheidungen von Beschäftigten, Unternehmen, Investoren und Konsumenten.

Politik kann die Bedingungen verbessern oder verschlechtern.

Garantieren kann sie das Ergebnis nicht.

18.8 Deshalb dürfen Steuersenkungen nicht allein mit erhofftem Wachstum finanziert werden

Die Vorstellung lautet häufig:



Wir senken Steuern.

Dadurch investieren und arbeiten Menschen mehr.

Die Wirtschaft wächst.

Und am Ende nimmt der Staat trotz niedrigerer Steuersätze genauso viel oder sogar mehr ein.

Ein solcher Effekt ist grundsätzlich möglich.

Aber seine Größe hängt stark von Ausgangslage, Steuerart und Reaktion der Wirtschaft ab.

Deshalb wäre es unseriös, jede Steuersenkung automatisch als vollständig „selbstfinanzierend“ zu behandeln.

Die Gegenrechnung muss zunächst stehen.

Zusätzliches Wachstum kann später einen Teil der Kosten kompensieren.

Es sollte aber nicht als garantiertes Geld verbucht werden, bevor es entstanden ist.

18.9 Möglichkeit fünf: Inflation – die schlechteste heimliche Finanzierung

Historisch existiert noch eine weitere Möglichkeit, staatliche Schulden real zu entwerten:

Inflation.

Steigen Preise und nominale Einkommen, verlieren alte nominale Schulden relativ an Gewicht.

Aber die Rechnung bezahlen dann unter anderem Sparer und diejenigen, deren Einkommen nicht schnell genug mit den Preisen steigt.

Genau die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie problematisch dieser Mechanismus für private Kaufkraft ist.

Der Verbraucherpreisindex lag im Juni 2026 bei **124,6 Punkten auf Basis 2020 = 100**. Das allgemeine Preisniveau war damit gegenüber 2020 um fast ein Viertel gestiegen.

Inflation ist deshalb keine Wohlstandslösung.

Sie kann finanzielle Verhältnisse verschieben.

Sie erzeugt aber keinen zusätzlichen realen Wohlstand.



18.10 Generationengerechtigkeit bedeutet mehr als „keine Schulden“

Auch die Debatte über Generationengerechtigkeit ist komplizierter.

Ein Staat kann zukünftigen Generationen hohe Schulden hinterlassen.

Er kann ihnen aber auch marode Straßen, langsame Netze, schlechte Schulen und eine überalterte Infrastruktur hinterlassen.

Beides besitzt einen Preis.

Deshalb ist Generationengerechtigkeit nicht einfach:

„Heute keine Kredite aufnehmen.“

Sie lautet vielmehr:

Welche finanziellen Verpflichtungen und welche realen Vermögenswerte hinterlassen wir?

Ein Kredit für eine dauerhaft nutzbare Infrastruktur kann anders bewertet werden als dieselbe Kreditaufnahme für rein kurzfristigen Konsum.

Aber auch die produktive Investition muss effizient sein.

Eine teure Fehlplanung wird nicht dadurch sinnvoll, dass sie aus einem Investitionsfonds bezahlt wurde.

18.11 Die Bilanz: Jede Entlastung hat einen Zahler – außer echter zusätzlicher Wertschöpfung

Am Ende existieren nur wenige grundlegende Finanzierungswege.

Eine Entlastung wird

durch geringere andere Staatsausgaben,

durch höhere Einnahmen an anderer Stelle,

durch Kredite,

oder durch zusätzliche wirtschaftliche Wertschöpfung finanziert.

Meistens handelt es sich um eine Mischung.

Damit gibt es für politische Versprechen einen einfachen Kontrollsatz:



Wenn eine Partei zehn Milliarden Euro Entlastung verspricht, muss die nächste Frage lauten: Wo stehen die zehn Milliarden auf der anderen Seite der Rechnung?

Wer darauf keine belastbare Antwort gibt, hat noch kein Finanzierungskonzept.

Er hat zunächst nur eine Entlastungsforderung.

19. Der realistische Reformweg: Was ein tragfähiges Wohlstandspaket leisten müsste

Nach allen bisherigen Kapiteln wäre es einfach, selbst ein neues politisches Wunschprogramm aufzustellen.

Steuern runter.

Renten hoch.

Strom billiger.

Mehr Wohnungen.

Mehr Investitionen.

Mehr Pflege.

Mehr Bildung.

Weniger Bürokratie.

Und selbstverständlich keine neuen Schulden.

Das Problem:

Alles gleichzeitig maximal zu versprechen ist keine Politik. Es ist Mathematikverweigerung.

Ein realistisches Reformpaket müsste deshalb Prioritäten setzen.

Nicht anhand einer Partei.

Sondern anhand der wirtschaftlichen Engpässe, die sich aus den Daten tatsächlich ergeben.

19.1 Erste Priorität: Arbeit stärker belohnen

Der erste Ansatzpunkt liegt bei der hohen Belastung von Erwerbsarbeit.



Deutschland benötigt Beschäftigte.

Es benötigt zusätzliche Arbeitsstunden.

Es benötigt Fachkräfte.

Und es benötigt Menschen, die bereit sind, Verantwortung, Weiterbildung und beruflichen Aufstieg zu übernehmen.

Gleichzeitig gehört Deutschland beim OECD-Tax-Wedge des alleinstehenden Durchschnittsverdieners ohne Kinder zur Spitzengruppe.

Ein tragfähiges Reformpaket müsste deshalb darauf zielen:

Zusätzliche Arbeit muss sich im verfügbaren Einkommen spürbarer bemerkbar machen.

Das kann über Einkommensteuer, Sozialbeiträge und Transferentzugsraten geschehen.

Welche Kombination politisch gewählt wird, ist eine Verteilungsentscheidung.

Das Ziel ist ökonomisch klarer:

Der Abstand zwischen zusätzlicher Leistung und zusätzlichem Netto sollte nicht unnötig groß sein.

19.2 Zweite Priorität: Sozialstaat finanzieren – nicht nur Beiträge verschieben

Deutschland kann seine Sozialversicherungen nicht einfach abschaffen.

Millionen Menschen sind auf gesetzliche Rente, Krankenversicherung und Pflege angewiesen.

Gleichzeitig wachsen die demografischen Belastungen.

Deshalb reicht es nicht, Beiträge politisch einzufrieren und die Differenz unbegrenzt aus dem Bundeshaushalt auszugleichen.

Das würde den Steuerzahler lediglich anstelle des Beitragszahlers belasten.

Ein tragfähiger Reformweg müsste deshalb gleichzeitig fragen:

Welche Leistungen sind notwendig?

Welche Strukturen sind ineffizient?

Wo lassen sich Versorgung und Verwaltung produktiver organisieren?



Welche Leistungen sollen beitrags- und welche steuerfinanziert sein?

Und:

Wie kann das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern langfristig stabilisiert werden?

Die OECD sieht gerade bei Rente, Gesundheit und Pflege erheblichen Reformbedarf aufgrund des demografischen Ausgabendrucks.

19.3 Dritte Priorität: Bauen statt Wohnungsmangel verwalten

Deutschland braucht Mieterschutz.

Aber Mieterschutz allein erzeugt keinen zusätzlichen Quadratmeter Wohnraum.

Deutschland braucht Wohngeld.

Aber Wohngeld allein erzeugt ebenfalls keine neue Wohnung.

Deshalb muss ein langfristiges Wohnkonzept stärker auf die Angebotsseite zielen:

schnellere Planung,

schnellere Genehmigungen,

verlässliche Rahmenbedingungen,

ausreichende Bauflächen,

leistungsfähige Bauwirtschaft,

und eine Prüfung kostentreibender Vorgaben.

Genau dort setzt auch die OECD mit ihrer Kritik an komplizierten und regional unterschiedlichen Verfahren an.

Ob der seit 2025 beschlossene Bau-Turbo oder die weiteren Reformen der Bundesregierung ausreichen, kann im August 2026 noch nicht seriös bewertet werden.

Die Fertigstellungszahlen der kommenden Jahre werden darüber entscheiden.

19.4 Vierte Priorität: Infrastrukturinvestitionen müssen Produktivität erzeugen

Deutschland besitzt nun außergewöhnlich große finanzielle Investitionsspielräume.



Aber Geld ist nicht das Ziel.

Es ist das Mittel.

Eine neue Bahnstrecke kann Produktivität erhöhen.

Ein funktionierendes digitales Verwaltungsverfahren kann Zeit und Kosten sparen.

Schnelle Stromnetze können Investitionen ermöglichen.

Eine sanierte Schule kann bessere Bildungsbedingungen schaffen.

Aber nur, wenn das Projekt tatsächlich funktioniert.

Das Bundesfinanzministerium hat für das 500-Milliarden-Sondervermögen inzwischen ein Wirkungsmonitoring eingerichtet, das Fortschritt und Zielerreichung dokumentieren soll.

Das ist grundsätzlich der richtige Maßstab:

Nicht Mittelabfluss allein. Wirkung.

Die entscheidende Zahl darf am Ende nicht lauten:

„Wir haben 100 Milliarden ausgegeben.“

Sie muss lauten:

„Was funktioniert danach besser als vorher?“

19.5 Fünfte Priorität: Bürokratie nicht nur zählen, sondern streichen und vereinfachen

Die neue Bundesbank-Untersuchung macht deutlich, dass Bürokratielasten inzwischen wirtschaftlich messbar relevant sind.

Ein Reformprogramm müsste deshalb jede neue Pflicht stärker unter drei Fragen stellen:

Welches Problem löst sie?

Ist die verlangte Information bereits an anderer Stelle vorhanden?

Kann derselbe Zweck digital, automatisch oder einfacher erreicht werden?

Dabei darf Bürokratieabbau nicht mit Rechtsabbau verwechselt werden.

Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Umweltschutz und Finanzkontrolle besitzen legitime Zwecke.



Die Frage lautet nicht:

„Regel oder keine Regel?“

Sondern:

„Wie erreicht die Regel ihren Zweck mit möglichst wenig unproduktiver Nebenarbeit?“

19.6 Sechste Priorität: Mehr Arbeitskräfte – ohne die Rechnung auf eine einzige Gruppe abzuwälzen

Deutschland steht vor einem demografischen Problem.

Dafür gibt es ebenfalls keine einzelne Wunderlösung.

Mehr Kinder wirken erst sehr langfristig auf den Arbeitsmarkt.

Mehr Zuwanderung kann helfen, benötigt aber Qualifikation und Integration.

Mehr Vollzeitarbeit kann helfen, benötigt aber Betreuung und wirtschaftliche Anreize.

Längeres Arbeiten kann helfen, ist aber je nach Beruf und Gesundheit unterschiedlich realistisch.

Die Bundesbank sieht das sinkende Arbeitsangebot als einen wesentlichen Faktor des schwächeren deutschen Produktionspotenzials in den kommenden Jahren.

Damit ist jede einfache Parole unzureichend.

Deutschland wird wahrscheinlich mehrere Wege gleichzeitig benötigen:

höhere Erwerbsbeteiligung,

bessere Qualifikation,

gezielte Fachkräftezuwanderung,

mehr Produktivität

und bessere Bedingungen für diejenigen, die länger arbeiten können und wollen.

19.7 Siebte Priorität: Vermögensbildung darf nicht erst bei hohem Einkommen beginnen

Wenn Bürger zusätzlich privat für Alter und Krisen vorsorgen sollen, benötigen sie einen Überschuss.



Genau hier schließt sich der Kreis des gesamten Dossiers.

Hohe Wohnkosten.

Hohe Abgaben.

Hohe Energiepreise.

Geringe Sparfähigkeit.

Sie alle reduzieren die Möglichkeit, Vermögen aufzubauen.

Die OECD empfiehlt Deutschland unter anderem eine stärkere kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge.

Die Alterssicherungskommission hat 2026 ebenfalls eine zusätzliche kapitalgedeckte Säule vorgeschlagen.

Welche konkrete Konstruktion am Ende gewählt wird, ist politisch offen.

Aber ein Grundproblem bleibt unabhängig vom Modell:

Wer privat vorsorgen soll, muss vorher Geld zum Vorsorgen besitzen.

Ein tragfähiges Wohlstandskonzept kann deshalb Altersvorsorge nicht von Nettoentlastung und Wohnkosten trennen.

19.8 Achte Priorität: Jede Reform braucht eine Erfolgskontrolle

Vielleicht ist dies der unspektakulärste und gleichzeitig wichtigste Punkt.

Politik müsste wesentlich häufiger vorher festlegen:

Welches konkrete Ergebnis soll erreicht werden?

Nicht:

„Wir stellen zwei Milliarden bereit.“

Sondern:

„Dadurch soll X messbar besser werden.“

Dann muss nach zwei, drei oder fünf Jahren geprüft werden:

Hat es funktioniert?



Wenn nein:

Warum nicht?

Wird das Programm verändert?

Oder beendet?

Die OECD empfiehlt Deutschland ausdrücklich eine stärkere Wirkungsevaluierung staatlicher Maßnahmen und umfassendere Spending Reviews.

Das klingt technisch.

In Wirklichkeit ist es eine der politisch härtesten Forderungen überhaupt.

Denn sie bedeutet:

Auch ein gut gemeintes Programm muss beendet werden können, wenn es nachweislich nicht funktioniert.

19.9 Was dieses Reformpaket ausdrücklich nicht ist

Es ist kein Parteiprogramm.

Einzelne Elemente finden sich bei CDU/CSU und SPD.

Andere bei AfD, Grünen oder Linken.

Wieder andere stammen aus Empfehlungen von OECD, Bundesbank oder Sachverständigen.

Genau das ist der Punkt.

Eine wirtschaftliche Maßnahme wird nicht dadurch richtig oder falsch, welche Partei ihren Namen darunter setzt.

Sie muss danach beurteilt werden,

welches Problem sie lösen soll,

welche Kosten sie verursacht,

wer davon profitiert,

wer dafür bezahlt,

und welche Wirkung tatsächlich messbar entsteht.



19.10 Die Bilanz: Wohlstand kann nicht dauerhaft subventioniert werden

Ein Staat kann einen Energiepreis bezuschussen.

Er kann eine Miete unterstützen.

Er kann einen Beitrag stabilisieren.

Er kann Steuern senken.

Aber wenn die zugrunde liegende Wirtschaft dauerhaft zu wenig Produktivität und Wachstum erzeugt, können immer größere Transfers den Wohlstand nicht unbegrenzt ersetzen.

Der langfristige Kern lautet deshalb:

Deutschland muss mehr reale wirtschaftliche Leistung je eingesetzter Ressource erzeugen – und gleichzeitig dafür sorgen, dass von diesem Wohlstand bei arbeitenden Haushalten genügend verfügbar bleibt.

Das ist schwieriger als ein einzelner Steuerbonus.

Aber es ist auch die einzige Antwort, die über eine Legislaturperiode hinaus trägt.

20. Schlussbilanz: Werden wir wirklich alle ärmer?

Nach zwanzig Kapiteln lässt sich die Ausgangsfrage beantworten.

Nein. Wir werden nicht alle ärmer.

Aber damit ist die beruhigende Hälfte der Antwort bereits zu Ende.

Denn genauso falsch wäre:

„Deutschland ist reich, also gibt es kein Wohlstandsproblem.“

Die Daten zeigen ein wesentlich widersprüchlicheres Land.

20.1 Die Verarmung Deutschlands lässt sich mit den Daten nicht belegen

Beginnen wir mit den Gegenbeweisen.



Die Reallöhne sind nach dem starken Einbruch wieder gestiegen.

2025 lagen sie **1,9 Prozent über dem Vorjahr**.

Der Reallohnindex erreichte damit 100 Punkte und lag nahezu wieder auf dem Niveau von 2019 mit 100,5 Punkten.

Deutschland gehört außerdem weiterhin zu den Ländern mit einem sehr hohen materiellen Lebensstandard.

Der kaufkraftbereinigte tatsächliche Individualkonsum lag 2025 **20 Prozent über dem EU-Durchschnitt**.

Nur Luxemburg lag höher.

Ein Land mit diesen Zahlen ist kein verarmtes Land.

Das muss klar gesagt werden.

20.2 Aber die Preise sind nicht zurückgegangen

Die andere Hälfte der Geschichte beginnt beim Preisniveau.

Im Juni 2026 lag der Verbraucherpreisindex bei **124,6 Punkten auf Basis 2020 = 100**.

Das allgemeine Verbraucherpreisniveau lag damit rund **24,6 Prozent über 2020**.

Niedrigere Inflationsraten haben diese Preissteigerungen nicht rückgängig gemacht.

Deshalb mussten viele Einkommenszuwächse zunächst einen verlorenen Abstand wieder aufholen.

Genau das zeigt der Reallohnindex:

Trotz erheblich höherer nominaler Löhne lag die reale durchschnittliche Lohnkaufkraft 2025 erst ungefähr wieder auf dem Stand von 2019.

Das ist kein dauerhafter Absturz.

Aber es ist auch kein großer Wohlstandssprung.

20.3 Entscheidend ist nicht der Durchschnitt – sondern der Haushalt

Damit beantwortet sich auch die Frage, warum Menschen dieselbe wirtschaftliche Lage völlig unterschiedlich erleben.

Ein Haushalt mit



zwei guten Einkommen,
einer abbezahlten Immobilie,
Rücklagen
und Wertpapieren
kann dieselbe Inflationsphase relativ gut überstehen.
Ein Haushalt mit
einem niedrigen Einkommen,
hoher Miete,
keinem Vermögen
und steigenden Fixkosten
erlebt denselben Preisschock vollkommen anders.

Die Inflation ist dieselbe.

Die wirtschaftliche Wirkung ist es nicht.

Genau deshalb war die Ausgangsfrage

„Werden wir alle ärmer?“

von Anfang an zu grob gestellt.

20.4 Millionen Menschen besitzen weiterhin sehr wenig Spielraum

Nach den endgültigen EU-SILC-Daten für 2025 waren **16,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet**.

21,2 Prozent waren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Diese Zahlen bedeuten nicht, dass jeder fünfte Einwohner existenziell verarmt ist.

Sie zeigen aber, wie groß die Gruppe ist, deren finanzieller Spielraum eingeschränkt oder durch zusätzliche soziale Risiken belastet ist.

Besonders gefährdet sind unter anderem Alleinlebende, Alleinerziehende, Arbeitslose und Teile der älteren Bevölkerung. Für Menschen ab 65 Jahren lag die Armutsgefährdungsquote 2025 bei **19,5 Prozent**.



Damit existiert in einem insgesamt wohlhabenden Land gleichzeitig ein erheblicher Bereich wirtschaftlicher Verletzlichkeit.

20.5 Die deutsche Mittelschicht ist nicht verschwunden – aber das Aufstiegsversprechen ist schwieriger geworden

Auch die Mittelschicht ist nicht zusammengebrochen.

Sie bildet weiterhin einen großen Teil der Gesellschaft.

Der langfristige OECD-Vergleich zeigt aber, dass sie kleiner ist als Mitte der 1990er-Jahre und besonders die untere Mitte strukturell verletzlich ist.

Entscheidend ist dabei nicht allein, ob jemand statistisch zur Mittelschicht gehört.

Entscheidend ist:

Kann er aus seinem Einkommen Vermögen aufbauen?

Denn ein Haushalt, der sämtliche laufenden Rechnungen bezahlen kann, aber über Jahrzehnte kaum Rücklagen bildet, ist wirtschaftlich weniger sicher, als dieselbe Einkommensstatistik vermuten lässt.

20.6 Deutschland besitzt ein Abgabenproblem – aber nicht jede populäre Zahl bedeutet dasselbe

Deutschland erreichte 2025 im nationalen Zeitvergleich eine außergewöhnlich hohe Abgabenbelastung.

Beim OECD-Tax-Wedge für den alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder lag Deutschland mit 49,3 Prozent auf Platz zwei.

Das bedeutet nicht, dass jedem Arbeitnehmer persönlich die Hälfte seines Bruttolohns abgezogen wird.

Aber es bedeutet:

Arbeit wird im internationalen Vergleich sehr stark mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet.

Und wenn gleichzeitig private Vorsorge, Wohneigentum und Vermögensbildung stärker erwartet werden, entsteht ein struktureller Konflikt.

Der Staat benötigt Einnahmen.

Der Bürger benötigt einen Überschuss.



Beides muss aus derselben wirtschaftlichen Leistung finanziert werden.

20.7 Das Wohnungsproblem ist gleichzeitig ein Vermögensproblem

Deutschland besitzt im europäischen Vergleich einen außergewöhnlich hohen Mieteranteil.

Gleichzeitig binden Wohnkosten für viele Haushalte erhebliche Teile ihres verfügbaren Einkommens.

Damit wird Wohnen doppelt relevant.

Es entscheidet über den monatlichen finanziellen Spielraum.

Und es beeinflusst, ob Wohnkosten langfristig teilweise in eigenes Vermögen umgewandelt werden oder ausschließlich als laufende Ausgabe anfallen.

Deshalb ist die Wohnungsfrage keine Nebenfrage dieses Dossiers.

Sie gehört in den Kern der deutschen Wohlstandsdebatte.

20.8 Die Politik trägt Verantwortung – aber nicht eine einzige Regierung

Auch die politische Bilanz fällt nicht bequem aus.

Der Atomausstieg reicht über mehrere Regierungs- und Oppositionsparteien hinweg.

Die CO₂-Bepreisung begann vor der Ampel.

Die Pandemie und der Ukrainekrieg erzeugten externe Schocks.

Die Ampel reagierte mit Energiepreisbremsen, Steuerkorrekturen und einer kurzfristigen Laufzeitverlängerung der letzten Kernkraftwerke, verfehlte aber beispielsweise ihr eigenes Wohnungsbauziel deutlich.

Seit 2025 tragen CDU/CSU und SPD die Regierungsverantwortung und haben inzwischen eigene Energie-, Wohnungs-, Renten-, Gesundheits- und Steuermaßnahmen beschlossen oder eingeleitet.

Auch deren Wirkung muss anschließend an den Daten gemessen werden.

Die politische Akte führt deshalb nicht zu einem einzigen Schuldigen.

Sie führt zu einer Verantwortungskette über mehrere Regierungen hinweg.

20.9 Auch die Opposition besteht nicht aus einem Block



AfD, Grüne und Linke kritisieren teilweise dieselben Belastungen.

Aber ihre Lösungen unterscheiden sich teilweise fundamental.

Die AfD setzt stärker auf Steuer- und Abgabensenkungen und einen Abbau der CO₂-Bepreisung.

Die Grünen kombinieren Entlastungen stärker mit sozial- und klimapolitischen Instrumenten und einer anderen steuerlichen Gegenfinanzierung.

Die Linke setzt stärker auf Umverteilung, höhere Freibeträge unten und stärkere Belastungen hoher Einkommen und Vermögen.

Und bei einzelnen Fragen stimmen völlig unterschiedliche Oppositionsparteien sogar gemeinsam.

Damit ist auch die Opposition nur dann seriös zu beurteilen, wenn ihre konkreten Anträge und Abstimmungen geprüft werden.

Parteietiketten reichen dafür nicht.

20.10 Die eigentliche deutsche Wohlstandsfrage lautet anders

Nach sämtlichen Daten dieses Dossiers müsste die Ausgangsfrage deshalb neu formuliert werden.

Nicht:

„Werden wir alle ärmer?“

Sondern:

„Erzeugt Deutschland noch genügend zusätzlichen realen Wohlstand – und bleibt davon bei den Menschen, die ihn erarbeiten, genügend übrig, um selbst wirtschaftliche Sicherheit aufzubauen?“

Das ist die entscheidendere Frage.

Denn Wohlstand bedeutet nicht nur Konsum.

Wohlstand bedeutet:

Rechnungen bezahlen zu können.

Rücklagen zu besitzen.

Eine Krise überstehen zu können.



Für das Alter vorzusorgen.

Eigentum oder anderes Vermögen bilden zu können.

Und nicht bei jeder unerwarteten Ausgabe wirtschaftlich ins Rutschen zu geraten.

20.11 Was müsste sich ändern?

Die Untersuchung dieses Dossiers führt zu keinem einzelnen Wundermittel.

Aber mehrere Problemfelder treten immer wieder hervor:

Arbeit muss sich stärker lohnen.

Sozialversicherung muss langfristig finanzierbar bleiben.

Wohnraum muss schneller und günstiger entstehen können.

Energie muss strukturell wettbewerbsfähiger werden.

Bürokratie muss einfacher werden.

Investitionen müssen tatsächlich Produktivität erzeugen.

Arbeitsangebot und Qualifikation müssen mit der demografischen Entwicklung Schritt halten.

Vermögensbildung muss auch für normale Erwerbseinkommen möglich bleiben.

Und über allem steht:

Deutschland braucht wieder dauerhaft höhere Produktivitäts- und Wachstumsraten.

Denn Wohlstand lässt sich verteilen.

Er lässt sich besteuern.

Er lässt sich subventionieren.

Er lässt sich auf Kredit vorziehen.

Aber dauerhaft kann nur verteilt werden, was vorher erwirtschaftet wurde.

20.12 Die endgültige Antwort

Werden wir wirklich alle ärmer?

Nein.



Ein Teil der Bevölkerung hat reale Einkommensverluste inzwischen wieder aufgeholt.

Andere Haushalte besitzen Vermögen und hohe finanzielle Reserven.

Deutschland gehört beim materiellen Konsum weiterhin zur europäischen Spitze.

Aber:

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung besitzt weniger wirtschaftlichen Spielraum, als höhere nominale Einkommen vermuten lassen.

Das Preisniveau liegt deutlich über 2020.

Arbeit ist hoch belastet.

Wohnen bindet erhebliche Einkommen.

Millionen Menschen besitzen geringe Reserven.

Und Vermögen ist sehr ungleich verteilt.

Deshalb ist die richtige Schlussfolgerung weder Untergang noch Entwarnung.

Sie lautet:

Deutschland ist weiterhin ein wohlhabendes Land. Aber für einen Teil seiner Bevölkerung ist es schwieriger geworden, aus eigener Arbeit Schritt für Schritt mehr Wohlstand und dauerhafte wirtschaftliche Sicherheit aufzubauen.

Genau daran sollte Politik gemessen werden.

Nicht an der Frage, wie viele Milliarden sie verteilt.

Nicht an der Zahl ihrer Förderprogramme.

Nicht an Pressekonferenzen.

Sondern an einem wesentlich einfacheren Ergebnis:

Kann ein Mensch, der arbeitet und Verantwortung übernimmt, nach Steuern, Sozialabgaben und notwendigen Lebenshaltungskosten noch genügend behalten, um sein eigenes Leben wirtschaftlich voranzubringen?

Wenn die Antwort für immer mehr Menschen Nein lautet, besitzt ein reiches Land ein Wohlstandsproblem.

Wenn sie wieder häufiger Ja lautet, ist das der beste Beweis dafür, dass wirtschaftliche Politik tatsächlich funktioniert.



Quellenbasis Kapitel 17 bis 20

Für die Reform- und Wachstumskapitel wurden insbesondere die aktuellen Analysen der **OECD**, der **Deutschen Bundesbank**, des **Statistischen Bundesamtes** und des **Bundesfinanzministeriums** herangezogen. Die OECD empfiehlt Deutschland unter anderem eine geringere Belastung von Arbeit, höhere Ausgabeneffizienz, weniger Bürokratie und Reformen zur Stärkung des Arbeitsangebots und der Produktivität.

Die aktuellen Angaben zu Bürokratiekosten beruhen auf dem **Bundesbank-Monatsbericht Juli 2026**. Die dort genannten möglichen Produktivitätseffekte sind modellbasierte Schätzungen und werden entsprechend nicht als exakt gemessener Kausalwert dargestellt.

Die Angaben zum **500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität**, seiner Kreditfinanzierung, Laufzeit und späteren Tilgung beruhen auf dem aktuellen Rechts- und Informationsstand des Bundesfinanzministeriums.

Die Schlussbilanz zu Preisniveau, Reallöhnen und Armutsgefährdung beruht auf den aktuellen Daten des **Statistischen Bundesamtes**.

Der internationale Gegenbefund zum materiellen Wohlstand Deutschlands beruht auf den **Eurostat-Kaufkraftdaten 2025**: Der tatsächliche Individualkonsum pro Kopf lag in Deutschland 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Am Ende beantwortet keine Statistik die persönliche Wohlstandsfrage so unmittelbar wie der Blick ins eigene Portemonnaie oder auf den Kontoauszug: Bleibt nach einem Monat Arbeit und nach Miete, Energie, Lebensmitteln, Versicherungen, Mobilität, Steuern und Sozialabgaben heute tatsächlich mehr übrig als noch vor einigen Jahren – oder ist nur die Zahl auf dem Gehaltszettel größer geworden?

Quellenregister Kapitel 9 bis 12

Kapitel 9 – Familien unter Druck

Kindergeld 2026 – 259 Euro je Kind

Familienportal des Bundes: „Was ist Kindergeld?“

<https://familienportal.de/familienportal/familienleistungen/kindergeld/faq/was-ist-kindergeld--124914>

Teilzeit von Müttern und Vätern 2025 – 66,4 % gegenüber 8,6 %

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom Mai 2026.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_N035_13.html?nn=2110

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 1. August 2026

Bundesregierung: stufenweise Einführung zunächst für die erste Klasse, vollständige



Ausweitung auf Klassen 1 bis 4 bis 2029/30.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/recht-auf-ganztagsfoerderung-2386432>

Bundesmittel für Kinderbetreuung 2026–2029 – jährlich eine Milliarde Euro

Deutscher Bundestag, Haushaltsgesetz 2026 und Finanzplan.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw48-de-haushaltsgesetz-2026-zweite-lesung-1126156>

1,62 Millionen Alleinerziehende; Armutsgefährdung 28,9 %

Statistisches Bundesamt, 23. Juli 2026.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/07/PD26_N051_12.html

Gender Pension Gap 2025 – 36,0 % ohne Hinterbliebenenleistungen, 24,2 % einschließlich dieser Leistungen

Statistisches Bundesamt, EU-SILC-Endergebnisse 2025.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrderung/Tabellen/einkommen-gender-pension-gap.html>

Kindergrundsicherung der Ampel – Bundestagsdrucksache 20/9092

Deutscher Bundestag: erste Beratung vom 9. November 2023 einschließlich direktem Zugang zum Gesetzentwurf.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-de-kindergrundsicherung-975454>

Antragsloses Kindergeld – Beschluss vom 9. Juli 2026; Drucksachen 21/5874, 21/6003, 21/6979 und 21/6992

Die Seite enthält zugleich Regierungsvorlage, AfD-Gesetzentwurf, Grünen-Entschließungsantrag und das tatsächliche Abstimmungsverhalten.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw28-de-antragsloses-kindergeld-1192542>

Kapitel 10 – Rente

Rentenanpassung zum 1. Juli 2026 – +4,24 %, Rentenwert 42,52 Euro

Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

<https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2026/bundeskabinett-beschliesst-rentenanpassung-2026.html>

Nettoäquivalenzeinkommen 2025 nach Alter

Statistisches Bundesamt: Median der Personen ab 65 Jahren 24.940 Euro jährlich.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrderung/Tabellen/einkommen-sozdem.html>

Armutsgefährdung ab 65 Jahren – 19,5 %

Statistisches Bundesamt, EU-SILC 2025.



<https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefaehrung.html>

Rentenpaket 2025 – 48-Prozent-Haltelinie und Mütterrente III

BMAS mit Finanzierung, Inkrafttreten und Umsetzungsdaten.

<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/rentenreform-2025.html>

Namentliche Abstimmung Rentenpaket vom 5. Dezember 2025 – 318 Ja / 225 Nein / 53 Enthaltungen

Deutscher Bundestag.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=985>

Demografischer Reformdruck – Sozialversicherungsbeiträge 42,3 % 2026; Simulation 45,4 % 2030 und 49,7 % 2040

Sachverständigenrat Wirtschaft, Frühjahrsgutachten 2026.

<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fruehjahrsgutachten-2026.html>

33 Empfehlungen der Alterssicherungskommission vom 23. Juni 2026

BMAS – Originaldokument.

<https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziales/empfehlungen-der-rentenkommission-bmas-juni-2026.html>

Kapitel 11 – Deutschland im internationalen Vergleich

Tatsächlicher Individualkonsum 2025 – Deutschland 20 % über EU-Durchschnitt

Eurostat, 17. Juni 2026.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260617-2>

OECD Tax Wedge 2025 – Deutschland 49,3 %, Belgien 52,5 %, OECD 35,1 %

OECD, *Taxing Wages* 2026.

https://www.oecd.org/en/publications/2026/04/taxing-wages-2026_d1f39986.html

Arbeitskosten 2025 – Deutschland 45,00 Euro, EU 34,90 Euro

Statistisches Bundesamt, 29. April 2026.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/04/PD26_148_624.html

Haushaltsstrompreise im zweiten Halbjahr 2025 – Deutschland 38,69 Euro je 100 kWh

Eurostat, 5. Mai 2026.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260505-1>

Strompreise für Nicht-Haushaltskunden – Deutschland 22,64 Euro je 100 kWh

Eurostat, 8. Mai 2026.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260508-2>

Wohneigentum, Mieteranteil und Wohnkosten im EU-Vergleich

Eurostat, *Housing in Europe – 2025 edition*. Die Seite enthält sowohl Deutschlands 53-prozentigen Mieteranteil als auch die Wohnkostenquote von 25 %.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/housing-2025>



Armutsgefährdung EU 2025 – 16,3 %

Eurostat, 26. Mai 2026.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260526-2>

AROPE – Armut oder soziale Ausgrenzung EU 2025: 20,9 %

Eurostat, 30. April 2026.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260430-1>

Künftige Rentenersatzrate – Deutschland 53,3 %, OECD 63,2 %; mit freiwilliger Vorsorge 68,0 %

OECD, *Pensions at a Glance 2025 – Germany*.

https://www.oecd.org/en/publications/pensions-at-a-glance-2025-country-notes_8a53ef12-en/germany_c480c8fa-en.html

Kapitel 12 – Was ist Krise, und was ist Politik?

Inflationsentwicklung 2021 – 0,3 % auf 2,6 %, Dezember 2021 bereits 5,0 %

Europäische Zentralbank, Jahresbericht 2021. Die EZB beschreibt dort Energiepreise, Wiederöffnung, Angebotsengpässe und Basiseffekte ausdrücklich als Ursachenkomplex.

<https://www.ecb.europa.eu/press/annual-reports-financial-statements/annual/html/ecb.ar2021~14d7439b2d.de.html>

Gas- und Strompreisbremsen – Bundestagsbeschluss vom 15. Dezember 2022

Deutscher Bundestag: Gesamtübersicht mit Gesetzentwürfen und Abstimmungsergebnissen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-energiepreisbremse-924550>

Namentliche Abstimmung Gas-/Wärmepreisbremse – 370 / 256 / 33

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=829>

Namentliche Abstimmung Strompreisbremse – 373 / 187 / 101

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=830>

Wirtschaftlicher Abwehrschirm – Finanzierungsrahmen bis zu 200 Milliarden Euro

Bundesfinanzministerium, Oktober 2022.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/10/Inhalte/Kapitel-2b-Schlaglicht/2b-mit-entschlossenheit-durch-die-energiekrise.html>

Haushaltsansätze 2023 – Gaspreisbremse 40,3 Milliarden Euro, Strompreisbremse 43,0 Milliarden Euro

Bundesfinanzministerium.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2023/02/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-sollbericht-2023.html>

Kalte Progression und Inflationsausgleichsgesetz

Bundesfinanzministerium.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/kalte-progression.html>

Steuerentlastungs-Einigung vom 2. Juli 2026

Bundesfinanzministerium: Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld,



Arbeitnehmerpauschbetrag und Veränderungen am Einkommensteuertarif.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/koalitionsausschuss-einigung-auf-steuerentlastung.html>

Oppositionsvorschläge von Grünen und Linken vom 25. Juni 2026 – Drucksachen 21/6644 und 21/6645

Deutscher Bundestag.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw26-de-einkommen-1184318>

Quellenbasis Kapitel 13 bis 16 – Direktquellen

Atomausstieg 2011 – Änderung des Atomgesetzes, namentliche Abstimmung vom 30. Juni 2011.

Gesamtergebnis: 513 Ja, 79 Nein, 8 Enthaltungen; auf der Bundestagsseite ist auch das Abstimmungsverhalten nach Fraktionen abrufbar.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=49>

Nationaler CO₂-Preis – Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes 2020.

Der Bundestag dokumentiert die Preisstufen von 25 Euro je Tonne 2021 über 55 Euro 2025 bis zum Preiskorridor von 55 bis 65 Euro 2026 sowie das damalige Abstimmungsverhalten der Fraktionen.

<https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2020/kw41-de-brennstoffemissionshandelsgesetz-795992>

Laufzeitverlängerung der letzten Kernkraftwerke 2022 – 19. Atomgesetzänderung.

Namentliche Abstimmung vom 11. November 2022: 375 Ja, 216 Nein, 70 Enthaltungen.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=817>

Gas- und Wärmepreisbremse 2022 – namentliche Abstimmung.

Am 15. Dezember 2022: 370 Ja, 256 Nein, 33 Enthaltungen. Die Seite enthält außerdem die Fraktionsergebnisse.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=829>

Strompreisbremse 2022 – namentliche Abstimmung.

Am 15. Dezember 2022: 373 Ja, 187 Nein, 101 Enthaltungen.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=830>

Wohnungsbauziel der Ampel – 400.000 neue Wohnungen jährlich, davon 100.000 öffentlich gefördert.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-1992008>

Tatsächliche Baufertigstellungen – amtliche Zeitreihe.

Destatis weist 295.275 Wohnungen für 2022, 294.399 für 2023, 251.937 für 2024 und 206.586 für 2025 aus.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Bauen/Tabellen/baufertigstellungen.html>



Baufertigstellungen 2025 – endgültige Jahresdaten.

Destatis, Pressemitteilung Nr. 174 vom 22. Mai 2026: rund 206.600 fertiggestellte Wohnungen, 18,0 Prozent weniger als 2024.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_174_31121.html

Kindergrundsicherung der Ampel – Gesetzentwurf 20/9092.

Der Bundestag dokumentiert Einbringung und parlamentarische Beratung des Regierungsentwurfs von 2023.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-de-kindergrundsicherung-975454>

Energieentlastungen der Bundesregierung ab 2026.

Bundesregierung: Abschaffung der Gasspeicherumlage, 6,5 Milliarden Euro Bundeszuschuss zu den Netzentgelten und dauerhaft abgesenkte Stromsteuer für rund 600.000 produzierende Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft; die Bundesregierung beziffert die Entlastung bei den Energiekosten insgesamt auf rund zehn Milliarden Euro.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/das-kann-deutschland/das-kann-deutschland-wirtschaft-2391292>

Temporäre Energiesteuersenkung auf Benzin und Diesel 2026 – „Tankrabatt“.

Der Bundestag beschloss die Senkung am 24. April 2026 mit 451 Ja- gegen 134 Nein-Stimmen. Die Entlastung betrug einschließlich Umsatzsteuer ungefähr 17 Cent je Liter und war für Mai und Juni 2026 vorgesehen.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=999>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1165456>

„Bau-Turbo“ – Beschluss vom 9. Oktober 2025.

CDU/CSU und SPD stimmten dafür; AfD, Grüne und Linke dagegen. Kernstück ist der neue § 246e BauGB.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw41-de-wohnungsbau-1111794>

GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz 2026.

Namentliche Abstimmung vom 10. Juli 2026: 318 Ja, 284 Nein, 4 Enthaltungen; Drucksachen 21/6130, 21/6559 und 21/7016.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=1013>

Einkommensteuerreform – Einigung der Koalition vom 2. Juli 2026.

Das BMF dokumentiert unter anderem geplante Erhöhungen von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld und Arbeitnehmerpauschbetrag, Veränderungen am Einkommensteuertarif sowie ein Entlastungsvolumen von rund zehn Milliarden Euro jährlich. Vorgesehen ist ein Inkrafttreten zum 1. Januar 2027; die volle Wirkung wird für 2028 angegeben.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/koalitionsausschuss-einigung-auf-steuerentlastung.html>

AfD-Vorschläge zur Senkung von Energie- und Stromsteuern 2026.

Der Bundestag dokumentiert die Gesetzentwürfe der AfD zur Senkung der Strom- und Energiesteuer, zur Umsatzsteuer auf Gas sowie zur Abschaffung des nationalen CO₂-Emissionshandels. Die Vorlagen wurden anschließend abgelehnt.



<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw24-de-energie-stromsteuer-1183576>
<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1183962>
<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1183960>
<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1183964>
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw26-de-abschliessende-beratungen-1154590>

AfD-Antrag „Energiepreisschocks ... ernst nehmen“ – Drucksache 21/4750.

Der Antrag wurde im März 2026 beraten und am 26. März 2026 abgelehnt; 445 Abgeordnete stimmten für die Beschlussempfehlung zur Ablehnung, 138 dagegen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw12-de-energiepreise-1151728>
<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=997>

Steuerkonzepte von Grünen und Linken – 25. Juni 2026.

Die unterschiedlichen Entlastungsanträge der beiden Fraktionen wurden zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen; sie waren zu diesem Zeitpunkt kein geltendes Recht.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw26-de-einkommen-1184318>

Grünen-Gesetzentwurf zur Senkung der Stromsteuer 2026.

Namentliche Abstimmung vom 24. April 2026: 270 Ja, 310 Nein; Drucksache 21/5320.

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=1000>

FDP-Vorschlag zum „Bau-Turbo“ Ende 2024.

Der Bundestag dokumentiert den FDP-Antrag beziehungsweise Gesetzentwurf 20/14261 und dessen parlamentarische Beratung vom 19. Dezember 2024.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw51-de-miete-1034412>

Einbeziehung von Bundestagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung – Antrag der Linken 2025.

Der Antrag 21/2708 wurde am 14. November 2025 beraten und an die Ausschüsse überwiesen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw46-de-abgeordnetenpensionen-1126282>

Alterssicherungskommission 2026 – spätere Reformvorschläge zur Erwerbstätigenversicherung.

Die Kommission legte 33 Empfehlungen vor und beschreibt eine Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung unter anderem von Selbstständigen, Beamten und Abgeordneten als Zielmodell. Es handelt sich um Empfehlungen, nicht automatisch um geltendes Recht.

<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html>

Quellenbasis Kapitel 17 bis 20 – Direktquellen

OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland 2025 – Fiskalpolitik, Steuerstruktur, Sozialausgaben und Strukturreformen.

Die OECD behandelt unter anderem die hohe Belastung des Faktors Arbeit, Ausgabeneffizienz, Spending Reviews sowie Reformbedarf bei Rente, Gesundheit und



Pflege.

https://www.oecd.org/de/publications/oecd-wirtschaftsberichte-deutschland-2025_edfb037f-de/full-report/strengthening-fiscal-policy-and-continuing-structural-reforms-to-revive-economic-growth_489aaab8.html

OECD – Unternehmensdynamik, Wettbewerb, Bürokratie und Produktivität.

Direktkapitel des Deutschland-Berichts zu Wettbewerb, Verwaltungsbelastungen und Produktivitätswachstum.

https://www.oecd.org/de/publications/oecd-wirtschaftsberichte-deutschland-2025_edfb037f-de/full-report/fostering-competition-to-revive-business-dynamism-and-productivity-growth_824705bf.html

OECD – Fachkräftemangel und Arbeitsangebot.

Direktkapitel zu Erwerbsbeteiligung, Arbeitsanreizen, Fachkräfteangebot und den Möglichkeiten, das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen.

https://www.oecd.org/de/publications/oecd-wirtschaftsberichte-deutschland-2025_edfb037f-de/full-report/addressing-skilled-labour-shortages_9edb78e6.html

Deutsche Bundesbank – Bürokratiekosten in Deutschland, Juli 2026.

Die Bundesbank-Auswertung von rund 7.000 Unternehmen beziffert den Anstieg der Bürokratiekosten von durchschnittlich rund fünf auf sieben Prozent des Jahresumsatzes zwischen 2022 und 2024. Modellrechnungen zufolge könnte der Anstieg das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum in diesem Zeitraum um etwa 0,5 Prozentpunkte gedrückt haben.

<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/bundesbank-monatsbericht-buerokratiekosten-in-deutschland-messbar-gestiegen-1004094>

Arbeitsproduktivität Deutschland – Destatis-Jahresdaten.

Preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigenstunde, alle Wirtschaftsbereiche: 2023 –1,2 Prozent, 2024 –0,3 Prozent, 2025 +0,4 Prozent.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-stundenkonzept.html>

Arbeitsproduktivität im 1. Quartal 2026.

Destatis: preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigenstunde +0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_173_811.html

Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität – 500 Milliarden Euro.

Das BMF dokumentiert eine Kreditermächtigung von 500 Milliarden Euro für den Zeitraum 2025 bis 2036: 300 Milliarden für Investitionen des Bundes, 100 Milliarden für Länder und Kommunen und 100 Milliarden für den Klima- und Transformationsfonds. Die Kredite werden nach Bedarf aufgenommen; die Rückzahlung soll spätestens ab 1. Januar 2044 beginnen.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html>

Tatsächlicher Mittelabfluss aus dem Sondervermögen 2025.

Nach dem vorläufigen Jahresabschluss flossen 2025 rund 24 Milliarden Euro ab.



<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/SVIK/svik-mittelabfluss-2025.html>

Bundeshaushalt 2026 und Investitionsvolumen.

Das BMF weist für 2026 geplante Ausgaben von 524,5 Milliarden Euro, Einnahmen von 426,4 Milliarden Euro und ein Finanzierungsdefizit von rund 98,1 Milliarden Euro aus. Die investiven Ausgaben von Bundeshaushalt und KTF sowie die Mittel des SVIK ergeben zusammen 128,7 Milliarden Euro.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/02/Inhalte/Kapitel-2-Analysen/2-3-sollbericht-2026.html>

Wirkungsmonitoring des Sondervermögens.

Das BMF hat für die Bundessäule ein Wirkungsmonitoring eingerichtet, das Fortschritte und Wirkungen der finanzierten Maßnahmen transparent machen soll.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/OeffentlicheFinanzen/SVIK/erster-monitoringbericht-und-dashboard.html>

Reallöhne 2025 – endgültige Jahresdaten.

Destatis: Nominallöhne +4,2 Prozent, Verbraucherpreise +2,2 Prozent, Reallöhne +1,9 Prozent. Der Reallohnindex erreichte 100,0 Punkte gegenüber 100,5 Punkten im Jahr 2019.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_068_62321.html
<https://genesis.destatis.de/datenbank/online/url/774a000b>

Reallöhne im 1. Quartal 2026.

Destatis: Nominallöhne +4,1 Prozent, Verbraucherpreise +2,2 Prozent, Reallöhne +1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_178_62321.html

Verbraucherpreise Juni 2026 – endgültige Werte.

Destatis: Verbraucherpreisindex 124,6 Punkte auf Basis 2020 = 100; Inflationsrate +2,3 Prozent gegenüber Juni 2025.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/07/PD26_243_611.html

Verbraucherpreise Juli 2026.

Die unmittelbar auffindbare Destatis-Direktquelle weist für Juli 2026 +2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat und +0,8 Prozent gegenüber Juni aus. Diese Seite ist ausdrücklich als Vorabmeldung vom 30. Juli 2026 gekennzeichnet. Eine separat verifizierbare endgültige Juli-Pressemitteilung vom angekündigten Veröffentlichungstermin 12. August 2026 war beim aktuellen Abruf nicht im Destatis-Suchindex auffindbar; deshalb wird hier kein Link rekonstruiert oder erfunden.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/07/PD26_270_611.html

EU-SILC 2025 – endgültige Armuts- und Ausgrenzungsdaten.

Destatis-Endergebnisse: 16,1 Prozent armutsgefährdet, 21,2 Prozent von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, 5,6 Prozent erheblich materiell und sozial depriviert und 10,3 Prozent in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität. Stand 9. April 2026.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/aroep-armut-ausgrenz-zvgl.html>



Armutsgefährdung älterer Menschen 2025.

Destatis-Endergebnisse: Bevölkerung insgesamt 16,1 Prozent, Personen ab 65 Jahren 19,5 Prozent, ab 75 Jahren 19,1 Prozent.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefaehrderung.html>

Materieller Wohlstand im EU-Vergleich – tatsächlicher Individualkonsum 2025.

Eurostat: Deutschland lag kaufkraftbereinigt 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt; Luxemburg 45 Prozent darüber, die Niederlande 19 Prozent.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260617-2>

OECD Tax Wedge 2025.

Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder betrug der Abgabenkeil in Deutschland 49,3 Prozent der Arbeitskosten; Belgien lag bei 52,5 Prozent, der OECD-Durchschnitt bei 35,1 Prozent.

https://www.oecd.org/en/publications/taxing-wages-2026_3a5169ef-en/full-report/overview_d93131c3.html

Wohnen im europäischen Vergleich.

Eurostat, „Housing in Europe – 2025 edition“: 2024 lebten 53 Prozent der Bevölkerung Deutschlands zur Miete; Deutschland war damit das einzige EU-Land mit Mietermehrheit.

Für Wohnen wurden in Deutschland durchschnittlich 25 Prozent des verfügbaren Einkommens aufgewendet, gegenüber 19 Prozent im EU-Durchschnitt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/housing-2025>

Entwicklung der deutschen Mittelschicht – OECD-Langzeitvergleich.

Die OECD definiert hier mittlere Einkommen als 75 bis 200 Prozent des Medianeinkommens. Der Anteil dieser Gruppe sank in Deutschland von 70 Prozent der Bevölkerung 1995 auf 64 Prozent 2018; der Rückgang konzentrierte sich vor allem auf die untere Mitte und die frühen 2000er-Jahre.

https://www.oecd.org/en/publications/is-the-german-middle-class-crumbling-risks-and-opportunities_845208d7-en.html

Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Impressum / Kontakt

Michael B. Barnes
Hengeloer Str. 1



49565 Bramsche
E-Mail: info@klartext-info.online

Rechtlicher Hinweis

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts KLARTEXT von Michael B. Barnes.

Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung. Er enthält eine Kombination aus dokumentierten Tatsachen, öffentlich zugänglichen Quellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen, Vermutungen und Hypothesen des Autors. Diese sind entsprechend im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Dossiers zu verstehen.

Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbaren Informationen erstellt. Trotz sorgfältiger Recherche kann keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder die fortdauernde Richtigkeit sämtlicher Angaben übernommen werden. Neue Erkenntnisse oder spätere Entwicklungen können eine Überarbeitung oder Neubewertung einzelner Inhalte erforderlich machen.

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht. Veränderungen, Kürzungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate oder Bearbeitungen, die den Sinn oder die Aussage des Dokuments verfälschen, sind ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

Stand der Quellen und Rechtslage: Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers.

Version: 1.0

© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.